



MAGISTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Magisterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien (1939-1943)“

verfasst von / submitted by

Katharina Schuh, Bakk. BA MA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Magisterstudium Publizistik- und
Kommunikationswissenschaft

Betreut von / Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Dr. Fritz Hausjell

Danksagung

Ich möchte mich hiermit bei Dr. Fritz Hausjell für die Betreuung dieser Magisterarbeit bedanken.

Dank gilt außerdem Mag. Wolfgang Schellenbacher, der mich in der Dauerausstellung des DÖW auf das *Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* aufmerksam gemacht hat.

Außerdem möchte mich bei meinen Eltern für ihre Unterstützung bedanken und ganz besonders bei meiner Mutter, die die gesamte Arbeit Korrektur gelesen hat.

Ein großes Dankeschön geht auch an alle Freunde und Freundinnen, die mit mir in der Bibliothek gesessen sind und mich auch in den stressigsten Situationen ertragen haben. Besonderen Dank an Chrisi, ohne die die letzten sechs Monate in der Bibliothek nicht annähernd so lustig gewesen wären!

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1.) Historischer Hintergrund: 1938 – Vom „Anschluss“ bis zum Novemberpogrom.....	4
1.1.) Der „Anschluss“: Pogromartige Ausschreitungen und „wilde Arisierungen“	4
1.2.) Das österreichische Zeitungswesen nach dem „Anschluss“	5
1.3.) Die nationalsozialistische Umgestaltung der österreichischen Presselandschaft	8
1.3.1.) Max Amanns Kontrolle über das Verlagswesen	8
1.3.2.) Das Schriftleitergesetz: Berufsausschluss der jüdischen JournalistInnen	10
1.4.) Das Novemberpogrom: Eskalation antisemitischer Gewalt	11
2.) Forschungsstand	13
2.1.) Entstehungsgeschichte des <i>Jüdischen Nachrichtenblattes</i> (Berlin)	13
2.2.) Institutionen der Kontrolle und Zensur	15
2.2.1.) Das „Büro Hinkel“	16
2.2.2.) Abteilung II 112 des Sicherheitsdienstes (SD) der SS	17
2.2.3.) Zusammenarbeit zwischen dem „Büro Hinkel“ und dem „Judenreferat“	18
2.3.) Verleger des <i>Jüdischen Nachrichtenblattes</i>	19
2.3.1.) Der <i>Jüdische Kulturbund</i>	19
2.3.2.) Die <i>Reichsvereinigung der Juden in Deutschland</i>	21
2.4.) Inhaltliche Schwerpunkte des <i>Jüdischen Nachrichtenblattes</i>	22
2.4.1.) Anweisungen des „Büro Hinkel“	22
2.4.2.) Redaktioneller Teil: Themen und Rubriken	23
2.4.3.) Der Anzeigenteil	26
2.5.) <i>Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien</i>	27
2.5.1.) Die „Zentralstelle für Jüdische Auswanderung“	27
2.5.2.) Eichmanns erster Versuch: Die <i>Zionistische Rundschau</i>	28
2.5.3.) Entstehungsgeschichte der <i>Ausgabe Wien</i>	29
2.5.4.) Die Verleger des <i>Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien</i>	31
2.5.5.) <i>Ausgabe Wien</i> : Daten und Fakten	35

2.6.) Einstellung des <i>Jüdisches Nachrichtenblattes</i>	37
2.6.1.) Papierrationalisierung und Zeitungsschließungswellen	37
2.6.2.) Die großen Deportationen der Jahre 1941 und 1942.....	38
3.) Forschungsfragen.....	40
4.) Das <i>Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien</i>: Ein jüdisches oder nationalsozialistisches Medium?	41
4.1.) Jüdisch oder Nationalsozialistisch? – Eine Frage der Definition	41
4.2.) Fremdbestimmung und Kontrolle des <i>Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien</i> durch nationalsozialistische Behörden.....	43
4.2.1.) Wöchentliche Berichte an nationalsozialistische Kontrollorgane.....	44
4.2.2.) Kontrolle durch die „Aufsichtsbehörde“	45
4.2.3.) Zensur.....	47
4.3.) Das <i>Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien</i> – ein nationalsozialistisches Medium	48
4.4.) Exkurs: Zwischen Zusammenarbeit und Konkurrenz – Die Redaktionen des <i>Jüdischen</i> <i>Nachrichtenblattes</i> in Wien und Berlin	50
5.) Die verantwortlichen Redakteure des <i>Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien</i> .	55
5.1.) Dr. Emil Reich	56
5.2.) Dr. Maurycy Moses Grün	58
5.3.) Dr. Leopold Moses	59
5.4.) Dr. Wilhelm Heublum	62
6.) Darstellung der jüdischen Lebensrealität im <i>Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe</i> <i>Wien</i>	64
6.1.) Methode: Qualitative Inhaltsanalyse	64
6.1.1.) Die Qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring.....	65
6.2.) Ablaufplan	67
6.2.1.) Festlegung des Forschungsmaterials	67
6.2.2.) Formale Charakteristika des Materials	69
6.2.3.) Theoretische Differenzierung der Fragstellung.....	71
6.2.4.) Auswahl der Analysetechnik.....	72

6.2.5.) Definition der Analyseeinheiten.....	72
6.2.6.) Ergebnisaufbereitung	74
6.3.) Die Darstellung der jüdischen Lebensrealität im <i>Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien</i> : Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse	75
6.3.1.) Das Kriegsgeschehen in der Berichterstattung des <i>Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien</i>	75
6.3.2.) Die humanitäre und materielle Notlage der jüdischen Bevölkerung im Spiegel des <i>Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien</i>	80
6.3.3.) Darstellung antisemitischer Verfolgung im <i>Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien</i>	84
6.3.4.) Verzerrte Realität im <i>Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien</i>	87
Resümee.....	89
Quellenverzeichnis	91
Anhang	94

WICHTIG

für jeden Glaubensjuden und nichtmosaischen
Juden in der Ostmark ist das

Jüdische Nachrichtenblatt

Ausgabe Wien,

denn es veröffentlicht die die Juden
betreffenden

Gesetze und Verordnungen

bringt behördliche

Verlautbarungen und Verfügungen,

bewahrt daher vor versehentlichen
Übertretungen und vor Strafe, berichtet über
die

Tätigkeiten der Israelitischen Kultusgemeinde

Wien und ihrer Anstalten

und verzeichnet schließlich alles was mit den
Juden in Wien zusammenhängt.

**Darum soll und muß jeder einzelne Jude das
„Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien“,
lesen. Bezugsbestellungen können jederzeit
aufgegeben werden.**

(Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien, 4. Jg.
1942/ Nr. 10 vom 6. März)

Einleitung

Mit dem oben angeführten Aufruf wurde das *Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* auf der Titelseite der Nummer vom 6. März 1942 beworben. Zu diesem Zeitpunkt erschien die Wiener Ausgabe schon seit über drei Jahren und war die einzige Informationsquelle, die der jüdischen Bevölkerung damals noch zur Verfügung stand. Weitere Ausgaben des *Jüdischen Nachrichtenblattes* gab es in Berlin und in Prag. Obwohl die Medienlandschaft Österreichs während der NS-Zeit im Feld der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft schon umfangreich bearbeitet wurde, findet die Wiener Ausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes* kaum Beachtung. Daher wurde ich auch nicht im Zuge meines Studiums, sondern erst durch die Dauerausstellung des *Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands* (DÖW) auf die Existenz des Mediums aufmerksam gemacht. Herauszufinden, dass es eine Zeitung gab, die von den Nationalsozialisten in Auftrag gegeben und von jüdischen Redakteuren gestaltete wurde, war nicht nur überraschend, sondern erschien mir auch äußerst paradox.

Dieser Umstand weckte allerdings meine Neugier und gab so den Anstoß für die vorliegende Forschungsarbeit.

Der allgemein gehaltene Titel „Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien (1939-1943)“ ist auf das vielseitige Forschungsinteresse zurückzuführen, das dieser Magisterarbeit zu Grunde liegt und sich aus drei miteinander verbundenen Fragestellungen zusammensetzt. Erstens soll die Frage der Kategorisierung des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* als „nationalsozialistisches“ oder „jüdisches“ Medium erörtert werden. In der einschlägigen Literatur lassen sich oftmals miss- oder unverständliche Schlussfolgerungen über die Einordnung des Blattes finden, die das *Jüdische Nachrichtenblatt* in der Tradition der jüdischen Presse vor 1938 sehen. Weiters ist es Ziel dieser Forschungsarbeit auf die persönlichen Schicksale der von den Nationalsozialisten beschäftigten Journalisten hinzuweisen. Daher werden die Biografien der verantwortlichen Redakteure des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* Emil Reich, Maurycy Moses Grün, Leopold Moses und Wilhelm Heublum rekonstruiert und erläutert. Als dritter und letzter Aspekt, soll untersucht werden, wie das *Jüdische Nachrichtenblatt* die Lebensrealität der Wiener jüdischen Bevölkerung widerspiegelte.

Wie aus dem Forschungsinteresse hervorgeht, ist die Magisterarbeit im Bereich der historischen Kommunikationsforschung zu verorten. Ihr Ziel ist es den bislang noch überschaubaren Forschungsstand zu erweitern. Lange Zeit wurde das *Jüdische Nachrichtenblatt* als bloßes Verlautbarungsorgan abgetan, da es als solches von Propagandaminister Joseph Goebbels im November 1938 in Auftrag gegeben wurde. Jene wenigen Monographien oder wissenschaftlichen Artikel die sich mit der Zeitung auseinandersetzen, beschäftigen sich oftmals lediglich mit dem sogenannten „Hauptblatt“, der Berliner Ausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes*, und machen die *Ausgabe Wien* zu einer bloßen Randnotiz. Dieser Umgang mit der Wiener Ausgabe führte in der bestehenden Forschungsliteratur zu überblicksartigen Darstellungen und ungenauen bzw. irreführenden Aussagen. Diskrepanzen zwischen dem Forschungsstand und den historischen Fakten wurden deutlich, als zur Recherchezwecken Dokumente aus dem Archiv der *Israelitischen Kultusgemeinde Wien* (IKG) herangezogen wurden. Dies war auch der Grund dafür, dass Teile dieser Magisterarbeit im Laufe des Forschungsprozesses den Charakter einer Quellenkritik annahmen.

Die Magisterarbeit ist in insgesamt sechs Kapiteln unterteilt und beginnt mit einem historischen Überblick des Jahres 1938, in dem jene Ereignisse beleuchtet werden, die zur

Gründung des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* führten. Danach folgt eine Einführung in den Forschungsstand, der sich größtenteils mit der Berliner Ausgabe der Zeitung befasst und wichtige Einblicke in die institutionellen Rahmenbedingungen der nationalsozialistischen Propagandamaschinerie gibt, aber auch die Gründungsgeschichte der *Ausgabe Wien* erörtert. Nach einer kurzen Erklärung der Forschungsfragen im dritten Kapitel, beschäftigt sich Kapitel vier mit der Kategorisierung des Blattes als „jüdisch“ oder „nationalsozialistisch“. Hier werden zuerst verschiedene wissenschaftliche Standpunkte miteinander verglichen, bevor anhand von Dokumenten aus dem Archiv der IKG auf die Fremdbestimmtheit des Mediums hingewiesen wird. Außerdem findet sich am Ende des Kapitels ein Exkurs über das Arbeitsverhältnis zwischen der Berliner und Wiener Redaktion des *Jüdischen Nachrichtenblattes*. Die Biografien der Chefredakteure werden im fünften Kapitel rekonstruiert. Zum Abschluss wird in Kapitel sechs die Darstellung der jüdischen Lebensrealität in der Berichterstattung thematisiert. Dazu wird die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring vorgestellt und der Ablaufplan zur Beantwortung der Forschungsfrage genau erklärt. Anschließend werden die Ergebnisse präsentiert.

Am Ende dieser Arbeit soll Folgendes klar sein: Die Auseinandersetzung mit dem *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* ist unerlässlich für die Aufarbeitung der österreichischen Mediengeschichte zu Zeiten des Nationalsozialismus, da hier sowohl das Schaffen und die Schicksale jüdischer JournalistInnen als auch die Interessen und Bedürfnisse der jüdischen Leserschaft in den Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses gestellt werden.

1.) Historischer Hintergrund: 1938 – Vom „Anschluss“ bis zum Novemberpogrom

Das folgende Kapitel dient der historischen Verortung des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien*. Die Ereignisse des Jahres 1938, beginnend beim „Anschluss“ Österreichs an das „Deutsche Reich“ bis hin zur Eskalation antisemitischer Gewalt während des Novemberpogroms, führten zu einer Verschärfung der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik und machten die Einführung eines Mitteilungsorgans für die jüdische Bevölkerung notwendig. Historische Entwicklungen, die nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten das österreichische Zeitungswesen und den Berufstand der JournalistInnen betrafen, finden im folgenden Abschnitt besondere Beachtung.

1.1.) Der „Anschluss“: Pogromartige Ausschreitungen und „wilde Arisierungen“

Der Einmarsch der deutschen Wehrmacht in der Nacht von 11. auf 12. März 1938 markierte den Beginn des nationalsozialistischen Terrorregimes in Österreich. Als Kurt Schuschnigg auf Druck Adolf Hitlers am 11. März „den Rücktritt seiner Regierung und die widerstandlose Hinnahme des deutschen Einmarsches bekannt [gab]“ (Hecht et al. 17), waren die wichtigsten Bereiche des öffentlichen Lebens im österreichischen „Ständestaat“ längst von nationalsozialistischen Funktionären unterwandert worden (Botz 108). Um einen raschen und reibungslosen „Anschluss“ in politischer, sowie wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht zu garantieren, ging die „militärische Okkupation des Landes [...] einher mit einer Invasion deutscher Polizeikräfte, Abgesandter der zahlreichen Zentralbehörden des ‚Reiches‘ und Vertreter privater wirtschaftlicher Interessen“ (Botz 110). Es kam zu einem regelrechten „Wettlauf nach Wien“ (Botz 110).

Die ersten Wochen nach dem „Anschluss“ waren von „pogromartige[n] Ausschreitungen“ geprägt und „begannen in Wien bereits in der Nacht vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich“ (Freund & Safrian 767). Die politische und soziale Unzufriedenheit, die sich während der Zwischenkriegszeit in der österreichischen Gesellschaft angestaut hatte, entlud sich in antisemitischen Gewalttaten und Raubzügen (Botz 108). Die Ausschreitungen waren eine „österreichische Besonderheit“, ein ähnliches Maß an Brutalität wurde in Deutschland erst während des Novemberpogroms zur Schau gestellt (Hecht et al. 17).

Auch die illegale Enteignung von jüdischen Bürgern und Bürgerinnen begann bereits in der „Anschluss“-Nacht. „SS, SA, Polizei und Gendarmerie [drangen] in Hunderte von jüdischen

Wohnungen ein, um alle erdenklichen Wertgegenstände zu rauben“ (Rabinovici 64). Diese sogenannten „wilden Arisierungen“ wurden danach noch monatelang weitergeführt. Die Zahl, der alleine im März und April 1938 geplünderten, zerstörten oder geschlossen Betriebe und Geschäfte, beläuft sich auf etwa 7000 (Hecht et al. 53). Diese Masse an Enteignungen war nicht das Resultat staatlicher Lenkung, sondern österreichischer Eigenmächtigkeit, für die es zu diesem Zeitpunkt noch keine rechtliche Grundlage gab. Sogenannte „kommissarische Verwalter“, die entweder von lokalen Parteistellen der NSDAP als Geschäftsführer eingesetzt wurden oder sich nach eigenem Ermessen zu solchen ernannten, waren ein österreichisches Spezifikum. Ihre Aufgabe war es jüdische Läden zu plündern und deren Besitzer zu vertreiben (Rabinovici 65).

Die österreichischen Gewaltakte waren nicht im Sinne des NS-Regimes, das auf Pseudolegalität mittels staatlicher Verordnungen setzte. Im Frühjahr 1938 versuchten die Machthaber daher den unkontrollierten Antisemitismus der österreichischen Bevölkerung zu bremsen und für ihre eigenen Zwecke zu nutzen (Freund & Safrian 768). Um den „wilden Arisierungen“ entgegen zu wirken „und den Vermögensentzug zu Gunsten des Staates durchzusetzen, wurde am 13. April 1938 das Gesetz über die ‚Bestellung von kommissarischen Verwaltern und kommissarischen Überwachungspersonen‘ erlassen“ (Hecht et al. 53). Diese Verwalter waren nun offizielle Vollzugsorgane der nationalsozialistischen Behörden und organisierten Auflösung, Verkauf oder Übernahme jüdischer Betriebe durch nichtjüdische Eigentümer (Hecht et al. 53). Diese „Zwangsarisierungen“ raubten den ehemaligen Besitzern ihre „wirtschaftliche und soziale Basis“. Oftmals blieb der nun mittellosen jüdischen Bevölkerung nur die Emigration bzw. Flucht als Ausweg, sofern dies nach dem Verlust ihres kompletten Vermögens überhaupt noch möglich war (Witek 796).

1.2.) Das österreichische Zeitungswesen nach dem „Anschluss“

Das österreichische Zeitungswesen blieb von gewaltsamen Ausschreitungen und „wilden Arisierungen“ nicht verschont. Während des Einmarsches der deutschen Truppen in Österreich wurden bereits die ersten Zeitungsredaktionen von Einheiten der SA und SS besetzt. Unterstützung bekamen sie dabei von regimetreuen NS-JournalistInnen (Hausjell 2010, 13-14). Von der sofortigen Schließung betroffen waren jüdische Zeitungen und jene Blätter, die zuvor für österreichische Unabhängigkeit und gegen das NS-Regime Stimmung gemacht hatten. Zu den unmittelbar nach dem „Anschluss“ eingestellten Blättern gehörten beispielsweise *Die Stunde*, *Der Wiener Tag* und *Der Morgen* (Hausjell 2000, 628) sowie die

Die Neue Welt und *Die Stimme*. Insgesamt waren siebzehn österreichische Tageszeitungen von umgehenden Schließungsaktionen betroffen (Melischek & Seethaler 191).

Als Folge des „Anschlusses“ verloren viele JournalistInnen ihre Anstellung. Bereits in der Nacht von 11. auf 12. März kam es zu Kündigungen und Verhaftungen von JournalistInnen, die entweder als „jüdisch“ eingestuft oder als politisch oppositionell angesehen wurden (Hausjell 2010, 14). Diese wurden oftmals durch „österreichische Nationalsozialisten [ersetzt], die davor zu einem großen Teil bereits in der Illegalität aktiv waren bzw. vor dem Parteiverbot 1933 als Journalisten [und Journalistinnen] gearbeitet hatten. Manche von ihnen waren im ‚Ständestaat‘ inhaftiert oder nach Deutschland gegangen“ (Hausjell 2010, 16). Die Presseabteilung des Propagandaministeriums und die Reichspressestelle der NSDAP entsandten außerdem eine Vielzahl an deutschen NS-JournalistInnen nach Österreich, die nach dem „Anschluss“ in Führungspositionen innerhalb der österreichischen Presse befördert wurden (Hausjell 2010, 18).

Das „Wiedervereinigungsgesetz“ vom 13. März 1938 sah für den 10. April eine Volksabstimmung vor, die den „Anschluss“ Österreichs durch die Zustimmung der Bevölkerung legitimieren sollte (Botz 115). In der Vorbereitungszeit auf die Volksabstimmung war ein stabiles Zeitungswesen von besonderer Bedeutung für das NS-Regime. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, Österreich wäre durch einen Gewaltakt annektiert worden, deshalb musste die Medienlandschaft zumindest nach außen hin vielfältig und unabhängig wirken (Hausjell 2010, 19). Josef Bürckel, *Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich*, war für die Durchführung der Volksabstimmung verantwortlich und setzte „in den meisten Zeitungen ‚kommissarische Hauptschriftleiter‘ und ebensolche Verlagsleiter ein, die fortan die Gleichschaltung und personelle ‚Säuberung‘ durchführten“ (Hausjell 2010, 19). Die Kommissare mussten die Redaktionen mancher Zeitungen komplett neu organisieren, da nach den Verhaftungen und Entlassungen unmittelbar nach dem „Anschluss“ nur noch wenig kompetente JournalistInnen übrig blieben. Teilweise waren sie sogar dazu gezwungen die entlassene Belegschaft wieder zurückzuholen, „darunter durchaus auch solche, die als ‚jüdisch‘ eingestuft wurden“ (Hausjell 2010, 15).

Jedoch hatten im Frühjahr 1938 nicht alle NS-Funktionäre Interesse an der Stabilität des Zeitungsmarkts. Max Amann, Präsident der Reichspressekammer und Chef des NSDAP-Verlagskonzerns Eher, war vor allem auf seinen eigenen wirtschaftlichen und machtpolitischen Vorteil bedacht. Amann forcierte weitere Zeitungseinstellungen, weil

dadurch „günstige ökonomische Bedingungen für die von ihm durch ‚Arisierungen‘ bereits erworbenen und noch zu erwerbenden Zeitungsverlage geschaffen werden sollten“ (Hausjell 2010, 16). Außerdem begann Max Amann schon kurz nach dem „Anschluss“ mit der Umgestaltung des Wiener Zeitungsmarktes, in dem er am „15. März 1938 die Wiener Ausgabe des *Völkischen Beobachters* herausbrachte. Noch am selben Tag verbot er allen anderen deutschen Zeitungsverlegern in Österreich neue Zeitungen zu gründen, sowie bestehende reichsdeutsche Zeitungen in Österreich zu vertreiben und zu bewerben“ (Hausjell, 2010, 19). Abgesehen von den ersten Zeitungsschließungen Mitte März, konnte Bürckel weitere Einstellungen bis zum Sommer 1938 verhindern, danach setzte Amann seine Strategie für die österreichische Presse endgültig durch (Hausjell 2010, 16). Dies machte sich vor allem am immer kleiner werdenden Wiener Zeitungsmarkt bemerkbar. Im März 1938 gab es 22 Wiener Tageszeitungen, ein Jahr später waren es zum gleichen Zeitpunkt nur noch zwölf (Hausjell 2000, 632). Auch die traditionsreichen Aushängeschilder des liberalen Wiener Zeitungswesens, die *Neue Freie Presse* und das *Neue Wiener Journal* waren letzten Endes vom Erscheinungsverbot betroffen. Sie wurden am 1. Februar 1939 mit dem *Neuen Wiener Tagblatt* zusammengelegt, das Amanns Eher-Konzern schon längst an sich gerissen hatte (Melischek & Seethalter 192).

Exkurs: Wiener Jüdische Presse vor 1938

Die jüdische Presse der Zwischenkriegszeit war sowohl ein Mittel der Interessensvertretung als auch der Identitätsbildung für ihre jüdischen Leser und Leserinnen. Die Zeitungen waren keine bloßen Informationsquellen, sondern Sprachrohre für Anliegen der jüdischen Gemeinschaft in Österreich (Hecht 114). Zu den größten Wiener jüdischen Zeitungen in der Zwischenkriegszeit zählten *Die Neue Welt*, *Die Wahrheit*, *Die Stimme* und die *Jüdische Presse* (Budischowsky 109). Sie wurden – wie „alle acht Wiener jüdischen Blätter“ (Rabinovici 100) – unmittelbar nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten eingestellt.

Die Neue Welt wurde zwischen 1927 und 1938 wöchentlich von Robert Stricker herausgegeben (Kumar 86). Stricker war sowohl ein bedeutender zionistischer Politiker als auch ein einflussreicher Wiener Journalist. Er war beispielsweise Chefredakteur der *Wiener Morgenzeitung* und in den Jahren 1919/1920 Mitglied der konstituierenden Nationalversammlung (Budischowsky 108). Die Blattlinie der *Neuen Welt* war eindeutig

zionistisch, der Zeitungsname sollte an das von Theodor Herzl gegründete Medium *Die Welt* anknüpfen (Kumar 86).

Eine andere jüdische Zeitung mit liberaler zionistischer Ausrichtung war *Die Stimme*. Das offizielle Organ des *Zionistischen Landesverbands* wurde wöchentlich herausgegeben (Hecht 2009, 112). *Die Wahrheit* hingegen zeichnete sich durch eine ablehnende Haltung gegenüber dem politischen Zionismus aus (Hecht 107) und fungierte ab den 1920er Jahren als das „Sprachrohr der Österreichisch-Israelitischen Union. Diese war ab 1886 für den Kampf gegen Antisemitismus und die Stärkung jüdischen Selbstbewusstseins sowie zur Förderung gesellschaftlicher Integration gegründet worden“ (Hecht 106).

Die *Jüdische Presse*, die sich als „Organ für die Interessen des orthodoxen Judentums“ verstand (Hecht 107), hatte Redaktionen in Wien sowie Bratislava und erschien von 1920 bis 1938 wöchentlich sowohl in Österreich als auch in der Slowakei, wo die orthodoxe jüdische Gemeinde wesentlich mehr Mitglieder zählte (Budischowsky 108). Die *Jüdische Presse* wurde auf Deutsch herausgegeben und war sowohl dem Zionismus als auch den Funktionären der *Israelitischen Kultusgemeinde* gegenüber negativ eingestellt (Hecht 107). Die Gestaltung des Mediums oblag ausschließlich männlichen Journalisten, die eine Rückkehr zu einer traditionellen jüdischen Lebensweise im Sinne der Thora propagierten (Hecht 108).

1.3.) Die nationalsozialistische Umgestaltung der österreichischen Presselandschaft

Die Umgestaltung der österreichischen Presselandschaft wurde sowohl auf verlegerischer als auch auf journalistischer Seite durch eine Reihe an Verordnungen vollzogen, die zuvor schon ab 1933 in Deutschland eingeführt wurden.

1.3.1.) Max Amanns Kontrolle über das Verlagswesen

Max Amanns Umgestaltung der österreichischen Presselandschaft begann am 2. Mai 1938, als Josef Bürckel ihn dazu befugte das Zeitungswesen nach den Vorstellungen des NS-Regimes neu aufzubauen, sofern seine Maßnahmen nicht in den Geltungsbereich des Schriftleitergesetzes hineinwirkten (Hausjell 2010, 19-20). „Noch am selben Tag erließ Amann vier grundlegende Anordnungen, die mit 3. Mai 1938 in Kraft traten. Es waren durchwegs Bestimmungen, die zwischen 1933 und 1938 bereits in Deutschland erlassen

wurden, um die Presse in Kontrolle und Besitz von Staat bzw. Partei zu bringen“ (Hausjell 2010, 20).

Amanns erste Anordnung betraf alle Personen die in die Erzeugung, Bearbeitung, Verbreitung oder Vermittlung von Presseerzeugnissen involviert waren. Sie waren nun zur Anmeldung beim „zuständigen Fachverband der Reichspressekammer“ gezwungen (Hausjell 2010, 20). Die Beantragung einer Mitgliedschaft bei der Reichspressekammer musste bis 16. Mai 1938 erfolgen und konnte verweigert werden, falls es den AntragstellerInnen nicht möglich war ihre „arische“ Abstammung und politische Zuverlässigkeit nachzuweisen. Dieses Selektionsverfahren wurde der Öffentlichkeit jedoch verschwiegen (Hausjell 2010, 20). Da es Max Amanns Ziel war, das Zeitungsverlagswesen des „Deutschen Reichs“ unter seine Kontrolle zu bringen, mussten aufgrund seiner zweiten Anordnung alle verlegerischen Tätigkeiten von der Reichspressekammer vorab genehmigt werden. Somit war es Amann von offizieller Seite erlaubt, alle Vorhaben, die nicht seinen Vorstellungen entsprachen, im Keim zu ersticken (Hausjell 2010, 21).

Amanns dritte Verordnung lautete „Anordnung zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitungsverlagswesens“ und verpflichtete Verleger dazu alle Entscheidungsträger im Konzern bei der Reichspressekammer anzugeben und gleichzeitig für jene Personen und deren Ehegatten einen „Ariernachweis“ zu erbringen (Hausjell 2010, 21). Somit stellte Amann sicher, dass „alle Personen, die aufgrund der Nürnberger Gesetze als ‚Nichtarier‘ galten, aus dem Zeitungsgeschäft“ (Hausjell 2010, 21) ausgeschlossen wurden. Da Juden und Jüdinnen der Besitz eines Verlags untersagt war, war es Amann in weiterer Folge möglich „Zeitungsunternehmen ‚nichtarischer‘ Eigentümer zu Preisen weit unter dem Marktwert“ zu kaufen, wovon er als Chef des Eher-Verlags enorm profitierte (Hausjell 2010, 21-22). Die *Franz Eher Nachfolger GmbH* war der „Zentralverlag der NSDAP“ mit Hauptsitz in München. Da der Verlag eine wichtige Rolle in der Gleichschaltung des österreichischen Pressewesens spielen sollte, ließ Amann „bereits zwei Tage nach dem ‚Anschluss‘“ eine Zweigstelle in Wien errichten (Tavernaro 109).

Durch die dritte Verordnung war es „juristische Personen und Personengruppen, die unter beruflichen, ständischen oder konfessionellen Gesichtspunkten gebildet worden waren“ untersagt Zeitungen herauszugeben oder zu besitzen (Hausjell 2010, 22). Verstärkt wurde dieses Verbot noch durch den Zusatz „wonach Zeitungen ‚auch in ihrer inhaltlichen Gestaltung nicht auf einen konfessionell, beruflich oder interessenmäßig bestimmten oder

bestimmbaren Personenkreis abgestellt sein‘ durften. Konfessionelle und berufliche Gruppen konnten fortan nur noch im Bereich Zeitschriften aktiv sein“ (Hausjell 2010, 22).

Die letzte der insgesamt vier Anordnungen von Max Amann betraf Korrespondenz- und Nachrichtenbüros, Vertriebsfirmen und die Verleger von Zeitschriften. Auch sie mussten ihre Eigentumsverhältnisse bei der Reichspressekammer bekannt geben und mögliche Verkäufe oder Fusionierungen von dieser genehmigen lassen (Hausjell 2010, 22).

1.3.2.) Das Schriftleitergesetz: Berufsausschluss der jüdischen JournalistInnen

So wie Max Amann seinen Einfluss über Zeitungsverleger mittels der bereits genannten vier Anordnungen rechtlich absicherte, machten Propagandaminister Joseph Goebbels und Reichsleiter für die Presse der NSDAP bzw. Pressechef der Reichsregierung Otto Dietrich, ihre Macht über JournalistInnen mittels des Schriftleitergesetzes geltend. Das Gesetz war in Deutschland bereits im Oktober 1933 erlassen worden und trat im Juni 1938 auch in Österreich in Kraft (Hausjell 2010, 28). Grundsätzlich durften JournalistInnen im NS-Regime ihren Beruf nur dann ausüben, wenn sie Mitglieder des *Reichsverbands der deutschen Presse* (RDP) waren (Hausjell 2010, 40), wobei die „arische“ Herkunft der Antragsteller und deren politische Einstellung wiederum die wichtigsten Aufnahmekriterien darstellten (Hausjell 2010, 28). Laut §5 des Schriftleitergesetzes, müssen JournalistInnen sieben genau definierte Eigenschaften aufweisen:

Schriftleiter kann nur sein wer:

1. die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt,
2. die bürgerlichen Ehrenrechte und die Fähigkeiten zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht verloren hat,
3. arischer Abstammung ist und nicht mit einer Person von nichtarischer Abstammung verheiratet ist,
4. das 21. Lebensjahr vollendet hat,
5. geschäftsfähig ist,
6. fachmännisch ausgebildet ist,
7. die Eigenschaften hat, die die Aufgabe der geistigen Einwirkung auf die Öffentlichkeit erfordert.¹

Zur Überprüfung dieser Kriterien mussten JournalistenInnen, die sich bis zum 30. Juni 1938 beim *Landesverband der Ostmark des Reichsverbandes der deutschen Presse* anmelden

¹ Schriftleitergesetz entnommen aus „Reichsverband der deutschen Zeitungsverleger (Hrsg.): Pressehandbuch. Gesetz, Anordnungen, Erlasse, Bekanntmachungen, zusammengestellt und erläutert nach den Bedürfnissen der Praxis.“ Berlin, 1942, Teil 6 „Schriftleitung“ zit. nach Hausjell (2010) S. 40

konnten, einen Fragebogen ausfüllen, der sich über sechs Seiten erstreckte und unter anderem bisherige berufliche Positionen und politische Vergangenheit abfragte (Hausjell 2010, 29). Der Großteil des Fragebogens drehte sich allerdings um die Erbringung des „Ariernachweises“ aufgrund dessen zahlreiche JournalistInnen spätestens ab Juni 1938 ihren Beruf verloren (Hausjell 2010, 41).

Wenn JournalistInnen, die jüdischer Herkunft waren oder vom NS-Regime als „Juden“ eingestuft wurden, bei der „illegalen“ Ausübung ihres Berufes erwischt wurden, wurden diese Verstöße gegen das Schriftleitergesetz mit einer Ordnungsstrafe geahndet. Der RDP informierte die JournalistInnen in diesem Fall über die Strafe, während ihnen die Gestapo bis zum Verfahrensende den Pass entzog. Es war Goebbels Absicht auf diesem Wege sicherzustellen, dass sich niemand durch Flucht seiner Strafe entziehen konnte (Hausjell 2010, 46-47).

1.4.) Das Novemberpogrom: Eskalation antisemitischer Gewalt

In Österreich gehörten pogromartige Ausschreitungen bereits ab dem „Anschluss“ im März 1938 zur traurigen Realität des jüdischen Lebens. In der Nacht von 9. auf 10. November kam es in Österreich und Deutschland allerdings zu einer noch nie dagewesenen Eskalation, die in der nationalsozialistischen Verfolgung von Juden und Jüdinnen eine Zäsur darstellte.

Als Vorwand für die Morde und Zerstörungen während des Novemberpogroms nutzte das NS-Regime das Attentat Herschel Grynszpans an dem deutschen Diplomaten Ernst vom Rath (Rabinovici 125). Der siebzehnjährige, staatenlose Jude Grynszpan hatte eigentlich die Ermordung des deutschen Botschafters in Paris geplant, seine Schüsse trafen am 7. November 1938 aber den „jungen Botschaftssekretär, Ernst vom Rath, der zwei Tage später seinen Verletzungen erlag“ (Botz 397-398). „Die Nachricht vom Tod Ernst vom Rath erreichte Adolf Hitler und die versammelte NS-Führungsschicht [...] bei der jährlichen Gedenkfeier an den gescheiterten Putsch im Münchner Rathauskeller im Jahr 1923“ (Hecht et al. 145). Dort gab Propagandaminister Goebbels bekannt, dass im „Deutschen Reich“ bereits vereinzelte „judenfeindliche“ Aktionen im Gange waren. Hitlers anschließende Rede wurde von der anwesenden Führungsriege des NS-Regimes als Aufforderung interpretiert, unbemerkt weitere Ausschreitungen zu koordinieren, die nicht auf die Organisationen der NSDAP zurück geführt werden konnten (Hecht et al. 145). „Sofort ergingen nun von München aus an die daheim gebliebenen politischen Leiter der NSDAP und die örtliche SA Befehle, in

„Räuberzivil“ auszurücken und „spontane“ Gewaltakte gegen den jüdischen Bevölkerungsteil und sein Eigentum auszuführen und die Synagogen zu zerstören“ (Bolz 399). Ziel der NSDAP war es, die Ausschreitungen als eine vom Volk ausgehende spontane Vergeltungsaktion aussehen zu lassen.

In Wien wurden insgesamt 42 Synagogen und Bethäuser durch Brandstiftung zerstört (Bolz 402). Die Ausschreitungen beschränkten sich allerdings nicht nur auf religiöse Einrichtungen. Laut Doron Rabinovici wurden in den Wiener Gemeindebezirken Innere Stadt, Leopoldstadt und Wieden insgesamt 1.950 Wohnungen geplündert und deren jüdische BewohnerInnen geschlagen, verschleppt und inhaftiert (126). Als Resultat der Verwüstungen lagen auf den Straßen des „Deutschen Reichs“ massenhaft Glasscherben, weshalb das Novemberpogrom von den Nationalsozialisten auch als „Reichskristallnacht“ bezeichnet wurde (Hecht et al. 155).

Die NS-Führung trat in Folge des Novemberpogroms bereits am 12. November in einer Konferenz zur „Besprechung der Judenfrage“ zusammen, um weitere Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung zu beschließen. Dies markierte den Beginn der verschärften nationalsozialistischen Verfolgungspolitik, denn von hier an „wurde [...] der technokratische Weg bis zur letzten Konsequenz gewählt“ (Rabinovici 129). Bis Kriegsbeginn wurden daraufhin „insgesamt 250 antijüdische Gesetz[e]“ (Rabinovici 130) erlassen, die auf die Diskriminierung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung abzielten.

Da bereits am 8. November 1938 alle jüdischen Zeitungen im „Deutschen Reich“ verboten wurden (Burger 46), fehlte daraufhin ein Mitteilungsorgan, das von den NS-Behörden zur Unterrichtung der Juden und Jüdinnen über Verbote und Verordnungen genutzt werden konnte. Trotz Amanns Anordnungen und dem Schriftleitergesetz, unter denen sowohl die Neugründung eines jüdischen Verlags und die Herausgabe einer jüdischen Zeitung als auch die Einstellung jüdischer JournalistInnen theoretisch verboten waren, ordnete Propagandaminister Joseph Goebbels unmittelbar nach dem Novemberpogrom die Herausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes* an (Budischowsky 110). Nach dem gescheiterten Versuch im Dezember 1938 ein eigenständiges österreichisches *Nachrichtenblatt* herauszugeben, erschien die offizielle *Ausgabe Wien* zum ersten Mal am 3. Februar 1939.

2.) Forschungsstand

Der Großteil der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem *Jüdischen Nachrichtenblatt* konzentrierte sich bisher auf die Berliner Ausgabe der Zeitung. Da die *Ausgabe Wien* aber sowohl in organisatorischer als auch inhaltlicher Hinsicht untrennbar mit der Berliner Ausgabe verbunden ist, befasst sich das folgende Kapitel ausführlich mit dem sogenannten „Hauptblatt“. Um die Gründung der Wiener Ausgabe vollständig zu rekonstruieren, werden bereits in diesem Kapitel Dokumente aus dem Archiv der *Israelitischen Kultusgemeinde Wien* (IKG) herangezogen.

2.1.) Entstehungsgeschichte des *Jüdischen Nachrichtenblattes* (Berlin)

In Folge des Novemberpogroms 1938 wurden eine Reihe an Verboten ausgesprochen, die so gut wie alle Lebensbereiche der jüdischen Bevölkerung betrafen. Darunter befand sich auch das Verbot aller jüdischen Zeitungspublikationen (Budischowsky 110). Daraufhin „ordnete Joseph Goebbels die Herausgabe eines Blattes an, das die jüdische Bevölkerung Deutschlands über Anordnungen und Verfügungen der Behörden unterrichten sollte. Am 23. November 1938 erschien in Berlin die erste Nummer des *Jüdischen Nachrichtenblattes*“ (Budischowsky 110). Eigentlich sollte die Zeitung bereits am 22. November erscheinen, doch die „Ausgabe passierte die Zensur nicht und konnte deshalb erst am darauffolgenden Tag leicht verändert erscheinen“ (Maier 164). Infolgedessen wurden die beiden ersten verantwortlichen Redakteure Kurt Löwenstein und Walter Gross entlassen und Leo Kreindler zum Chefredakteur der Berliner Ausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes* ernannt. In dieser Position musste Kreindler zwei Mal wöchentlich im Propagandaministerium erscheinen und Anweisungen bezüglich Inhalt und Gestaltung des Blattes entgegennehmen (Burger 87).

Das *Jüdische Nachrichtenblatt* war „zunächst als Interimsorgan gedacht, das bis zum Ende des für drei Monate ausgesprochenen Verbots der jüdischen Zeitungen und Zeitschriften erscheinen sollte“ (Burger 49). Das Propagandaministerium entschloss sich allerdings das Blatt auf Dauer zu behalten und unterstellte es Anfang 1939 der Verantwortung des *Jüdischen Kulturbundes* (Burger 49). Die Zensur der einzelnen Ausgaben wurde im Propagandaministerium durchgeführt und fiel dem sogenannten „Büro Hinkel“ zu. Hans Hinkel war bereits seit 1935 als „Sonderbeauftragter des RMfVuP [Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda – Anm. d. Verf.] für die Überwachung der Betätigung nichtarischer Staatsbürger auf künstlerischem und geistigem Gebiet“ zuständig (Burger 59).

„Die Kontrolle des Blattes bezog sich nicht nur auf den redaktionellen Inhalt und die Pflicht zur Veröffentlichung der Verordnungen und Gesetze – auch das Erscheinen oder Nichterscheinen ganzer Rubriken, die Gestaltung des Anzeigenteils und sogar die Verwendung einzelner Begriffe in diesem Anzeigenteil waren Gegenstand der Zensur“ (Maier 165). Ab September 1941 war die Überwachung des *Jüdischen Nachrichtenblattes* dann größtenteils in die Verantwortung des Sicherheitsdienstes (SD) der SS bzw. der Gestapo übergegangen (Burger 61).

Die Gestaltung und das Format des *Jüdischen Nachrichtenblattes* änderten sich häufig. Neben verschiedenen Schriftarten wurden auch ganze Rubriken im Verlauf der Publikationsgeschichte immer wieder ausgetauscht. Zusätzlich gab es Veränderungen hinsichtlich Erscheinungsfrequenz und Blatumfang. „In den ersten drei Jahrgängen umfasste das dienstags und freitags erschienene *Jüdische Nachrichtenblatt* noch vier bis 16 Seiten pro Ausgabe. Ab dem 21.1.1941 fiel die Dienstagsausgabe weg, und im Juni 1943 umfasste es – in wöchentlicher Erscheinungsweise – nur noch ein einziges Blatt“ (Maier 168).

Neben dem *Jüdischen Nachrichtenblatt* in Berlin, gründete das NS-Regime auch jüdische Zeitungen in Gebieten die an das „Deutsche Reich“ angeschlossen oder von der Wehrmacht besetzt wurden (Burger 99). Vom *Jüdischen Nachrichtenblatt* gab es noch zwei weitere Ausgaben, eine in Wien und eine in Prag. Die erste Prager Ausgabe des zweisprachigen *Jüdischen Nachrichtenblattes* – *Židovské Listy*, erschien am 24. November 1939. Sowohl die *Kultusgemeinde* als auch die *Zionistische Organisation Prag* waren an der Gestaltung der Zeitung beteiligt. Die Titelseite der Prager Ausgabe musste immer auf Deutsch erscheinen, für wichtige Verordnungen und Artikel gab es tschechische Übersetzungen (Bondy 86-87).

„Zur Verbreitung im jüdischen Bevölkerungsteil innerhalb des deutschen Reichsgebietes“

Wie dem Vermerk der Zensurbehörde auf der Titelseite der ersten Ausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes* vom 23. November 1938 zu entnehmen ist, war das Blatt „zur Verbreitung im jüdischen Bevölkerungsteil innerhalb des deutschen Reichsgebietes genehmigt“, unterzeichnet wurde dieses Gutachten von Hans Hinkel.² Somit waren zwei entscheidende Merkmale des Mediums festgelegt. Erstens war die Zeitung nur für eine jüdische Leserschaft bestimmt und zweitens durften die Ausgaben nicht das sogenannte „Reichsgebiet“ verlassen.

² JN, Ausgabe Berlin, 1. Jg. 1938/Nr. 1 vom 23. November, zit. nach Burger (2001) S. 58

Um sicherzustellen, dass die Juden und Jüdinnen im „Deutschen Reich“ schnellst möglich von Verordnungen und Verboten erfuhren, mussten „sämtliche bis dahin erschienen jüdischen Zeitungen, die liquidiert worden waren, [...] ihre Abonnentenlisten dem ‚Jüdischen Nachrichtenblatt‘ zu Verfügung stellen“ (Rabinovici 143). Alle Mitglieder der jüdischen Gemeinde waren dazu verpflichtet das *Jüdische Nachrichtenblatt* zu beziehen, da niemand den Verordnungen des NS-Regimes entgehen sollte. Jene Juden und Jüdinnen, die keine Zustellgebühr bezahlen wollten oder konnten, mussten sich die Zeitung in den Räumlichkeiten der jüdischen Administration abholen (Rabinovici 145-146).

Das *Jüdische Nachrichtenblatt* war außerdem das einzige Blatt, das vom Bezugsverbot für Zeitungen und Zeitschriften für die jüdische Bevölkerung vom 17. Februar 1942 ausgenommen war (Hecht et al. 526). Anstoß zu dieser Verordnung gab Max Amann, der schon im November 1941 seinen Unmut darüber geäußert hatte, dass Juden und Jüdinnen im „Deutschen Reich“ verschiedenste Zeitungen beziehen konnten während es deutschen Soldaten an der Front kaum möglich war an Informationen aus der Heimat zu gelangen (Kohlmann-Viand 60). Die Ausgaben des *Nachrichtenblattes* durften außerdem nicht ins Exil nachgesandt werden. Ein Beleg dafür findet sich im Katalog zur Ausstellung „Ordnung muss sein. Das Archiv der *Israelitischen Kultusgemeinde Wien*“ aus dem Jahr 2007. Bei einem der Ausstellungsgegenstände handelt es sich um einen Brief des Rabbiners Dr. David Israel Taglicht aus März 1939 (Heimann-Jelinek et al. 45), der sich bei der Wiener Redaktion des *Nachrichtenblattes* beschwert, dass ihm seit seiner Emigration nach England keine einzige Ausgabe mehr zugesendet wurde, obwohl er bereits dafür bezahlt hatte.

2.2.) Institutionen der Kontrolle und Zensur

Sowohl das Propagandaministeriums als auch das SD-Hauptamt, später Reichssicherheitshauptamt (RSHA), hatten Kontrolle über das *Jüdische Nachrichtenblatt*. Die beiden wichtigsten und teils konkurrierenden Abteilungen waren das „Büro Hinkel“, das im Propagandaministerium für die Zensur des Berliner *Nachrichtenblattes* zuständig war, und die Abteilung II 112, das sogenannte „Judenreferat“ des Sicherheitsdienstes der SS. In die Zuständigkeit dieser Abteilungen fielen außerdem der *Jüdische Kulturbund* bzw. die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland*, die als Verleger des *Jüdischen Nachrichtenblattes* eingesetzt wurden.

2.2.1.) Das „Büro Hinkel“

Hans Hinkel war ein „Nazi der ersten Stunde“, worauf auch die NSDAP-Mitgliedsnummer 287 hinweist (Geisel 315). Im Jahr 1930 gründete er den Berliner Standort des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ und stieg bald zu einer zentralen Figur der NS-Kulturpolitik auf. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde er 1933 zum „Staatskommissar für die Entjudung des öffentlichen Kulturlebens“ in Preußen ernannt (Steinweis 18). In dieser Position genehmigte er auch die Gründung des *Jüdischen Kulturbundes* (Burger 59).

1935 wurde Hans Hinkel von Goebbels außerdem zu einem der Geschäftsführer der *Reichskulturkammer* (RKK) ernannt (Geisel 319). Die RKK war 1933 zur „Erfassung aller künstlerischen Berufe geschaffen worden und in der Folgezeit das wichtigste Instrument der ‚Entjudung‘ des Kulturlebens“ (Geisel 319) gewesen. Zusätzlich wurde Hinkel zum Sonderbeauftragten zur „Überwachung der Betätigung nichtarischer Staatsbürger auf künstlerischem und geistigem Gebiet“ (Burger 58) ernannt. Dieses Sonderreferat wurde im April 1938 zur „Zentralabteilung II A“ des Propagandaministeriums ausgeweitet, womit sich auch Hinkels Einflussbereich als Abteilungsleiter vergrößerte. Zu den Aufgaben der Abteilung gehörten die Kontrolle von jüdischen Kulturschaffenden und die politische Beurteilungen von Personen die für die RKK tätig waren. Nach Goebbels Befehl zur Gründung eines Verlautbarungsmediums für die jüdische Bevölkerung war das „Büro Hinkel“ für die Zensur der Berliner Ausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes* verantwortlich. Walter Owens, Hinkels Stellvertreter und Erich Kochanowski waren im „Büro Hinkel“ für das *Nachrichtenblatt* zuständig (Burger 60).

Hinkels Machtanspruch innerhalb der NSDAP und die Ausweitung seines Einflussgebietes wurden mit dem Novemberpogrom 1938 und der Radikalisierung der nationalsozialistischen „Judenpolitik“ gestoppt. Die Bedeutung seiner Abteilung schwand als die Vertreibung und später die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in den Vordergrund rückten (Geisel 321), denn Hinkels Ziel war die Ghettoisierung des jüdischen Kulturbetriebs und nicht dessen Auslöschung (Geisel 320). Das „Büro Hinkel“ bekam im Oktober 1939 die neue Bezeichnung „Abteilung Besondere Kulturaufgaben“ („BeKA“), hatte aber nur noch bis etwa September 1941 das *Jüdische Nachrichtenblatt* unter seiner Kontrolle. Danach oblag die Verantwortung über die Zeitung zur Gänze dem SD (Burger 61). Obwohl Hinkel 1941 mit der endgültigen Schließung des *Jüdischen Kulturbundes* sein ursprüngliches Einflussgebiet genommen wurde, ernannte ihn Goebbels danach zum Hauptgeschäftsführer der *Reichskulturkammer* (Geisel 321). Zu seinen Aufgaben zählten dann die Mobilisierung der deutschen Kulturszene zur

Unterstützung des Krieges und die Organisation eines Unterhaltungsprogramms für die deutschen Truppen (Steinweis 26).

2.2.2.) Abteilung II 112 des Sicherheitsdienstes (SD) der SS

Die Abteilung II 112 des Sicherheitsdienstes der SS war die „zweite Überwachungsinstanz“ des *Jüdischen Nachrichtenblattes* (Burger 65). Das sogenannte „Judenreferat“ war in die Organisation der Abteilung II (Inlandsangelegenheiten) des SD-Hauptamtes eingegliedert. Die Zentralabteilung II 1 hatte die Aufgabe der „weltanschaulichen Auswertung“ und wurde ab 1937 von Franz Alfred Six geleitet (Wildt 26). Die Unterabteilung II 112 war für den Bereich „Judentum“ zuständig (Wildt 27) und wurde ab Sommer 1937 von Herbert Hagen geleitet (Safrian 27). Zu den Arbeitsgebieten des „Judenreferats“ gehörten die Kontrolle von jüdischen Presseerzeugnissen und die Überwachung von Versammlungen der jüdischen Bevölkerung (Safrian 26). Außerdem war die Abteilung II 112 ab 1937 mit der Ausarbeitung eines Katalogs wichtiger jüdischer Persönlichkeiten aus den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik beauftragt. Hier rückten vor allem österreichische jüdische Intellektuelle und Funktionäre in den Fokus des Interesses (Safrian 27), da diese Listen bereits in Vorbereitung auf den „Anschluss“ verfasst und später für die ersten Verhaftungen bzw. Beschlagnahmen genutzt wurden.

In der Vorkriegszeit sah das „Judenreferat“ des SD die zionistische Auswanderung der jüdischen Bevölkerung aus Deutschland als die einzige vernünftige Lösung der sogenannten „Judenfrage“ (Safrian 27). Dies führte dazu, dass zionistische Organisationen von der Abteilung II 112 unterstützt und assimilatorische Bemühungen unterbunden wurden. Sogar die illegale Emigration nach Palästina wurde gefördert (Burger 65). Mit Beginn des zweiten Weltkrieges endete die eigenständige „Judenpolitik“ des SD allerdings und auch die Förderung zionistischer Bestrebungen wurde eingestellt (Burger 68).

Adolf Eichmann war ab 1935 Mitarbeiter der Abteilung II 112 und für das Referat 1123 zuständig, das sich mit zionistischen Organisationen beschäftigte. Er war davor bereits im Juni 1933 nach Deutschland geflohen, als die NSDAP in Österreich verboten wurden. Obwohl Eichmann zunächst keine Führungsposition innehatte, war sein Zuständigkeitsbereich von großem Interesse für den SD, wodurch er erheblichen Einfluss auf die Arbeit des „Judenreferats“ ausüben konnte (Wildt 27).

Abteilungsleiter Herbert Hagen fungierte bei der Gründung des *Jüdischen Nachrichtenblattes* der „bedeutendste Vertreter des SD“ (Burger 67). Hagen war davor für den Bereich „Presse und Schrifttum“ in der Zentralabteilung I 3 des SD verantwortlich und daher bereits mit der Kontrolle von Presseerzeugnissen vertraut (Wildt 28-29). Über Hagen ist bis heute relativ wenig erforscht worden, „[w]ahrscheinlich weil er nach 1938 sehr schnell von seinem aufstrebenden Untergebenen Adolf Eichmann in den Schatten gestellt wurde“ (Burger 66). Als im September 1939 das Reichssicherheitshauptamt gegründet wurde, versetzte man Hagen in das Auslandsamt des SD, wo er ab 1940 in Frankreich stationiert war (Wildt 28).

2.2.3.) Zusammenarbeit zwischen dem „Büro Hinkel“ und dem „Judenreferat“

Hans Hinkels Kontrolle über das jüdische Kulturleben in Deutschland durch den *Jüdischen Kulturbund* war schon ab Mitte der 1930er Jahre von großem Interesse für die Arbeit des Sicherheitsdienstes (Burger 65). Hinkel hatte sich außerdem bereits den Titel des Sturmbannführers innerhalb der SS erworben und stellte auch in Goebbels Wahrnehmung ein geeigneter Verbindungsmann zum Sicherheitshauptamt dar. Da es Ziel des SD war, die Assimilation der jüdischen Bevölkerung in Deutschland zu stoppen, unterstützen sie Hinkels Pläne der Ghettoisierung der jüdischen Kulturszene, weil sie der Meinung waren, es würde die Auswanderung beschleunigen (Steinweis 21). Eine tatsächliche Kooperation zwischen den beiden Abteilungen lässt sich aber erst ab 1937 feststellen. Durch die Ereignisse des Jahres 1938 kam es danach regelmäßig zu Treffen zwischen Herbert Hagen und Hans Hinkel (Burger 67).

Im Jahr 1938 begann der SD die Autorität über die „Judenpolitik“ des NS-Regimes für sich zu beanspruchen, wovon sich das Propagandaministerium bedroht fühlte. Aus diesem Grund wurde Hinkel beauftragt mit der Abteilung II 112 in Verbindung zu treten und ein Arbeitsverhältnis zu schaffen, das für beide Seiten vorteilhaft war. So lieferte Hinkel fortan wichtige Informationen über politische Gegner und unerwünschte Personen des NS-Regimes wie Juden und Jüdinnen sowie Homosexuelle, die in der Kulturszene tätig waren an den SD. Im Gegenzug erwartete sich Hinkel in seiner Funktion als einer der Geschäftsführer der *Reichskulturkammer* bei der Überprüfung von Mitgliedern die Hilfe des SD. Hinkel legte seinen Mitarbeitern außerdem nahe der SS beizutreten (Steinweis 25).

Nach dem „Anschluss“ Österreichs führte die gute Zusammenarbeit zwischen den beiden Abteilung auch zu Hans Hinkels Zustimmung, kulturelle Angelegenheiten der

österreichischen jüdischen Gemeinde vom „Judenreferat“ des SD abwickeln zulassen. Deshalb war es möglich, dass die Wiener Abteilung II 112 unter der Leitung Adolf Eichmanns bereits wenige Monate nach dem „Anschluss“ eine Zeitung herausbringen konnte, die von jüdischen Redakteuren gestaltet wurde. Dabei handelte es sich um die *Zionistische Rundschau* (Burger 67).

Die Art der Kontrolle des *Jüdischen Nachrichtenblattes*, die vom „Büro Hinkel“ gemeinsam mit dem „Judenreferat“ des SD ausgeübt wurde, kann mit dem Begriff der Zensur nur unzureichend erfasst werden (Burger 64). „So gaben die Überwacher detaillierte Anweisungen zur Ausgestaltung des redaktionellen Teils, ließen sich Inserate teilweise einzeln vorlegen, besetzten die Posten des Chefredakteurs und des Vertriebsleiters und behielten sich bis zur Einstellung des letzten Anzeigenvertreters in der Provinz die Entscheidung vor“ (Burger 64). Laut Reiner Burger sollte daher nicht bloß von Zensur, sondern „von absoluter Kommunikationskontrolle“ gesprochen werden (64). In der Entstehungsphase des *Jüdischen Nachrichtenblattes* gingen Hinkels schriftliche Anweisungen direkt an die Redakteure des Blattes, später mussten Vertreter der Zeitung mehrmals in der Woche im Propagandaministerium antreten um verbale Anweisungen von Owens und Kochanowski zu empfangen (Burger 64-65).

2.3.) Verleger des *Jüdischen Nachrichtenblattes*

Die Verleger des *Jüdischen Nachrichtenblattes* in Deutschland waren der *Jüdische Kulturbund* und später die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland*. Die Organisationen standen in einem Abhängigkeitsverhältnis zum „Büro Hinkel“ bzw. der Abteilung II 112 des SD.

2.3.1.) Der *Jüdische Kulturbund*

Bereits kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland wurden jüdische Künstler und Künstlerinnen aus sämtlichen Kulturinstitutionen entlassen. Um ihnen die Ausübung ihrer Tätigkeit weiterhin zu ermöglichen setzte sich eine Vereinigung von Berliner Kulturschaffenden, allen voran Dirigent, Musikwissenschaftlicher und Neurologe, Dr. Kurt Singer, für die Gründung des *Jüdischen Kulturbundes* ein (Burger 40). Dieses Ansuchen wurde am 16. Juni 1933 von Hans Hinkel im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung genehmigt (Burger 41). Die Bezeichnung des

Verbands lautete damals noch „Kulturbund deutscher Juden“ und hatte bis zum Novemberpogrom Kurt Singer als Leiter (Geisel 10-11).

1935 änderte sich sowohl die Bezeichnung als auch die Organisation des *Kulturbundes*. Die vielen lokalen Vereinigungen des „Kulturbundes Deutscher Juden“ wurden im *Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde in Deutschland* (RJK) zusammengefasst, dessen Aktivitäten vom „Büro Hinkel“ somit leichter zu kontrollieren waren (Burger 41). Außerdem war „das Verhältnis zwischen deutschen Juden und deutscher Kultur [...] damit faktisch beendet, denn der neue Name insinuierte, dass es keine deutschen Juden mehr, sondern nur noch in Deutschland lebende Juden gebe“ (Smith 242). Trotz der zahlreichen Einschränkungen und Schikanen, etablierte sich der *Kulturbund* innerhalb der jüdischen Gemeinde aber schnell zu einer ernstzunehmenden kulturellen Institution, die 1936 alleine in Berlin bereits 20.000 Mitglieder und 200 Angestellte verzeichnen konnte (Burger 41). So waren bis 1937 in etwa 50.000 Künstler und Künstlerinnen unter der Kontrolle Hinkels (Steinweis 20). Hinkels Büro im Propagandaministerium wurde außerdem „zur obersten Zensur- und Überwachungsinstanz dieser Dachorganisation. [...] Von der Kontrolle war auch das jüdische Presse- und Verlagswesen betroffen, obwohl es zu keinem Zeitpunkt zum RJK gehörte“ (Burger 60). Das vom *Kulturbund* aufgeführte Programm durchlief bereits innerhalb der einzelnen Standorte eine Vorzensur, wobei das „Büro Hinkel“ immer Veto-Recht und die letzte Entscheidungsgewalt hatte (Steinweis 22). Außerdem mussten im Vorhinein alle Veranstaltungen, Programme und Texte vom „Büro Hinkel“ genehmigt werden. Mit Fortschreiten der NS-Diktatur in Deutschland durften auch keine Werke von „arischen“ KomponistInnen oder SchriftstellerInnen mehr aufgeführt werden (Geisel 15).

Diese freiwillig gegründete Auffangorganisation bot jüdischen KünstlerInnen zwar einen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit, half aber auch der Strategie der NS-Führung, die jüdische Bevölkerung aus der Öffentlichkeit zu verdrängen. Denn sowohl die Mitglieder des *Kulturbundes* als auch die Zuschauer der Vorstellungen durften ausschließlich jüdischer Herkunft sein. Alle Programme mussten außerdem unter Ausschluss der deutschen Öffentlichkeit stattfinden (Burger 41). Auf Veranstaltungen und Spielpläne durfte nur in der jüdischen Presse aufmerksam gemacht und Karten nicht öffentlich verkauft werden (Geisel 14).

Die fünfjährige Laufzeit des *Kulturbundes* als einzige jüdische Kulturinstitution in Deutschland erlitt im November 1938 einen gravierenden Einschnitt (Smith 242). Als Folge des Attentats auf Ernst vom Rath kam bereits am Morgen des 9. Novembers der Befehl des

Propagandaministeriums, alle jüdischen künstlerischen Aktivitäten einzustellen und das Theater zu schließen. Allerdings wurden diese Maßnahmen bereits drei Tage später revidiert und der *Kulturbund*, der nun schon längst keine freiwillige Organisation mehr war, musste seine Tätigkeit Ende desselben Monats wieder aufnehmen (Burger 41). Danach begann die offizielle Umformung des *Kulturbundes*. Das „Büro Hinkel“ gab am 16. Dezember 1938 bekannt, dass alle regionalen Kulturbünde bis Jahresende aufgelassen werden müssen, was auch die Auflösung der Dachorganisation, des „Reichsverband Jüdischer Kulturbünde in Deutschland“ zur Folge hatte. (Smith 255). Das galt jedoch nicht für den Verlag und den Buchbetrieb des *Kulturbundes* (Burger 148). Gleichzeitig wurde eine auf Berlin beschränkte Nachfolgeorganisation mit der Bezeichnung „Jüdischer Kulturbund e.V.“ gegründet (Smith 255). Diese neue Zwangsvereinigung war ab Jänner 1939 für die Herausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes* verantwortlich (Burger 42).

Nach zahlreichen Einschränkungen, die die Arbeit der Organisation kontinuierlich erschwerten, löste die Gestapo den *Jüdischen Kulturbund* im September 1941 schließlich auf. Die NS-Führung konzentrierte sich zu diesem Zeitpunkt nur noch auf die Deportation der jüdischen Bevölkerung, der *Kulturbund* hatte somit keinen Nutzen mehr für das Regime (Steinweis 26).

2.3.2.) Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

Ab März 1942 ging das *Jüdische Nachrichtenblatt* in die Verantwortung der sogenannten *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* über, die einzige jüdische Organisation die zu diesem Zeitpunkt im „Deutschen Reich“ noch zugelassen war (Burger 148). Die *Reichsvereinigung* wurde bereits im Dezember 1938 gegründet, als die Organisationsstruktur der jüdischen Gemeinden in Deutschland aufgelassen wurde und SD und Gestapo versuchten, das Leben der Juden und Jüdinnen in Deutschland unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Führungspositionen wurden alle von SD und Gestapo besetzt, den Gemeinden kam kein Mitspracherecht zu. Nach der Gründung des RSHA fiel die *Reichsvereinigung* in den Kompetenzbereich des „Judenreferats“ des SD und war für alle Bereiche des jüdischen Lebens zuständig, mit Ausnahme von kulturellen Angelegenheiten (Burger 148).

Von 1933 bis 1941 war der *Kulturbund* für das kulturelle Leben der jüdischen Gemeinde verantwortlich. „Dessen Eigenständigkeit [wurde aber] in den Herrschaftsbereich der Gestapo und des SD übernommen. Jetzt war der *Kulturbund* sozusagen die Unterhaltungsabteilung der

„Reichsvereinigung der Juden in Deutschland““ (Geisel 320). In der Berliner Ausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes* wird die *Reichsvereinigung* zum ersten Mal in der ersten Ausgabe des Jahres 1943 im Impressum als Verleger ausgewiesen (Burger 151). Als hunderte Angestellte der *Reichsvereinigung* im Frühjahr 1943 deportiert wurden, war damit auch das Ende der Organisation besiegelt. Am 10. Juni löste die Gestapo die *Reichsvereinigung* offiziell auf und „[a]m 19. Juni erklärte Propagandaminister Goebbels Berlin als „judenfrei““ (Burger 150).

2.4.) Inhaltliche Schwerpunkte des *Jüdischen Nachrichtenblattes*

Obwohl das *Jüdische Nachrichtenblatt* 1938 vom „Büro Hinkel“ und der Abteilung II 112 des SD als reines Verlautbarungsorgan konzipiert wurde (Burger 141), lieferten die Redaktionen der verschiedenen Ausgaben auch journalistische Inhalte zu den Themen Auswanderung und Fortbildung, sowie Beiträge über das kulturelle und religiöse jüdische Leben. Zusätzlich gab es einen Anzeigenteil in dem die jüdische Leserschaft inserieren durfte.

2.4.1.) Anweisungen des „Büro Hinkel“

Die Blattlinie der Zeitung wurde von den verantwortlichen Redakteuren nicht selbst bestimmt. In einem Schreiben an Adolf Eichmann, der für die Zensur der Wiener Ausgabe verantwortlich war, verdeutlichte Hans Hinkel bereits am 2. Jänner 1939 die Vorstellungen des Propagandaministeriums bezüglich der inhaltlichen Ausrichtung des *Jüdischen Nachrichtenblattes*:

Allerdings ist zu berücksichtigen, daß [sic!] das ‚Jüdische Nachrichtenblatt‘ [...] in keiner Weise den zionistischen Tendenzen zur Schaffung eines Judenstaates in Palästina dienstbar gemacht werden darf. Vielmehr soll es inhaltlich in erster Linie für die noch im deutschen Reichsgebiet wohnenden Juden Informationen über die Auswanderungsmöglichkeiten, die soziale Fürsorge, die Arbeit der in Vorbereitung befindlichen ‚Reichsvereinigung‘ und der Jüdischen Gemeinden, sowie aller Arbeitsgebiete des Jüdischen Kulturbundes enthalten. Nachrichten aus dem Ausland sollen im allgemeinen auf Berichte aus den Auswanderungsgebieten beschränkt bleiben, wozu noch Notizen über die Maßnahmen anderer Staaten gegen die Juden treten, die jeweils nach den politischen Gesichtspunkten, ob sie zur Unterstützung der deutschen Juden-Politik wertvoll sind, auszuwählen sind.³

³ Schreiben des RMfVuP, Abt. II A (Hinkel) an SS-O‘Stubaf. Eichmann vom 2. Jänner 1939 (Abschrift), WL Documents Section 575 zit. nach Burger (2001) S. 113

Das Schreiben geht aus einer Absprache zwischen dem Propagandaministerium und dem Sicherheitsdienst hervor und zeigt, dass das *Jüdische Nachrichtenblatt* zum Zweck der antisemitischen Verfolgung instrumentalisiert werden sollte (Burger 113). Über diese Anweisungen informierte die Berliner Ausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes* ihre Leserschaft in äußerst verzerrter Form, als sie am 27. Jänner 1939 zur Blattlinie Stellung nahm:

Das „Jüdische Nachrichtenblatt“ wird Sie eingehend über alle bestehenden Auswanderungsmöglichkeiten unterrichten; getreu der bisher eingehaltenen Linie wird sich das Blatt konsequent für die Erweiterung der vorhandenen Einwanderungsmöglichkeiten einsetzen. Das Leben in unseren jüdischen Gemeinden wird von unseren eigenen Berichterstattern behandelt werden, die Darbietungen des Jüdischen Kulturbundes in Deutschland werden weiter den ihnen zukommende Platz finden. So wird das „Jüdische Nachrichtenblatt“ ein Spiegelbild des gesamten jüdischen Lebens in Deutschland sein. Mit Feuilletons werden unsere bekanntesten Autoren in Deutschland zu Worte kommen. Sprachunterrichtskurse sollen die Kenntnisse des Auswanderers vermehren.⁴

Die Einflussnahme durch NS-Behörden belief sich aber nicht bloß auf den ersten Jahrgang des Blattes. So wurde zum Beispiel im März 1940 nach Absprache mit Funktionären des „Büro Hinkel“ (später „BeKA“) und des SD, zu denen auch Adolf Eichmann gehörte, beschlossen, dass der Auswanderungsteil des Blattes umfangreicher gestaltet werden müsse. Dies sollte auch auf Kosten anderer redaktioneller Inhalte geschehen, da es Ziel der NS-Führung war die jüdische Bevölkerung vehementer zur Emigration zu drängen (Burger 122).

2.4.2.) Redaktioneller Teil: Themen und Rubriken

Das *Jüdische Nachrichtenblatt* wurde nicht in Ressorts sondern in Rubriken unterteilt, die oft ihre Bezeichnung wechselten und selten über den gesamten Erscheinungszeitraum bestehen blieben (Burger 115). Obwohl es den Redakteuren nicht erlaubt war über die tristen Lebensumstände der jüdischen Bevölkerung zu berichten, war die Zeitung trotzdem kein bloßes Verlautbarungsorgan. Vor allem in den Beiträgen aus dem Feuilleton war die journalistische Qualität noch bis Ende 1941 verhältnismäßig hoch (Burger 114).

⁴ JN Ausgabe Berlin, 2. Jg. 1939/Nr. 8 vom 27. Jänner, S. 2 zit. nach Burger (2001) S. 113-114

Auswanderung

Auswanderung war das zentrale Thema der ersten zwei Jahrgänge des *Jüdischen Nachrichtenblattes* (Bondy 96). Bis September 1939 berichtete das Blatt ausführlich über Emigrationsmöglichkeiten nach Palästina (Budischowsky 110). Zionistische Ideen wie die Gründung eines eigenen jüdischen Staates durften dabei allerdings nicht propagiert werden (Rabinovici 144). Die Berichterstattung über die jüdische Auswanderung änderte sich mit Beginn des zweiten Weltkriegs. Danach wurde vor allem die Auswanderung nach Mittel- und Südamerika angepriesen, während Palästina fast zur Gänze aus der Berichterstattung verschwand (Budischowsky 110).

In zahlreichen Reportagen wurden Länder aus aller Welt vorgestellt, die der jüdischen Bevölkerung einen Neuanfang versprachen. Außerdem wurden persönliche Berichte von bereits ausgewanderten Personen hinzugefügt, die über das Alltagsleben in ihrer neuen „Wahlheimat“ schilderten und Ratschläge für den Neuanfang erteilten (Maier 170). Beispielsweise „wurde über die entsprechenden gesetzlichen Regelungen vor Ort informiert, und in einem recht umfangreichen Anzeigenteil konnten Umschulungsmaßnahmen, Passagen, Fahrscheine und vieles andere angeboten werden“ (Maier 168). Mit Fortschreiten des zweiten Weltkriegs wurden die beschriebenen Staaten allerdings immer exotischer, da die Zahl der Länder, die bereit waren jüdische Flüchtlinge aufzunehmen, immer geringer wurde und die Fluchtmöglichkeiten unter dem NS-Regime begrenzt waren (Maier 171).

Fortbildung und „Umschichtungskurse“

Um deutschsprachige Juden und Jüdinnen auf die Auswanderung vorzubereiten wurden im *Jüdischen Nachrichtenblatt* Lektionen aus englischen und spanischen Sprachkursen mit den dazugehörigen Lösungen abgedruckt. Zusätzlich wurden Buchhaltungslektionen zur Vorbereitung auf neue Arbeitsstellen im Ausland publiziert (Maier 171). Weiters wurden sogenannte „Umschichtungskurse“ beworben. „Umschichtung“ war „der Begriff für die Umschulungen zu Berufen, die in den Emigrationsländern bessere Chancen auf einen Broterwerb oder überhaupt eine Arbeitserlaubnis boten“ (Maier 173). Es gab Kursangebote in den Bereichen „Feinmechanik, Elektrotechnik, Schlosserei, Schweißen, Optik, Tischlerei, Gartenbau, Tierzucht, chemisches Putzen und dutzende andere Kurse für Männer bis zu Säuglingspflege, Diätküche, Maniküre, Frisieren für Frauen“ (Bondy 90). Das Interesse an „Umschichtungskursen“ war groß, da innerhalb weniger Monate neue Professionen erlernt

werden konnten. Schon am 21. Februar 1939 berichtete die Wiener Ausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes* über den Start des tausenden „Umschichtungskurses.“⁵

Religiöses und kulturelles Leben

Da nach dem Novemberpogrom alle jüdischen Gemeindeblätter verboten wurden, war es Aufgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes* Informationen über das religiöse Leben zu publizieren. Der Rubrik „Aus den jüdischen Gemeinden“ konnten Leser beispielsweise „Hinweise zu Gottesdiensten, Kleider- und Spendensammlungen“ entnehmen (Burger 136). Zu den religiösen Inhalten gehörten außerdem Talmudzitate, Spruchsammlungen, jüdische Weisheiten und Lebensregeln (Maier 176). Auch Schriftauslegungen, die unter dem Titel „Das Wort der Lehre“ erschienen (Burger 136), gehörten zu dieser Kategorie. Religiöse Inhalte mochten laut Clemens Maier „gelegentlich vielleicht, entgegen der Absicht des Regimes, dazu beigetragen [haben], die Moral der Verfolgten zu stärken oder Stolz auf die kulturellen Leistungen jüdischer Bürger zu wecken“ (Maier 177). Denn auch die Berichterstattung über kulturelle Ereignisse in der jüdischen Gemeinschaft war ein wichtiger Bestandteil des redaktionellen Teils. Anfänglich wurde der „Kulturteil [...] von einigen Journalisten für offene und zwischen den Zeilen versteckte Zeitbezüge genutzt“ (Burger 131) um die „Notwendigkeit kultureller Veranstaltungen in schwerer Zeit“ (Burger 127) zu verdeutlichen. Gegenstand der Berichterstattung waren Veranstaltungen des *Jüdischen Kulturbundes*, wie beispielsweise Ankündigungen von Konzerten oder Theaterstücken und Rezensionen von Erstaufführungen (Maier 175).

Verordnungen und Gesetze

Das *Jüdische Nachrichtenblatt* war die einzige Zeitung im „Deutschen Reich“, die Verordnungen bzw. Gesetze veröffentlichte, die die jüdische Bevölkerung betrafen. Ansonsten wurden diese nur im Reichsgesetzblatt publiziert. In der Berliner Ausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes* wurde am 9. Dezember 1938 erstmal die Rubrik mit dem Titel „Aus Recht und Wirtschaft“ für die Veröffentlichung einer Verordnung eingesetzt. In den ersten Monaten des zweiten Weltkriegs wurden Erlässe auf der Titelseite der Zeitung abgedruckt, die kurzfristig auch unter den Bezeichnungen „Neue Verordnungen“ oder „Aus

⁵ JN, Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 15 vom 21. Februar, S. 1

den Verordnungen“ zu finden waren (Burger 141). Obwohl das *Jüdische Nachrichtenblatt* als offizielles Verlautbarungsmedium konzipiert war, gab es einige nationalsozialistische Verordnungen, die für die jüdische Bevölkerung von großer Bedeutung waren, aber nie publiziert wurden (Burger 141).

2.4.3.) Der Anzeigenteil

Im Anzeigenteil des *Jüdischen Nachrichtenblattes* durfte ausschließlich von Juden und Jüdinnen inseriert werden. Die einzige Ausnahme stellten Schifffahrtslinien und Speditionsunternehmen dar, die für die jüdische Auswanderung förderlich waren. Außerdem mussten Anzeigen zuerst von der Zensurbehörde genehmigt werden (Burger 144). So wie der redaktionelle Teil der Zeitung, war auch der Anzeigenteil in verschiedene Rubriken unterteilt. Den größten Raum nahmen dabei Inserate zum Thema „Unterricht und Erziehung“ bzw. „Spedition“ ein. Klassische Wohnungsgesuche oder Anzeigen zum An- und Verkauft gehörten ebenfalls zu den Inseraten (Burger 143). Ab 3. Februar 1939 war es erneut erlaubt jüdische Familienanzeigen zu schalten. Dazu gehörten Meldungen über Verlobungen oder Hochzeiten sowie Geburten und Sterbefälle (Burger 144).

Das Thema der Auswanderung war auch im Anzeigenteil sehr präsent und konnte sogar in den Heiratsannoncen gefunden werden. Es gab zahlreiche Kontaktanzeigen „in denen unter Verweis auf Auswanderungsmöglichkeiten oder Schiffspassagen Partner zwecks gemeinsamer Auswanderung gesucht wurden. Häufig ging es dabei gezielt um Personen, die über Visen, Bürgschaften oder Affidavits [...], also die dringend notwendigen Papiere für die Einreise in andere Länder verfügten“ (Maier 172). Damit liefert der Anzeigenbereich auch einen Einblick in die Realität der Juden und Jüdinnen während der NS-Herrschaft. Politische sowie wirtschaftliche Entwicklungen werden hier sichtbar, sowie „die allmähliche Senkung der Erwartungen, der Ansprüche [und] die wachsende Mittellosigkeit“ (Bondy 100). Die Verarmung der jüdischen Bevölkerung war besonders in der Rubrik „An- und Verkäufe“ des Kleinanzeigenteils sichtbar (Maier 173). In den ersten Kriegsjahren ging es für den Großteil der jüdischen Bevölkerung noch nicht um das bloße Überleben in den Konzentrationslagern, „sondern um eine Lösung des materiellen Notstandes“ (Bondy 91), da Berufs- und Besitzverbote den Erhalt eines gewissen Lebensstandard nahezu unmöglich machten.

2.5.) *Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien*

Der Weg zu einer Wiener Ausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes* war unausweichlich mit den Machtplänen Adolf Eichmanns, dem Leiter der „Zentralstelle für Jüdische Auswanderung“, verbunden. Im folgenden Kapitel werden daher sowohl die *Zionistische Rundschau* als auch Eichmanns gescheiterter Versuch, ein von Berlin unabhängiges *Nachrichtenblatt* herauszubringen, erörtert. Weiters wird die Entstehungsgeschichte der *Ausgabe Wien* und ihrer jüdischen Verlagsinstitutionen genauer erklärt.

2.5.1.) Die „Zentralstelle für Jüdische Auswanderung“

Bereits kurz nach dem „Anschluss“ Österreichs an das „Deutsche Reich“ war ein Sonderkommando des sogenannten „Judenreferats“ des SD in Wien eingelangt. Herbert Hagen, der Leiter der Abteilung II 112 war von 12. März bis 11. April vor Ort, Eichmann folgte ihm am 16. März nach. Wie bereits erwähnt, war es eine der Hauptaufgaben dieses Referats Listen über prominente jüdische Funktionäre zusammenzustellen, die nun dazu verwendet wurden die ersten großflächigen Verhaftungen durchzuführen (Wildt 52). Außerdem wurde der Großteil der jüdischen Vereine bereits in der ersten Woche nach Einmarsch der deutschen Truppen geschlossen. Grund dafür war Reichkommissar Bürckels Anordnung vom 18. März 1938 „sämtliche Vereinstätigkeit im Land bis nach der Volksabstimmung am 10. April einzustellen“ (Hecht et al. 122). Da die Kompetenzen innerhalb des SD Sonderkommandos anfangs noch nicht klar verteilt waren, weitete Eichmann seinen Einflussbereich größtmöglich aus. Nach Rücksprache mit Franz Alfred Six, dem Leiter der Abteilung II 1 im SD-Hauptamt, entschied Eichmann welche jüdischen Organisationen in Österreich wieder ihre Arbeit aufnehmen durften. Dazu gehörten der *Zionistische Landesverband für Österreich* mit dem Eichmann durch seine Arbeit im „Judenreferat“ vertraut war, die *Israelitische Kultusgemeinde* (IKG) sowie die *Agudas Jisroel* als Vertretung der orthodoxen jüdischen Gemeinde in Österreich (Safrian 38). Danach bestand Eichmanns Tätigkeit in Wien vor allem „in der diktatorischen Überwachung der von ihm reorganisierten Kultusgemeinde und anderer jüdischer Organisationen, denen er eine wöchentliche Berichterstattung angeordnet hatte“ (Safrian 39).

Eichmanns vorrangiges Ziel war die Beschleunigung der jüdischen Zwangsemigration aus Österreich. Für die Umsetzung dieses Plans brauchte er die Mithilfe der Wiener IKG, die zur Zusammenarbeit mit Eichmann gezwungen wurde (Wildt 53). Im Sommer 1938 wandten sich jüdische Funktionäre mit dem ersten Vorschlag zur Vereinfachung der

Auswanderungsmodalitäten an Eichmann (Safrian 41), woraufhin er den Amtsdirektor der IKG, Josef Löwenherz mit der Planung einer sogenannten „Zentralstelle“ beauftragte (Rabinovici 112). SD-Chef Reinhard Heydrich setzte sich persönlich für die Gründung der Einrichtung ein, da er die Autorität über die „Judenpolitik“ in Österreich nicht an die Gestapo verlieren wollte (Rabinovici 112). In Deutschland nahm das „Judenreferat“ des SD gegenüber der Gestapo nämlich nur eine beratende Funktion ein (Rabinovici 111).

Formell unterstand die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ dem Leiter des SD in Österreich Franz Stahlecker, tatsächlich wurde sie allerdings von Adolf Eichmann geführt (Wildt 53). Die Räumlichkeiten der „Zentralstelle“ befanden sich im Palais Rothschild in der Prinz-Eugen-Straße 20-22 (Safrian 41). Hier wurden alle Behörden, die an der Ausstellung von Ausreisedokumenten beteiligt waren in einer Institution zusammengefasst (Hecht et al. 177). Das Modell der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ und die Zentralisierung der „Judenpolitik“ beim Sicherheitsdienst wurden danach zum Vorbild für Berlin und Prag (Wildt 54). Nachdem Eichmann die Pläne für „Zentralstellen“ in Wien und Prag umgesetzt hatte wurde er im Dezember 1939 „zum Sonderreferenten für die ‚Räumung in den Ostprovinzen‘“ ernannt. In dieser Funktion war er schließlich auch für die massenhafte Deportation der jüdischen Bevölkerung in Konzentrationslager verantwortlich (Wildt 62).

2.5.2.) Eichmanns erster Versuch: Die *Zionistische Rundschau*

Nachdem Eichmann dem *Zionistischen Landesverband* erlaubt hatte, seine Arbeit wieder aufzunehmen, sahen dessen „neu genehmigte Statuten [...] u.a. die Herausgabe einer Zeitung vor“ (Budischowsky 109). Infolgedessen ordnete er im Mai 1938 das Erscheinen der *Zionistischen Rundschau* an (Diehl 253), wobei er die inhaltliche Ausrichtung des Mediums selbst bestimmte (Safrian 38). Der Titel des Blattes wurde „in Anlehnung an die Berliner ‚Jüdische Rundschau‘ gewählt“ (Budischowsky 110). Als Chefredakteur der *Zionistischen Rundschau* wurde Emil Reich eingesetzt, der zuvor als Wiener Korrespondent der *Jüdischen Rundschau* tätig war (Diehl 253). Die Redaktion der *Zionistische Rundschau* (und später des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien*) wurde in den ehemaligen Räumlichkeiten des *Zionistischen Landesverbands* in der Marc-Aurel-Straße 5 im ersten Wiener Gemeindebezirk untergebracht (Budischowsky 109).

In einem Schreiben an seinen Vorgesetzten Herbert Hagen vom 8. Mai 1938 beschrieb Eichmann seine Pläne bezüglich der Zeitung folgendermaßen: „Lieber Herbert! Am Freitag

der nächsten Woche erscheint die erste Nummer der *Zionistischen Rundschau*. Ich habe mir die Manuskripte einsenden lassen und bin gerade bei der langweiligen Arbeit der Zensur. Die Zeitung geht Euch selbstverständlich auch zu. Es wird gewissermaßen ‚meine‘ Zeitung werden.“⁶ Von 20. Mai bis 4. November 1938 konnte Eichmann insgesamt 25 Nummern der *Zionistischen Rundschau* veröffentlichen. Um das jüdische Selbstbewusstsein der Leserschaft zu stärken, wurde über „Aufbauarbeit in Palästina“ und „jüdische Sportserfolge“ berichtet (Rabinovici 100). Weiters enthielt die *Zionistische Rundschau* auch Sprachlektionen auf Hebräisch und Englisch um die jüdische Bevölkerung auf die bevorstehende Auswanderung vorzubereiten (Rabinovici 101). „Der ‚Zionistischen Rundschau‘ war [...] paradoxerweise eine kritischere Blattlinie erlaubt als allen anderen Blättern in Österreich“ (Rabinovici 102), da ihre Leserschaft nicht mittels nationalsozialistischer Propaganda indoktriniert werden musste. Als „jüdische“ Zeitung wurde auch die *Zionistische Rundschau* am 8. November 1938 eingestellt (Burger 100).

2.5.3.) Entstehungsgeschichte der *Ausgabe Wien*

Als Nachfolgemedium der *Zionistischen Rundschau* plante Eichmann erneut eine von Berlin unabhängige Zeitung für die österreichische jüdische Bevölkerung zu veröffentlichen. Die erste Nummer dieser eigenständigen Variante des *Nachrichtenblattes* aus Wien erschien am 13. Dezember 1938 (Burger 100). Wie die *Zionistische Rundschau*, wurde auch dieses Medium vom *Zionistischen Landesverband* in Wien herausgegeben und war ihrem Vorgänger bezüglich Gestaltung und Produktion sehr ähnlich. Emil Reich wurde erneut als verantwortlicher Redakteur eingesetzt (Budischowsky 110). Das Propagandaministerium stellte die Zeitung allerdings nach zwei Nummern wieder ein, denn „[d]er ‚panikartige Auswanderungsdrang‘, der den Ton der Zeitung bestimmt hatte“ (Diehl 253) war nicht im Sinne der NS-Führung in Berlin. Danach wurden die Pläne des SD für ein eigenständiges Blatt in Österreich verworfen. In einem Schreiben vom 2. Jänner 1939 wurde Eichmann von Hans Hinkel über die nächsten Schritte unterrichtet:

Um die notwendige Informationsmöglichkeit der Juden in Wien und der Ostmark [...] sicherzustellen habe ich im Einvernehmen mit dem Geheimen Staatspolizeiamt und dem Reichsführer SS, Chef des Sicherheitshauptamtes folgende Regelung getroffen: Grundsätzlich gelangt für das gesamte deutsche Reichsgebiet das in Berlin erscheinende Informationsorgan ‚Jüdisches Nachrichtenblatt‘ zur Auslieferung. Für Wien und die gesamte Ostmark wird eine Beilage zu diesem Blatt in Wien gedruckt, deren Redaktion

⁶ Schreiben von Adolf Eichmann an Herbert Hagen vom 8. Mai 1938, Bureau 06, Dok. 1515, Anklagedok. T/130, Eichmann-Prozess, Prot. 18, S. T1 zit. nach Rosenkranz (1978) S. 71

und Verlagsauslieferung in Wien ist und deren Vorzensur ebenfalls in Wien durch den mir vom Sicherheitshauptamt-SS benannten SS-Obersturmführer Eichmann ausgeübt werden soll.⁷

Am Ende der Nachricht wendet sich Hinkel auch direkt an Eichmann und schreibt: „Ich ermächtige Sie, in diesem Rahmen alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit die Wiener Beilage des ‚Jüdischen Nachrichtenblattes‘ möglichst bald erscheinen kann.“⁸ Daraufhin organisierte Eichmann im Jänner 1939 ein Zusammentreffen aller beteiligten Organisationen in Wien. Walter Owens nahm als Vertreter des „Büro Hinkel“ und Werner Levie als Vertreter des *Jüdischen Kulturbundes in Deutschland e.V.* an den Besprechungen teil. Außerdem waren Vertreter der Wiener jüdischen Gemeinde und des Palästina-Amtes an der Organisation der Zeitung beteiligt. (Burger101). Werner Levie, Leiter des *Jüdisches Kulturbundes* in Berlin, erhielt im Vorfeld konkrete Anweisungen aus dem Propagandaministerium über die Gründung einer Wiener Zweigstelle des *Jüdischen Kulturbundes* sowie die Herausgabe eines *Nachrichtenblattes* in Wien. Diese hielt er in seinem Gedenkprotokoll vom 30. Jänner 1939 fest:

Die in Berlin von dem Unterzeichneten mit den Herren Referenten Owens und Kochansowski geführten Verhandlungen, sowie die etwas weiter zurückliegende ausführliche Unterhaltung über dieses Thema mit Herrn Staatsrat Reichskulturwalter Hans Hinkel, Leiter der Abteilung II ließen keinen Zweifel daran, dass unter allen Umständen, wenn auch den Wiener Verhältnissen Rechnung tragend, ein Analog, dem im Altreich existierenden Kulturbünden konstruiertes Institut zu errichten sei. Ich wies daraufhin, dass eben diese Wiener Verhältnisse bezüglich der Judenschaft grundsätzlich anders als im Altreich seien. Dem wurde von den Herren Owens und Kochanowski zugestimmt, mir wurde jedoch der präzise Auftrag zuteil, in Form eines Kulturbundes den Rahmen zu schaffen, für die Herausgabe einer Zeitung die im Zusammenhang mit dem Jüd. Nachrichtenblatt Berlin erscheinen müsse, für die Errichtung eines Buchverlages und Vertriebes, für ein Institut für Vorträge sowie für die Schaffung von Filmveranstaltungen.⁹

Bei den Verhandlungen in Wien wurde dementsprechend die Herausgabe der Zeitung durch eine Wiener Zweigstelle des *Jüdischen Kulturbundes* beschlossen und die weitere Zusammenarbeit mit Berlin besprochen. Grundsätzlich sollten von der Wiener Redaktion vier Seiten eigenständig gestaltet und die restlichen vier von der Berliner Ausgabe übernommen werden (Burger 101). Dazu hielt Levie folgende Abmachung fest:

Das Jüdische Nachrichtenblatt Berlin wird in Form eines Mantels seine vier Umschlagseiten wöchentlich zweimal nach Wien gelangen lassen und zwar in Form, dass

⁷ Schreiben des RMfVuP, Abt. II A (Hinkel) an SS-O'Stubaf. Eichmann vom 2. Jänner 1939 (Abschrift), WL Documents Section 575 zit. nach Burger (2001) S. 101

⁸ Ebd.

⁹ Gedenkprotokoll von Dr. Werner Levie vom 30. Jänner 1939, Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem A/W 470

als Kopf der Titel „Jüdisches Nachrichtenblatt Ausgabe Wien“ erscheinen wird. Auf den vier Seiten werden weder Gesetzesnachrichten noch Auswanderungsnachrichten noch Inserate erscheinen, so dass sich widersprechende Berichterstattung bzw. für Wien uninteressante Inserate nicht erscheinen werden.¹⁰

Die für Wien spezifischen Verordnungen und Nachrichten bildeten daher eine „Art Umschlag“ für den in der Mitte der Zeitung liegenden Teil aus Berlin (Rabinovici 144). Das *Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* hatte in seinem Erscheinungszeitraum von 1938 bis 1943 insgesamt vier verantwortliche Redakteure. Nachdem Emil Reich im Oktober 1942 nach Theresienstadt deportiert wurde, übernahm der Leiter des *Jüdischen Kulturbundes, Zweigstelle Wien* Maurycy Moses Grün die Position des Chefredakteurs. Danach folgten der Archivar der IKG Leopold Moses (Budischowsky 111) und Wilhelm Heublum (Melischek & Seethaler 292) als verantwortliche Redakteure.

Im Verlauf des zweiten Weltkriegs wurden der Seitenumfang und die Erscheinungsfrequenz des *Jüdischen Nachrichtenblattes* kontinuierlich reduziert. Ab dem 28. Mai 1943 erschien die Wiener Ausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes* sogar nur mehr im vierzehntägigen Rhythmus, bevor das Propagandaministerium am 19. Dezember die Einstellung des Mediums mit Jahresende bekannt gab (Rabinovici 314). Die letzte Nummer der Ausgabe Wien erschien am 31. Dezember 1943, umfasste nur noch zwei Seiten und bestand lediglich aus Verordnungen (Rabinovici 146).

2.5.4.) Die Verleger des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien*

Insgesamt werden drei verschiedene Organisationen im Impressum der Wiener Ausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes* als Verleger genannt. Bis 1943 waren die Wiener Zweigstelle des *Jüdischen Kulturbundes*, die *Israelitische Kultusgemeinde* und nach deren Auflösung der „Ältestenrat der Juden Wien“ für den Verlag der Zeitung verantwortlich.

Jüdischer Kulturbund in Deutschland, e.V. Zweigstelle Wien

Die Wiener Zweigstelle des *Jüdischen Kulturbundes* wurde im Jänner 1939 auf Befehl des Propagandaministeriums errichtet. Nach den Verhandlungen in Wien zur Gründung des

¹⁰ Gedenkprotokoll von Dr. Werner Levie vom 30. Jänner 1939, Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem A/W 470

Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien brachte Werner Levie folgenden Vorschlag beim Propagandaministerium ein:

Es wird in Wien unter der Bezeichnung „Jüdischer Kulturbund in Deutschland e.V., Zweigstelle Wien“ eine Institution errichtet, die im Anschluss an die Berliner Zentrale arbeiten soll, aber finanziell und organisatorisch selbstständig sein soll (selbstverständlich unter Beobachtung der vorerst noch gesonderten im Lande Oesterreich geltenden vereinsrechtlichen Vorschriften). Der jüdische Kulturbund, Zweigstelle Wien, wird folgende Abteilungen, bzw. Betätigungsgebiete umfassen:

- A) Zeitungsverlag
- B) Buchverlag- und Vertrieb
- C) Vortragswesen
- D) Film

Der Zeitungsverlag wird sich mit der Herausgabe und dem Vertriebe der Zeitung „Jüdischen Nachrichtenblatt“ (Ausgabe Wien), sowie mit der Inseratenwerbung hierfür, befassen. [...] . Es wird vorgeschlagen in den Räumen des Zeitungsverlags (bisher Zionistische Rundschau) ein Buchlieferungslager zu unterhalten, das alle wesentlichen Verlagserscheinungen aus dem Altreich und der Ostmark, soweit sie zum Vertriebe zugelassen werden, enthält.¹¹

Danach wurde die *Zweigstelle Wien* in den Räumlichkeiten des Palästina-Amtes in der Marc-Aurel-Straße 5 im ersten Wiener Gemeindebezirk eingerichtet (Hecht et al. 165). „Die Wiener Dependance arbeitete mit dem Mitarbeiterstab des Palästinaamtes“ (Budischowsky 110), wobei insgesamt 25 MitarbeiterInnen für die Angelegenheiten des *Kulturbundes* bzw. des *Jüdischen Nachrichtenblattes* tätig waren (Kumar 139). Das Palästina-Amt war unter der Leitung von Alois Rothenberg für die Emigration nach Palästina zuständig (Rabinovici 88). Da es „die Einwanderungs-Zertifikate für Palästina zur Verteilung erhielt, wurde es rasch zur führenden zionistischen Organisation in Wien“ (Hecht et al. 165). Auf Befehl der Gestapo musste Rothenberg vor allem den Vermittler zwischen den nationalsozialistischen Behörden und den zionistischen Organisationen in Wien spielen (Rabinovici 89). Damit war Rothenberg nicht nur einer der wichtigsten Vertreter der Wiener jüdischen Gemeinschaft gegenüber dem NS-Regime, sondern auch gegenüber Hilfsorganisationen aus dem Ausland (Hecht et al. 165).

Aus Werner Levies Bericht vom 19. Jänner 1939 ging weiters hervor, dass Alois Rothenberg sowie der Leiter der IKG Wien Josef Löwenherz beide in den Vorstand des *Jüdischen Kulturbundes in Deutschland e.V.* eintreten sollten um die Wiener Zweigstelle in diesem Gremium zu vertreten. Außerdem wurde der stellvertretende Leiter des Palästina-Amtes Maurycy Moses Grün zum Leiter der Wiener Zweigstelle bestimmt.¹²

¹¹ Bericht von Dr. Werner Levie vom 19. Jänner 1939, Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 470

¹² Bericht von Dr. Werner Levie vom 19. Jänner 1939, Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 470

Der *Jüdische Kulturbund in Deutschland e.V.* wurde am 11. September 1941 von der Gestapo in Berlin aufgelöst (Walk 348), die Schließung betraf auch die *Zweigstelle Wien*. In der Ausgabe vom 12. September 1941¹³ erscheint der *Kulturbund* das letzte Mal als Herausgeber im Impressum des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien*.

Die Israelitische Kultusgemeinde Wien (IKG)

Als Nachfolger des *Jüdischen Kulturbundes* war ab 19. September 1941¹⁴ die „Abteilung Nachrichtenblatt“ der *Israelitischen Kultusgemeinde Wien* als Verlag des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* tätig.

Die IKG Wien wurde in Folge des „Anschlusses“ im März 1938 geschlossen und nach einer Umstrukturierung durch Adolf Eichmann am 2. Mai 1938 wieder geöffnet (Hecht et al. 165). Die Leitung übernahm Josef Löwenherz, der schon seit 1936 die Position des Amtsdirektors der IKG inne hatte und somit nicht nur Erfahrung mit bürokratischen und juristischen Angelegenheiten mitbrachte sondern auch „institutionelle Kontinuität“ garantierte (Rabinovici 82). „Die Wiener Kultusgemeinde sollte im Zuge dieser Neustrukturierung zum Prototyp einer jüdischen Administration unter nationalsozialistischer Herrschaft, zum Vorlaufmodell der späteren ‚Judenräte‘ werden“ (Rabinovici 82).

Die Aufgaben der IKG drehten sich vor allem um die Förderung der jüdischen Auswanderung „in alle Länder der Welt mit Ausnahme von Palästina“ (Hecht et al. 165). Die Aufgaben der IKG waren allerdings noch viel umfangreicher als beispielsweise die des *Zionistischen Landesverbands* und des Palästina-Amts. Die IKG war für das Weiterbestehen religiöser Institutionen und Fürsorgeeinrichtungen verantwortlich (Hecht et al. 127), da die meisten Sozialhilfeorganisationen von der Schließung der jüdischen Vereine am 18. März 1938 betroffen waren und danach nicht mehr geöffnet werden durften (Rabinovici 92). „Nach der Wiedereinsetzung der IKG wurde der Fürsorgezentrale eine Auswanderungsabteilung unterstellt, die sich wiederum in zahlreiche Ämter verzweigte. Für Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler, Techniker, Gewerbetreibende wurden eigene Auswanderungsberatungen eingerichtet“ (Rabinovici 87). Durch die Verschärfung der „Judenpolitik“ im Jahr 1938 musste sich die IKG auch um verarmte Wiener Juden und Jüdinnen kümmern, bzw. um

¹³ JN Ausgabe Wien, 3. Jg. 1941/ Nr. 61 vom 12. September

¹⁴ JN Ausgabe Wien, 3. Jg. 1941/ Nr. 62 vom 19. September

Kinder, denen es nicht mehr erlaubt war am Unterricht in ihrer Schule teilzunehmen (Rabinovici 86).

Im Gegensatz zu den jüdischen Gemeinden in Deutschland, die „ihren Status als öffentlich-rechtliche Körperschaften“ bereits im Jahr 1938 verloren, wurde die IKG zwar komplett neu organisiert aber weder rechtlich noch namentlich verändert (Rabinovici 87). Der Wiener *Kultusgemeinde* wurde der „öffentlich-rechtliche Charakter“ erst mit 31. Oktober 1942 aberkannt (Rabinovici 311). Am 27. November 1942¹⁵ scheint die IKG Wien das letzte Mal als Verleger im Impressum des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* auf.

Der „Ältestenrat der Juden in Wien“

Nach der Auflösung der IKG übernahm der „Ältestenrat der Juden in Wien“ ab 1. November 1942 deren Geschäfte (Hecht et al. 127). Ab 4. Dezember 1942¹⁶ wird der Ältestenrat als Verleger im Impressum des *Jüdischen Nachrichtenblattes* angeführt. Josef Löwenherz leitete weiterhin die Geschäfte und wurde am 1. Jänner 1943 zum offiziellen Leiter des „Ältestenrates“ ernannt (Rabinovici 312). „Seine Aufgabe war es, sämtliche noch in Wien lebenden Personen, die gemäß den ‚Nürnberger Rassengesetzen‘ als Juden galten, zu vertreten und zu erfassen. Daher war er auch für jene Personen zuständig, die anderen Glaubensgemeinschaften angehörten“ (Hecht et al. 485). Diese BürgerInnen hatten oft gar keine Verbindung zur jüdischen Gemeinschaft und brachten dem „Ältestenrat“ nur wenig Vertrauen entgegen. Aus diesem Grund bemühte sich die jüdische Administration auch um eine Kooperation mit der „Erzbischöflichen Hilfsstelle“ in Wien (Hecht et al. 486). Die in Wien verbliebenen „Juden und Jüdinnen“ wurden dazu genötigt Mitgliedsbeiträge zu bezahlen um die Institutionen des „Ältestenrates“ zu finanzieren, zu denen auch die Fürsorge von jüdischen Kriegsopfern und die Auswanderungshilfe für „nichtmosaische Juden“ gehörte (Rabinovici 312).

Da auch konfessionslose Juden und Jüdinnen bzw. solche mit einem „arischen“ Elternteil oder Ehepartner zum Bezug des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* gezwungen waren, war die Zustellung der Zeitung für diese Menschen immer mit der Angst verbunden als „jüdisch“ enttarnt zu werden. Der „Ältestenrat“ kam seinen LeserInnen in solchen Situation deshalb mit dem Zeitungsversand in Umschlägen entgegen, die ohne Absender aufgegeben

¹⁵ JN Ausgabe Wien, 3. Jg. 1942/ Nr. 48 vom 27. November

¹⁶ JN Ausgabe Wien, 3. Jg. 1942/ Nr. 49 vom 4. Dezember

wurden (Hecht et al. 487). Der „Ältestenrat“ war bis zur letzten Nummer des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* am 31. Dezember 1943¹⁷ für den Verlag zuständig und durfte danach bis zur Befreiung Österreichs und damit dem Kriegsende weiterexistieren, obwohl die jüdische Gemeinde in Wien zu diesem Zeitpunkt schon längst vertrieben und vernichtet worden war (Raboinovici 317).

2.5.5.) *Ausgabe Wien*: Daten und Fakten

Die folgenden Informationen über das *Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* wurden im Rahmen der Recherche an der Universitätsbibliothek Wien und der Österreichischen Nationalbibliothek zusammen getragen. Die verschiedenen Jahrgänge der Zeitung liegen dort gesammelt zur Einsicht auf. Jene zwei Abschnitte, die aus der Sekundärliteratur zitiert wurden, sind explizit mit Quellenangaben ausgewiesen.

Jüdisches Nachrichtenblatt (13. – 16. Dezember 1938)

- Herausgeber, Eigentümer und Verleger: Zionistischer Landesverband für Deutschösterreich
 - Verantwortlicher Redakteur: Emil Reich
 - Druck: Jahoda & Siegel
 - Verlags- und Redaktionsadresse: Wien I., Marc-Aurel-Straße 5
- (Quelle: Melischek & Seethaler (2003) S. 291-293)

Jüdischen Nachrichtenblatt: Ausgabe Wien (3. Februar 1939 – 31. Dezember 1943)

Erscheinungsfrequenz

- 3. Februar 1939 – 20. Juni 1941: zwei Mal wöchentlich
- 27. Juni 1941 – 7. Mai 1943: einmal wöchentlich
- 28. Mai 1943 – 31. Dezember 1943: vierzehntägig

Verlag

¹⁷ JN Ausgabe Wien, 4. Jg. 1943/ Nr. 35 vom 31. Dezember

- 3. Februar 1939 – 12. September 1941: Jüdischer Kulturbund in Deutschland e.V., Zweigstelle Wien:
- 19. September 1941 – 27. November 1942: Abteilung Nachrichtenblatt der Israelitische Kultusgemeinde Wien
- 4. Dezember 1942 – 31. Dezember 1943: „Ältestenrat der Juden in Wien“

Verlags- und Redaktionsadresse

- 3. Februar 1939 – 17. Oktober 1941: Wien I., Marc Aurelstraße 5
- 25. September 1941 – 31. Dezember 1943: Wien I., Seitenstettengasse 2 bzw. 4

Verantwortlich für den Inhalt (ab 2. Oktober 1942 verantwortlich für den Inhalt und Anzeigen)

- ab 3. Februar 1939: Dr. Emil Reich
- ab 2. Oktober 1942: Maurycy Moses Grün
- ab 5. Februar 1943: Dr. Leopold Moses
- ab 22. Oktober 1943: Dr. Wilhelm Heublum

Verantwortlich für die Anzeigen

- ab 3. Februar 1939: Dr. Wilhelm Rittermann
- 5. April 1940 – 25. September 1942: Isaak Teich

Auflage

- August 1939: 13.000
- Jänner 1940: 8.000
- Juli 1941: 7.000
- November 1942: 1.200

(Quelle: Burger (2001) S. 104)

2.6.) Einstellung des Jüdisches Nachrichtenblattes

Die verschiedenen Ausgaben des *Jüdischen Nachrichtenblattes* wurden zu unterschiedlichen Zeitpunkten eingestellt. Während das Berliner *Nachrichtenblatt* bereits am 4. Juni 1943 seine letzte Ausgabe veröffentlichte, blieb das *Jüdische Nachrichtenblatt* in Wien noch bis 31. Dezember 1943 bestehen (Burger 104). Obwohl die Einstellung der Zeitung nie von offizieller Seite kommentiert wurde, werden im folgenden Abschnitt einige naheliegende Gründe erörtert.

2.6.1.) Papierrationalisierung und Zeitungsschließungswellen

Die Zeitungsschließungen im „Deutschen Reich“ waren mehrheitlich auf die Problematik der Papierknappheit zurückzuführen. Dieses Thema beschäftigte die NS- Führung schon ab dem Jahr 1936, als mit der Dokumentation des Papierbedarfs bestimmter Zeitungen begonnen wurde (Kohlmann-Viand 56). Da der Aufrüstungsprozess und die Vorbereitungen auf den zweiten Weltkrieg 1937 bereits im Gange waren, wurde eine Reduktion des Papierverbrauchs um 10% angeordnet. Diese Rationalisierungsmaßnahmen verschärften sich mit Kriegsbeginn, denn schon im ersten Kriegsjahr forderte das Propagandaministerium eine Verminderung des Papierverbrauchs um 25% (Hagemann 58). Im Verlauf des Krieges erfolgten einige Zeitungseinstellungen bzw. Zeitungsfusionen, die als „kriegswirtschaftliche Notmaßnahmen“ gerechtfertigt wurden (Hausjell 2000, 632). Allerdings war das Problem der Papierknappheit auch ein willkommener Vorwand um Zeitungen aufzulassen, die dem NS-Regime ein Dorn im Auge waren (Hagemann 58).

Im Laufe des Krieges kam es zu mehreren Zeitungsschließungswellen. Die ersten Aktionen wurden im Mai 1941 durchgeführt. „Über 500 ‚kleine und kleinste Zeitungen‘ fielen ihr zum Opfer, wobei die gesamte konfessionelle Presse – mit Ausnahme der Amtsblätter – ausgeschaltet wurde. Auch die Zahl der Zeitschriften wurde dabei durch Zusammenlegungen und Schließungen von 15 000 auf ungefähr 2 500 reduziert“ (Kohlmann-Viand 54). Während die erste Schließungswelle noch auf bloße Rationalisierungsmaßnahmen zurückzuführen war, handelte es sich bei der zweiten Schließungswelle eindeutig um eine Folge der prekären militärischen Situation der NS-Truppen. Im Jänner 1943 wurden weitere 1.000 Zeitschriften eingestellt und auch die Zeitungspresse wurde beachtlich reduziert (Kohlmann-Viand 54). Aus den Presseanweisungen des Propagandaministeriums von Februar 1943 geht hervor, dass als Grund für die Zeitschriftenauflösungen der Arbeitskräftemangel in der Kriegsproduktion genannt werden sollte. Den Lesern musste außerdem mitgeteilt werden, dass nur solche

Medien bestehen bleiben, die für eine breite Leserschaft von Interesse waren oder deren Inhalt als kriegswichtig eingestuft wurde (Kohlmann-Viand 54). Sowohl die Berliner als auch die Wiener Ausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes* wurden im Laufe des Jahres 1943 eingestellt, der Zeitpunkt stimmt mit den Tendenzen der NS-Schließungspolitik aufgrund der verschlechterten militärischen Lage überein. Die dritte kriegsbedingte Schließungswelle im September 1944 ging schließlich den Maßnahmen für den sogenannten „Totalen Krieg“ einher (Kohlmann-Viand 55).

2.6.2.) Die großen Deportationen der Jahre 1941 und 1942

Als zweiten Grund für die Einstellung des *Jüdischen Nachrichtenblattes*, Ausgabe Wien muss die Dezimierung der Leserschaft durch die umfangreichen Deportationen der Jahre 1941 und 1942 genannt werden. Als es im November 1941 zur „endgültigen hermetischen Schließung der deutschen Grenzen für jüdische Flüchtlinge“ kam (Rabinovici 142) und Emigration keine Option mehr war, waren die ersten großen Deportationen aus Wien schon im Gange. „Zwischen Oktober 1941 und Juni 1942 wurden Wiener Jüdinnen und Juden vor allem nach Lodz, Riga, Minsk mit Maly Trostinec und Izbica deportiert. In der zweiten Phase von Juni bis Oktober 1942 gingen die Transporte nach Theresienstadt („Protektorat Böhmen und Mähren“) und nach Auschwitz („Oberschlesien“)“ (Hecht et al. 468).

Bis zum September 1942 waren „die Massendeportationen der Juden Wiens“ abgeschlossen (Rabinovici 275). „Ende 1942 waren in Österreich von den ehemals mehr als 200 000 Menschen, die nach den Nürnberger Rassengesetzen als Juden galten, noch ungefähr 8 000 Personen übrigen geblieben“ (Freund & Safrian 783). Von den Deportationen ausgenommen waren jene Menschen, die einen nichtjüdischen Elternteil hatten oder mit einem nichtjüdischen Ehepartner verheiratet waren (Freund & Safrian 783). Außerdem blieben auch einige MitarbeiterInnen der jüdischen Administration zunächst verschont (Rabinovici 275). Nachdem die Deportationen abgeschlossen waren, wurde die Wiener „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ im März 1943 aufgelöst. Danach gab es noch kleinere Transporte, die von der Gestapo durchgeführt wurden (Rabinovici 275).

Dass sich die Zahl der Juden und Jüdinnen in Wien bis Ende 1942 drastisch verminderte, ist auch am Rückgang der Abonnements des *Jüdischen Nachrichtenblattes* erkennbar. Im September 1940 waren es laut Jens Budischowsky noch insgesamt 8.000 Wiener Abonnements, während es Ende 1942 nur noch 882 waren (111). Die Deportation und

Ermordung der Leserschaft, machte die Herausgabe eines Informationsmediums für die jüdische Bevölkerung letztendlich obsolet und war somit ein ausschlaggebender Grund für die Einstellung des *Jüdischen Nachrichtenblattes*.

3.) Forschungsfragen

Das Forschungsinteresse dieser Magisterarbeit kann in drei verschiedene Fragestellungen unterteilt werden, die sich mit der Kategorisierung des Mediums, den Biografien der Chefredakteure und der Darstellung der jüdischen Lebensrealität beschäftigen. Die konkreten Forschungsfragen lauten daher:

FF1: Handelt es sich beim *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* um ein nationalsozialistisches oder jüdisches Medium?

FF2: Wer waren die verantwortlichen Redakteure *des Jüdischen Nachrichtenblatts, Ausgabe Wien* und was war ihr Schicksal unter nationalsozialistischer Herrschaft?

FF3: Inwiefern spiegelt die Berichterstattung des *Jüdischen Nachrichtenblatts, Ausgabe Wien* die Realität der Wiener jüdischen Bevölkerung wider?

Die ersten beiden Forschungsfragen (FF1 & FF2) werden anhand einer umfangreichen Bibliotheks- und Archivrecherche beantwortet. Zur Untersuchung der dritten Forschungsfrage (FF3) wird die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring herangezogen.

4.) Das *Jüdische Nachrichtenblatt*, Ausgabe Wien: Ein jüdisches oder nationalsozialistisches Medium?

Das folgende Kapitel geht der Frage nach, ob es sich beim *Jüdischen Nachrichtenblatt*, Ausgabe Wien um ein jüdisches oder nationalsozialistisches Medium handelt. Diese Fragestellung hat ihren Ursprung in der bisherigen kommunikationswissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem *Jüdischen Nachrichtenblatt* und der Uneinigkeit die bezüglich der Kategorisierung der Zeitung besteht. Deshalb wird im folgenden Abschnitt zunächst auf die widersprüchlichen Positionen verschiedener Autoren eingegangen. Zur Beantwortung der Forschungsfrage werden im Anschluss Dokumente aus dem Archiv der *Israeltischen Kultusgemeinde Wien* herangezogen, die Auskunft über die nationalsozialistischen Behörden und Funktionäre geben, die an der Gründung, Organisation und Überwachung des *Jüdischen Nachrichtenblattes*, Ausgabe Wien beteiligt waren.

Wenn im Laufe dieses Kapitels gezeigt wird, dass es sich bei der *Ausgabe Wien* um ein nationalsozialistisches Medium handelt, soll damit keinesfalls impliziert werden, dass dies auf die anderen Ausgaben des *Jüdischen Nachrichtenblattes* nicht zu trifft. Die Dokumente aus dem Archiv der IKG Wien beziehen sich allerdings ausschließlich auf das Wiener *Jüdische Nachrichtenblatt*, daher können nur Aussagen zu dieser Ausgabe getroffen werden.

Im Rahmen der Recherche im Archiv der IKG Wien ergab sich außerdem ein zusätzliches Themengebiet, das nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Fragestellung dieses Kapitels steht, aber trotzdem nicht unerwähnt bleiben soll. Dabei handelt es sich um die Zusammenarbeit zwischen der Wiener und Berliner Redaktion des *Jüdischen Nachrichtenblattes*. Da dieser Aspekt in der Forschungsliteratur bis jetzt nicht besprochen oder inkorrekt dargestellt wurde, widmet sich ein Exkurs am Ende des Kapitels dieser Thematik. Aufgrund der Aufzeichnungen der beteiligten jüdischen Chefredakteure können nun Aussagen über das Arbeitsverhältnis der teils konkurrierenden Redaktionen getroffen werden.

4.1.) Jüdisch oder Nationalsozialistisch? – Eine Frage der Definition

In der bisherigen kommunikationswissenschaftlichen Forschung lassen sich Beiträge finden, die das *Jüdische Nachrichtenblatt* als nationalsozialistisches Medium bezeichnen, aber auch solche, die es der jüdischen Pressetradition vor 1938 zuordnen. Clemens Maier vertritt beispielsweise den Standpunkt, dass die verschiedenen Funktionen des *Nachrichtenblattes* als

Informationsquelle oder Tauschbörse der jüdischen Bevölkerung letzten Endes nicht darüber hinwegtäuschen können, dass das *Nachrichtenblatt* „ein Instrument der Verfolgungspolitik [war] [...], ein beinahe perfektes Informations- und Propagandamedium der Nationalsozialisten, geschaffen, um die deutsch-jüdische Bevölkerung zu steuern und aus dem Land zu treiben“ (Maier 178). Dieses deutliche Urteil über den Charakter und die Funktion des Mediums ist unmissverständlich und überzeugend, wird allerdings nicht von allen WissenschaftlerInnen geteilt.

Für Kathrin Diehl besteht beispielsweise kein Zweifel daran, dass das *Jüdische Nachrichtenblatt* „die letzte jüdische Zeitung im Dritten Reich“ (234) war. Denn, wenn sich zwischen ehemaligen jüdischen Publikationen und dem *Nachrichtenblatt* „eine inhaltliche wie arbeitstechnische Kontinuität feststellen [lässt], gibt es keinen Grund, es nicht der jüdischen Presse zuzurechnen“ (Diehl 234). Zwar räumt Diehl ein, dass das *Jüdische Nachrichtenblatt* „auf den ersten Blick als eine Zeitung nationalsozialistischer Gründung“ (234) erscheint, aber es bestünde letztlich kein Zweifel daran, dass „das ‚Jüdische Nachrichtenblatt‘ trotz nationalsozialistischen Diktats ein Blatt von und für Juden gewesen ist und somit zur jüdischen Presse zählt“ (236). Diehl kritisiert andere Publikationen sogar dafür, dass manche „Überblicksdarstellungen [...] das Kapitel der jüdischen Presse im nationalsozialistischen Deutschland mit dem Verbot von 1938 enden [lassen]“ (234).

Am Aspekt der Kontinuität macht auch Ruth Bondy ihre Einordnung des *Jüdischen Nachrichtenblatts, Ausgabe Prag* fest. „Die Zeitung war eine logische und natürliche Fortsetzung der Vergangenheit“, so Bondy (86). Kontinuität hinsichtlich Personal und Gestaltung des Blattes gelten für Diehl und Bondy als ausschlaggebende Kriterien das *Jüdische Nachrichtenblatt* der jüdischen Presse zuzuordnen. Diese Argumentation erscheint allerdings lückenhaft und lässt die Entstehungsgeschichte sowie fortlaufende Kontrolle des Blattes durch die Nationalsozialisten vollkommen außer Acht.

Das NS-Regime zeigte sich hinsichtlich der Positionierung des *Jüdischen Nachrichtenblattes* ambivalent. Es war im Interesse des Propagandaministeriums die Zeitung als Nachfolgeorgan der gesamten jüdischen Presse im „Deutschen Reich“ vor 1938 darzustellen, denn es wurde als „einzige jüdische Zeitung in Deutschland“ und „wertvolles Bindeglied zwischen den jüdischen Menschen“ beworben.¹⁸ Außerdem mussten alle eingestellten jüdischen Zeitungen ihre Abonnamentlisten an das *Jüdische Nachrichtenblatt* abgeben um sicherzustellen, dass die jüdische Gemeinde so schnell wie möglich von der nationalsozialistischen Propaganda

¹⁸ JN, 4. Jg. 1941/Nr. 17 vom 28. Februar, zit. nach Burger (2001) S. 10

erreicht wird. Den AbonnentInnen wurde das *Jüdische Nachrichtenblatt* ungefragt als Nachfolgemedium der verbotenen Zeitungen zugestellt (Burger 49). Daher liegt es für Burger nahe, „das JN als Nachfolgeblatt der bis zum Novemberpogrom erschienenen jüdischen Presse anzusehen“ (49). Allerdings räumt er ein, dass dem *Jüdischen Nachrichtenblatt* laut Hans Hinkel nie „der Status des Rechtsnachfolgers für die seit dem November 1938 verbotenen Periodika zugedacht“ (50) war. In einem Schreiben von März 1940 an das Arbeitsgericht in Berlin stellte Hinkel Folgendes klar: „Das seit dem 1. Januar 1939 [sic!] auf Veranlassung unserer Abteilung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda erscheinende ‚Jüdische Nachrichtenblatt‘ ist nicht Rechtsnachfolgerin [sic!] irgendwelcher früher erschienenen jüdischen Zeitungen.“¹⁹ Die Frage des Rechtsnachfolgers stellte sich auch bei der Gründung der Wiener Ausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes*, genauer gesagt bei der Organisation des *Jüdischen Kulturbundes, Zweigstelle Wien*. Wie aus dem Gedenkprotokoll von Dr. Werner Levie, dem Leiter des *Jüdischen Kulturbundes in Deutschland e.V.* vom 30. Jänner 1939 hervorgeht, musste

[d]er Verlag bzw. der Jüd. Kulturbund Wien [...] materiell ein selbstständiges neues Unternehmen sein, das in keinem irgendwie gearteten Zusammenhang mit der ehemaligen Zionistischen Rundschau bzw. der Zionistischen Organisation stehen darf. Der Jüdische Kulturbund ist in keiner Form Rechtsnachfolger irgendwelcher Institutionen, jedoch sollen nach Möglichkeit die bisher beschäftigten Personen wieder Verwendung finden²⁰.

Dieser Beschluss, der im Beisein von Eichmann und den Vertretern des „Büro Hinkels“ im Jänner 1939 getroffen wurde, sowie das oben erwähnte Schreiben von Hinkel aus dem März 1940 unterstützen daher die Sichtweise, dass es sich beim *Jüdischen Nachrichtenblatt* um ein eigenständiges, nationalsozialistisches Medium handelt, dass weder mit der jüdischen Presse, noch mit jüdischen Organisationen vor 1938 in Zusammenhang steht.

4.2.) Fremdbestimmung und Kontrolle des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* durch nationalsozialistische Behörden

Dass es sich beim *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* um ein nationalsozialistisches Medium handelt, wird deutlich sobald man die NS-Behörden bzw. Funktionäre berücksichtigt, die an der Gründung des Mediums beteiligt waren, über den Inhalt bestimmten und dessen Zensur durchführten. Im Kapitel „Forschungsstand“ wurde die

¹⁹ Schreiben des RMfVuP Abt. „BeKA“ an das Arbeitsgericht Berlin, Kammer 7 in Berlin Charlottenburg vom 2. März 1940; AdK/FWA 74/86/5001, 38 zit. nach Burger (2001) S. 50

²⁰ Gedenkprotokoll von Dr. Werner Levie vom 30. Jänner 1939, Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem A/W 470

Entstehungsgeschichte der *Ausgabe Wien* anhand der bestehenden Forschungsliteratur und Dokumente aus dem Archiv der IKG Wien bereits erläutert. Der Befehl zur Gründung der *Ausgabe Wien* des *Jüdischen Nachrichtenblattes* ging vom Propagandaministerium aus und wurde von Vertretern des Büros „Hinkel“ und Adolf Eichmann umgesetzt. Die Gesandten des Berliner *Jüdischen Kulturbundes* und Funktionäre der Wiener jüdischen Gemeinde wurden lediglich dazu beauftragt die Zeitung nach Vorstellung des Propagandaministeriums aufzubauen, hatten aber selbst keinerlei Entscheidungskompetenzen. Die nationalsozialistische Kontrolle des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* ging allerdings weit über die Gründung des Mediums hinaus und wird im folgenden Abschnitt anhand verschiedener Beispiele illustriert.

4.2.1.) Wöchentliche Berichte an nationalsozialistische Kontrollorgane

Das *Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgaben Wien* war der strengen Kontrolle der „Zentralstelle für Jüdische Auswanderung“, des Propagandaministeriums und der Gestapo unterworfen. Nach Erscheinen der ersten Nummer der Wiener Ausgabe verfasste die *Zweigstelle Wien* des *Jüdischen Kulturbundes* wöchentliche Berichte über die Druckauflage, Verkaufs- und der Zeitung. Einer der ersten Berichte aus dem Februar 1939 sieht folgendermaßen aus:

„BERICHT für die Zeit von 11. – 20. Februar 1939. Die Druckauflage der Nummer 13. vom 14. Februar 1939 betrug 12.000 Exemplare, davon wurden im Einzelhandel 2.181 verkauft, während von Nr. 12 bloß 1.993 Exemplare verkauft worden waren. Der Verkauf vollzog sich teils in den Räumen des Palästina-Amtes, teils in der Israelitischen Kultusgemeinde, I., Seitenstettengasse 2. [...] Der Abonnentenstand am 20. Februar 1939 betrug 8.381.“²¹

Das Dokument enthielt keinen Hinweis auf den Empfänger des Berichts. Am 6. März 1939 wurde von der Administration des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* (vermutlich von Maurycy Moses Grün) aber folgende Notiz an drei verschiedene Behörden versendet: „In der Anlage gestatte ich mir, den Bericht des „Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien“ für die Zeit von 28. Februar bis 6. März 1939 vorzulegen“. Dieses in dreifacher Ausfertigung vorhandene Schreiben wurde an das „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Abteilung II A z.H. Herrn Kochanowski“, an „Herrn SS-Hauptsturmführer Eichmann, Zentralstelle für Jüdische Auswanderung“ und an die „Staatspolizei II B 4 J.,

²¹ Bericht für die Zeit von 11. – 20. Februar 1939 ohne Absender/Empfänger, Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 491

Wien, I.“²² versendet. Daraus lässt sich schließen, dass die Kontrolle der Zeitung nicht nur der „Zentralstelle für Jüdische Auswanderung“ zufiel. Im Archiv der IKG lassen sich für den Zeitraum von 1939 bis 1941 eine Vielzahl dieser wöchentlichen Berichte finden. Sie wurden größtenteils vom Leiter der *Zweigstelle Wien* des *Jüdischen Kulturbundes* Maurycy Moses Grün verfasst und liefern einen Einblick in die wirtschaftlichen Eckdaten der *Ausgabe Wien*.

4.2.2.) Kontrolle durch die „Aufsichtsbehörde“

Das Propagandaministerium war sowohl für die Berliner als auch für die Wiener Ausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes* die oberste Entscheidungs- und Kontrollinstanz. Die in Wien produzierten Seiten waren schließlich „nur“ eine Beilage zum „Hauptblatt“. Die Wiener Redaktion bzw. *Zweigstelle* des *Jüdischen Kulturbundes* trat daher entweder direkt mit der sogenannten „Aufsichtsbehörde“ in Kontakt oder verständigte sich indirekt über den *Jüdischen Kulturbund* in Berlin und später über die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* mit dem Propagandaministerium.

Wie aus den Korrespondenzen der Wiener Redaktion hervorgeht, hatten Emil Reich und seine MitarbeiterInnen kaum eigene Entscheidungskompetenzen. Neben dem Verkaufspreis der einzelnen Zeitungsnummern, bestimmte das Propagandaministerium zum Beispiel auch über die Inseratenpreise. Am 21. Februar 1939 übermittelte Maurycy Moses Grün die erste Preisliste zur Genehmigung:

Ich lege die für das Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien vorgeschlagene Inseraten-Preisliste No. 1 in 6 Druckexemplaren vor und bitte um genehmigende Kenntnisnahme sowie um Weisung, ob die Preisliste auch dem zuständigen Werberat zur Vorlage zu bringen ist. Die angeschlossenen Druckausfertigungen sind Musterdrucke, die Anfertigung der Gesamtauflage wird nach Genehmigung erfolgen.²³

Die *Ausgabe Wien* war aber nicht nur in finanziellen Fragen dem Diktat des Propagandaministeriums unterworfen, sondern auch in publizistischen Angelegenheiten. Erscheinungsfrequenz und Seitenumfang des Blattes wurden auf Befehl der „Aufsichtsbehörde“ kontinuierlich verringert. Ab Juni 1941 umfasste das *Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* nur noch zwei Seiten. Die Wiener Redaktion fürchtete ihre

²² Bericht von der Administration Jüdisches Nachrichtenblatt Wien an RMfVuP, Abteilung II A z.H. Hr. Kochanowski; außerdem an: Herrn SS- Hauptsturmführer Eichmann, Zentralstelle für Jüdische Auswanderung & Staatspolizeistelle II B 4 J. Wien, I. vom 6. März 1939, Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 475

²³ Schreiben „Betr. Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien“ von Dr. Maurycy Moses Grün an das RMfVuP vom 21. Februar 1939, A/W 475

Arbeit nicht mehr ordnungsgemäß ausführen zu können und bat in einem Schreiben an Erich Kochanowski vom 12. September 1941 um eine Revidierung der letzten Seitenkürzung:

Der Jüdische Kulturbund in Deutschland e.V. Zweigstelle Wien, stellt die ergebene Bitte, ihm zu gestatten, das „Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien“ wieder im Umfang von vier Seiten einmal wöchentlich (früher zweimal wöchentlich je vier Seiten) herauszugeben. Die durch die Vergrößerung des Umfangs erforderliche Papiermenge ist laut beiliegender Erklärung der Bruchdruckerei Lang & Gratzenberger, die das „Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien“ druckt, gesichert.²⁴

Dem Anliegen der Redaktion wurde allerdings nie stattgegeben, weshalb das *Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* in den letzten beiden Erscheinungsjahren immer mehr zu einem reinen Verordnungsblatt verkam. Im Jahre 1943 wurde die Erscheinungsfrequenz erneut reduziert, wie dem Schreiben vom 9. Mai 1943 von Josef Löwenherz, Leiter des „Ältestenrates“ an die *Reichsvereinigung* in Berlin zu entnehmen ist:

Wir erhielten Ihr Schreiben vom 6.d.M. und nehmen zur Kenntnis, dass auf Anweisung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, Reichskulturkammer, das Jüdische Nachrichtenblatt sowohl die Ausgabe Berlin wie auch die Ausgabe Wien nicht mehr wie bisher wöchentlich erscheinen soll, sondern in größeren Abständen, möglicherweise 14tägig. Weisungsgemäß wird die Nummer am 12.d.M. nicht erscheinen, vielmehr warten wir den Bescheid ab, wenn die nächste Nummer erscheinen darf.²⁵

Dieses Beispiel macht die Autorität der „Aufsichtsbehörde“ besonders deutlich, denn ohne deren Zustimmung konnte die Zeitung gar nicht erscheinen. In Wien stoppte man die Zeitungsproduktion bis erneut Anweisungen aus Berlin kamen, denn niemand wollte im Konflikt mit dem Propagandaministerium stehen und eine Alternative zu absoluten Gehorsam gab es nicht.

Die Kommunikation mittels *Jüdischem Kulturbund* bzw. *Reichsvereinigung* funktionierte auch in die andere Richtung, denn das Propagandaministerium lies Wien auf diesem Weg über neue Verordnungen unterrichten. Dazu gehörten u.a. auch inhaltliche Anordnungen, wie das Schreiben von Willi Pless aus der „Abteilung Nachrichtenblatt“ der *Reichsvereinigung*, an Josef Löwenherz vom 19. Februar 1943 zeigt: „Auf Veranlassung der genannten Aufsichtsbehörde teilen wir mit, dass wie seit einigen Wochen im Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Berlin, auch im Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien, fortan Inserate nicht mehr erscheinen sollen, so dass also einzelne Arzt-Anzeigen, Familien-Anzeigen usw. in

²⁴ Schreiben von Jüdischem Kulturbund, Zweigstelle Wien an RMfVuP z.H. Erich Kochanowski vom 12. September 1941, Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 475

²⁵ Schreiben von Dr. Josef Löwenherz an die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Abteilung Jüdisches Nachrichtenblatt & Buchvertrieb, Berlin vom 9. Mai 1943, Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 275

Fortfall kommen.“²⁶ Der ohnehin marginale Handlungsspielraum der Redakteure wurde bis zur Einstellung der Zeitung kontinuierlich weiter beschnitten.

4.2.3.) Zensur

Trotz des strikten Gehorsams der Redaktion kam es gelegentlich zu Verstößen gegen Zensurrichtlinien, die sowohl von der „Zentralstelle für Jüdische Auswanderung“ als auch vom Propagandaministerium geahndet wurden. In der Ausgabe vom 26. August 1940 war unter der Rubrik „Sprüche der Väter“ ein Zitat erschienen, das von den NS-Behörden als unangebracht eingestuft wurde. Publiziert wurden folgende Sprüche: „Hillel: Was dir selbst nicht recht ist, das tue auch anderen nicht! Sei von den Jüngern Ahrons, liebe den Frieden, suche den Frieden, liebe die Menschen, so führst du sie zur Lehre! Schammai: Mache deine Beschäftigung mit der Lehre, zur Grundlage deines Handelns, sprich wenig, aber leiste viel und empfangen jeden Menschen mit freundlichem Blick!“²⁷ Welches dieser Zitate als unangemessen eingestuft wurde, ist zwar unklar, der damalige verantwortliche Redakteur Emil Reich wurde daraufhin aber jedenfalls zu Alois Brunner in die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ bestellt und verwarnt. Der Leiter der IKG, Josef Löwenherz, musste darüber hinaus im Propagandaministerium antreten. Die Aufsichtsbehörde ließ Emil Reich ausrichten, er solle seinen „Pflichten als verantwortlicher Schriftleiter künftighin in noch sorgfältigerer Weise als bisher [nachkommen].“²⁸ Im nachfolgenden Schreiben vom 7. September 1940 an das Propagandaministerium bedankt sich Reich bei den Verantwortlichen für deren Nachsicht:

[...] Endesgefertigter bedauert die erfolgte Veröffentlichung auf das tiefste und bittet, unter Berücksichtigung des Umstandes, dass er seit Mai 1938 seinen Pflichten als verantwortlicher Redakteur, zuerst der „Zionistischen Rundschau“ und dann des „Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien“, in einer Weise nachkommen konnte, die bisher zu keiner Beanstandung Anlass gab, vorstehende Rechtfertigung zur Kenntnis nehmen zu wollen. Gleichzeitig bittet Endesgefertigter, für die vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda erteilte Erlaubnis, seinen Pflichten als verantwortlicher Leiter des „Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien“, auch weiterhin nachzukommen, seinen besonderen Dank aussprechen zu dürfen.²⁹

²⁶ Schreiben von Willi Pless an Dr. Josef Löwenherz vom 19. Februar 1943, Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 275

²⁷ JN Ausgabe Wien, 2. Jg. 1940/ Nr. 69 vom 26. August, S. 3

²⁸ Schreiben von Dr. Emil Reich an das RMfVuP, z.H. Erich Kochanowski vom 7. September 1940, Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 475

²⁹ Ebd.

Im selben Schreiben schickte Reich noch eine Liste aller Quellen mit, die in der darauffolgenden Nummer verwendet wurden, damit Kochanoswki diese vorab kontrollieren konnte. Die NS-Aufsichtsbehörden hatten somit Einfluss auf jede einzelne Zeile die zwischen 1939 und 1943 im *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* erschienen ist.

4.3.) Das *Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* – ein nationalsozialistisches Medium

Aus den Korrespondenz-Passagen, die zur Beantwortung der Forschungsfrage herangezogen wurden geht klar hervor, dass es sich beim *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* um ein nationalsozialistisches Medium handelt. Ausschlaggebend für diese Argumentation ist Folgendes: Die Gründung der Zeitung geschah auf Drängen des Propagandaministeriums in Berlin bzw. der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ in Wien und war ein direktes Resultat des Verbots jüdischer Zeitungen im „Deutschen Reich“. Aus den Dokumenten des Archivs der IKG Wien geht außerdem hervor, dass die Wiener Redaktion in so gut wie allen Angelegenheiten fremdbestimmt war. Erscheinungsfrequenz und Seitenumfang der Zeitung sowie Inhalt und Preise der Inserate wurden vom Propagandaministerium bestimmt. Auch über Kompetenz- und Personalfragen des *Jüdischen Kulturbundes* hatte die „Aufsichtsbehörde“ immer Entscheidungshoheit. Weiters schalteten sich in Zensurbelangen sowohl die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ als auch das Propagandaministerium als Kontrollorgane ein. Zusätzlich war das *Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* mittels wöchentlicher Berichte ständig dazu gezwungen, die Behörden über Auflage und Verkauf der Zeitung zu informieren. Bei den hier genannten Beispielen handelt es sich bloß um punktuelle Auszüge aus den umfangreichen Dokumenten des Archivs der IKG, die sicherlich um weitere Beispiele der Kontrolle und Fremdbestimmung ergänzt werden können.

Weiters sollten die Umstände der Arbeitsverhältnisse der MitarbeiterInnen des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* in der Beantwortung der Forschungsfrage nicht außer Acht gelassen werden. Die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung durch die Nazis im Jahr 1938 und das damit geschaffene Klima der ständigen Bedrohung, das sich bis 1943 stetig verschlimmerte, machen es unmöglich von einem „freiwilligen“ Arbeitsverhältnis zu sprechen. Nach der Einführung des Schriftleitergesetzes in Österreich war es jüdischen JournalistInnen nicht mehr erlaubt ihren Beruf auszuüben. Für Personen wie Emil Reich war eine Anstellung beim *Jüdischen Nachrichtenblatt* somit die einzige Möglichkeit ihrer

Tätigkeit nachzugehen. Die leitenden Positionen der Wiener Redaktion bzw. des *Jüdischen Kulturbundes, Zweigstelle Wien* wurden auf Eichmanns Befehl besetzt und wie aus Werner Levies Gedenkprotokoll von Jänner 1939 hervorgeht, war die Zustimmung der ausgewählten Person dabei nebensächlich. Bezüglich der Bestimmung des Leiters des *Jüdischen Kulturbundes, Zweigstelle Wien* notierte Levie Folgendes:

Herr SS. Obersturmführer Eichmann erklärte hierauf, dass er von sich aus Herrn Dr. Grün zum Gesamtverantwortlichen Leiter des Jüdischen Kulturbundes in Wien ernenne. Ich äußerte Bedenken, ob nicht Herr Dr. Grün hinsichtlich seiner Auswanderungsabsichten befragt werden müsse. Dies wurde abgelehnt mit dem Bemerken, dass die Auswanderung des Herrn Dr. Grün der Genehmigung bedürfe und für längere Zeit noch nicht in Frage komme.³⁰

In Eichmanns selbstverständlicher Antwort spiegelt sich Grüns ausweglose Situation wider. Die Arbeitssituation der gesamten Belegschaft war von Zwang und Alternativlosigkeit geprägt, was in der Diskussion über jüdische Angestellte des NS-Regimes nie vergessen werden darf. Doron Rabinovici schrieb in seinem Buch „Instanzen der Ohnmacht“ (2000), dass die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten „das jeweils geringere Übel zu sein [schien]“ (426), wie in Kapitel fünf zu sehen sein wird, bewahrte es die Chefredakteure des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* jedoch trotzdem nicht vor dem Tod im Konzentrationslager.

Neben den bereits angeführten Argumenten ist die Bezeichnung des *Jüdischen Nachrichtenblattes* als „jüdische Zeitung“ auch deshalb abzulehnen weil es vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich ein florierendes jüdisches Pressewesen gab und jüdische Zeitungen ein fixer Bestandteil der Wiener Presse vor 1938 waren. Das *Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* als „jüdische Zeitung“ zu kategorisieren würde den falschen Eindruck vermitteln, die Zeitung stünde in dieser Tradition.

Die Tatsache, dass es sich um eine Zeitung handelt, die von jüdischen Redakteuren für die jüdische Bevölkerung gestaltet wurde, rechtfertigt die Bezeichnung des *Jüdischen Nachrichtenblattes* als „jüdische Zeitung“ noch immer nicht, denn damit werden die historischen sowie institutionellen Rahmenbedingungen der NS-Herrschaft völlig außer Acht gelassen. Die Beantwortung der Forschungsfrage soll daher mit einem Definitionsvorschlag abgeschlossen werden, der nach einer differenzierteren Kategorisierung strebt: Das *Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* ist ein vom NS-Regime in Auftrag gegebenes, kontrolliertes

³⁰ Gedenkprotokoll von Dr. Werner Levie vom 30. Jänner 1939, Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem A/W 470

und zensiertes Medium, das von jüdischen MitarbeiterInnen gestaltet und herausgegeben werden musste.

4.4.) Exkurs: Zwischen Zusammenarbeit und Konkurrenz – Die Redaktionen des *Jüdischen Nachrichtenblattes* in Wien und Berlin

Katrin Diehls Auseinandersetzung mit dem *Jüdischen Nachrichtenblatt* im Rahmen ihrer Monographie „Die Jüdische Presse im Dritten Reich: Zwischen Selbstbehauptung und Fremdbestimmung“ (1997), wurde in den Kapiteln dieser Magisterarbeit schon mehrfach zitiert und kritisiert. Im Laufe der Recherche waren Fehler in Diehls Abhandlung zu bemerken, auf die beispielsweise auch schon Reiner Burger hinweist: „Katrin Diehl schreibt in ihrer Dissertation, die Ausgabe Wien des JN sei wie die Berliner Ausgabe letztmals am 4. Juni 1943 erschienen – tatsächlich erschien das Wiener JN am 31. Dezember 1943 zum letzten Mal“ (Burger 13). Dabei handelt es sich aber nicht um die einzige Fehlinformation. In Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen der Wiener und Berliner Redaktion des *Jüdischen Nachrichtenblattes* schreibt Diehl, dass die beiden Ausgaben „offensichtlich nebeneinander [existierten], ohne dass die Redaktionen voneinander erfuhren. Zu einer redaktionellen und betrieblichen Zusammenarbeit scheint es nicht gekommen zu sein.“ (Diehl 254). Im Archiv der IKG Wien lassen sich allerdings unzählige Seiten an Korrespondenz zwischen den beiden Chefredakteuren Leo Kreindler und Emil Reich aus den Jahren 1939 und 1940 finden, die sowohl auf Austausch und Zusammenarbeit als auch auf Konflikte zwischen den beiden Redaktionen hinweisen. Im folgenden Abschnitt werden daher einige dieser Archivmaterialien präsentiert.

Die Behauptung, dass die beiden Ausgaben „nebeneinander existierten“ und nichts „voneinander erfuhren“ macht schon allein aufgrund des Aufbaus der *Ausgabe Wien* keinen Sinn. Da vier Seiten von der Redaktion in Berlin geliefert und weitere vier lokale Seiten von der Wiener Redaktion gestaltet wurden, mussten sich die beiden Chefredakteure zwangsweise über den Inhalt der einzelnen Nummern verständigen. Tatsächlich schrieb Emil Reich regelmäßig an Leo Kreindler um ihn über bereits gestaltete sowie geplante Beiträge der *Ausgabe Wien* zu unterrichten. Beispielhaft dafür ist ein Brief vom 10. Juli 1939 von Reich an Kreindler:

Sehr geehrter Herr Kollege! Im Wiener Teil der No. 55 unseres Blattes sind folgende Nachrichten und Beiträge enthalten: Siedlungsmöglichkeiten in Westaustralien (Feststellungen des Freiland Sekretärs Dr. Steinberg), öffentliche Arbeiten in Tel-Aviv

und in Nathania, 1 Million Dollar-Sammlung der aus Polen stammenden Juden in Amerika zur Unterstützung der Juden in Polen und zur Schaffung einer Ansiedlung für Juden aus Polen in Palästina, Schenkung eines holländischen Kunstliebhabers an das Tel-Aviver Museum (Moritz Gottliebs Gemälde „Betende Juden“), [...]. In der nächsten Nummer beabsichtige ich zu bringen: einen Beitrag aus England über die Sprachschwierigkeiten der Einwanderer, ein neues Kolonisationsprojekt in Argentinien, die hebräische Sprache vor palästinensischen Gerichten, [...].³¹

Diese Vorgehensweise der regelmäßigen Verständigung sollte sicherstellen, dass es zu keiner Doppelverwendung von Inhalten im Berliner und Wiener Teil kommt, was allerdings trotzdem regelmäßig geschah, wie auch aus dem Vermerk des Lektors Dr. Gerhard Lock vom 24. Mai 1939 hervorgeht: „Die Textgestaltung führt häufig zu Dubletten, weil bei den 4 Anschlussseiten nur ungenügende Rücksicht auf die bereits vorliegenden 4 Hauptblattseiten genommen wird. Dieser Übelstand ist zwischen den Redakteuren der Berliner und Wiener Ausgabe öfter erörtert worden, wurde aber nicht abgestellt [...].“³² Diese Problematik führte auch zu Konflikten zwischen den Chefredakteuren, da sie die Schuld für doppelt genannte Themen beim jeweils anderen sahen und keiner der beiden auf besonders interessante Inhalte verzichten wollte. Wenige Tage bevor der oben genannte Lektor Dr. Lock diesen Missstand in seiner Notiz vermerkte, kam es zu einem hitzigen Briefwechsel zwischen Leo Kreindler und Emil Reich, der genau dieses Thema zum Inhalt hatte. Kreindler warf Reich in seinem Schreiben vom 20. Mai 1939 vor sich nicht an die Abmachung gehalten zu haben, im Wiener Teil der Zeitung lediglich Lokalnachrichten zu behandeln:

[...] Voraussetzung einer reibungslosen Zusammenarbeit war doch zweifellos, dass alle nicht lokalen Angelegenheiten im Hauptteil, also auf vier Seiten, die für das Reich und für die Ostmark gemeinsam sind, Platz finden. Ihre Lokalbeilage sollte diejenigen Dinge enthalten, die ausschließlich für die Ostmark Geltung haben, sowie ich auf meinen hinteren Seiten die Mitteilungen aus den Gemeinden, vom Kulturbund, Rechtsfragen und ähnliche örtliche begrenzte Dinge publiziere. Diese Abrede haben Sie eigentlich von Anfang an nicht gehalten. Allerdings geschah es zu Beginn unserer Zusammenarbeit relativ selten, sodass ich keinen Anlass hatte, aus der Mücke einen Elefanten zu machen. Mehr und mehr sind Sie jedoch dazu übergegangen, Ihre vier Lokalseiten zu einem zweiten Hauptblatt umzugestalten. Dagegen hätte ich ganz gewiss keinerlei Bedenken, wenn die Folge nicht wäre, dass ich, um ihrem Wunsche entsprechend Doubletten zu vermeiden, den 60.000 Lesern im Reich nun alles wichtige Material vorenthalten müsste. Sie haben es insofern auch noch leichter, als Sie infolge technisch günstiger Umstände Ihre Nummer erst später umbrechen, sodass Sie das vorliegende Material rascher wegschnappen können. [...] Ich jedenfalls bin nicht in der Lage Ihrem Wunsche zu

³¹ Schreiben von Dr. Emil Reich an Leo Kreindler vom 10. Juli 1939, Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 495,1

³² Vermerk von Lektor Dr. Gerhard Lock, „Btr.: Herstellung der Ausgabe Wien des Jüdischen Nachrichtenblattes in der Nova-Druckerei, Berlin“ vom 24. Mai 1939, WL Documents Section 575, zit. nach Burger (2001) S. 103.

entsprechen und den 60.000 Lesern im Reich alles interessante Material vorzuenthalten, weil Sie es für Ihre Ausgabe reklamieren.³³

Kreidler lässt in seinem Schreiben keinen Zweifel daran, dass er als Chefredakteur des „Hauptblattes“ Anspruch auf die Aufbereitung der wichtigsten Themen hat. Er weist Reich auch wiederholt darauf hin, dass er die größere Leserschaft mit Informationen zu versorgen hat und daher nicht auf die Wünsche der Wiener Redaktion eingehen kann. Kreindlers Brief war außerdem eine Aufforderung an den Wiener Chefredakteur, sich seiner untergeordneten Rolle entsprechend zu verhalten und damit die Zusammenarbeit zu erleichtern. Emil Reich ließ die Zurechtweisung allerdings nicht unkommentiert und antwortete in seinem Schreiben vom 21. Mai 1939 in durchaus provozierendem Ton:

Lieber Herr Kollege Kreindler! Ich habe ihr Schreiben vom 20. d. [Monats] mit einem stillen Schmunzeln gelesen, weil der Ärger einmal auf Ihrer Seite war. Aber Spaß beiseite: ich glaube nicht, dass Sie Ursache zu Ärger haben, jedenfalls nicht zu einem von solchen Ausmaß, wie er aus Ihrem geharnischten Schreiben hervorlugt. Es wird kaum der Nachweis möglich sein, dass ich Ihnen alles wichtige Material weggeschnappt habe. Ich habe stets bei Ihnen angefragt, ob Sie diese oder jene politische Meldung veröffentlichen wollen und Grund Ihrer Antwort, von diesen Dingen die Hand gelassen, bis ich mich schließlich damit abgefunden habe, solche Nachrichten auch ohne vorherige Rückfrage unbenützt zu lassen. [...] Jetzt will ich aber auf den eigentlichen Kern der Sache eingehen, auf unsere seinerzeitigen Abmachungen wegen der Zusammenarbeit. Es war in erster Linie und hauptsächlich davon die Rede, dass auf den ersten vier Seiten keine Gesetze und keine Verordnungen und keine Rechtsfragen behandelt und kein Thema angeschlagen werden dürfte, das die Juden in der Ostmark nicht betrifft. Ich brauche wohl nicht alle die Beispiele anzuführen, die dartun könnten, dass diese Abrede immer wieder durchlöchert wurde. Ich möchte bloß auf die für uns wenig angenehmen Folgen der Veröffentlichung der neuen Mietengesetzbestimmungen oder der Umzugsgut Verordnung [...] hinweisen. Ich kann Ihnen gar nicht schildern, wie viele mündliche, fernmündliche und briefliche Anfragen aus Leserkreisen solche Veröffentlichungen hervorgerufen und wie viele Scherereien Sie uns dadurch verursacht haben, abgesehen davon, dass sie für unsere Leser, die Sie nicht angingen irreführend gewesen sind.³⁴

Reich weist hier auf eine Problematik hin, die wesentlich gravierender war als die bloße Unannehmlichkeit der „Doubletten“. Wenn im Berliner Hauptteil der Zeitung Verordnungen publiziert wurden, die zwar für die jüdische Bevölkerung in Deutschland galten, aber nicht in Österreich, sorgte dies aufgrund der vielen Leseranfragen nicht nur für erhöhten Arbeitsaufwand in der Redaktion, sondern auch für Unsicherheit und Verwirrung in der ohnehin schon von Ängsten geplagten jüdischen Leserschaft in Österreich.

³³ Schreiben von Leo Kreindler an Dr. Emil Reich vom 20. Mai 1939, Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 495,1

³⁴ Schreiben von Dr. Emil Reich an Leo Kreindler vom 21. Mai 1939, Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem A/W 495, 1

Am Ende des Schreibens plädiert Reich für eine bessere Kommunikation um die zukünftige Zusammenarbeit zu erleichtern und die Qualität der Printprodukte zu verbessern, ein Schuldeingeständnis liefert er Kreindler aber nicht:

[...] Im Übrigen bleibe ich dabei, dass auf Grund der telefonischen Rücksprachen und der brieflichen Mitteilungen eine Verständigung über den Inhalt des Blattes sehr gut möglich ist, sodass Doubletten vermieden werden können – wenn solche zu verzeichnen waren, habe ich nie die Schuld daran getragen – und dass Wiederholungen oder Veröffentlichungen von Nachrichten auf den für Wien bestimmten vier Seiten, wenn schon nicht anders, so dadurch hintangehalten werden können, dass die betreffende Seite noch einmal umbrochen wird. Die dadurch erzielte Unterdrückung irreführender oder überflüssiger Meldungen oder Beiträge würde die eventuelle Verzögerung des Einlangens der Matern bei uns durchaus rechtfertigen.³⁵

Aus dem Archivmaterial geht allerdings hervor, dass auch die weitere Zusammenarbeit zwischen den Redaktionen im Jahr 1939 nicht reibungslos verlief. Als Leo Kreindler bemerkte, dass Emil Reich wiederholt Beiträge aus der Berliner Ausgabe für das Wiener Blatt übernahm, ließ er seinen Kollegen in einem Schreiben von 8. Dezember 1939 folgendes wissen: „Sehr geehrter Kollege, ich sehe, dass Sie in der Ausgabe Wien des „Jüdischen Nachrichtenblattes“ häufig Artikel und Aufsätze aus der Ausgabe für Berlin übernehmen. So sehr ich damit einverstanden bin, würde es mir doch zweckdienlich erscheinen, wenn Sie dabei jedes Mal die Quelle angeben würden, aus der der Artikel oder der Aufsatz stammt.“³⁶ Woraufhin Emil Reich am 10. Dezember 1939 erwiderte:

Sehr geehrter Herr Kollege! Es ist ab und zu, aber nicht häufig, vorgekommen, dass ich Artikel und Aufsätze aus der Ausgabe für Berlin übernommen habe. Es sei jedoch ordnungshalber festgehalten, dass ich seinerzeit um Ihr Einverständnis hierzu bei Ihnen angesucht, doch hierauf keine Antwort erhalten habe, was ich allerdings als stillschweigendes Einverständnis hinnahm. Selbstverständlich werde ich in Zukunft, wenn ich wieder einmal etwas nachdrucken sollte, die Quelle, aus der der Aufsatz stammt, anführen, sofern nicht verlangt wird, dass auch die Wiener Ausgabe ein Honorar bezahlen soll.³⁷

Der Briefwechsel zeigt, dass das angespannte Arbeitsverhältnis auch bei kleineren Angelegenheiten zu Problemen zwischen den verantwortlichen Redakteuren führte. Als Kreindler Reich dazu aufforderte, Texte der Berliner Ausgabe auch als solche auszuweisen, fühlte sich Reich angegriffen, konterte zuerst mit einer Relativierung und wies gleich im Anschluss daran auf Kreindlers eigenes Fehlverhalten hin. Dass Reich sich bemüßigt fühlte

³⁵ Schreiben von Dr. Emil Reich an Dr. Leo Kreindler vom 21. Mai 1939, Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem A/W 495,1

³⁶ Schreiben von Dr. Leo Kreindler an Dr. Emil Reich vom 8. Dezember 1939, Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 495,1

³⁷ Schreiben von Dr. Emil Reich an Dr. Leo Kreindler vom 10. Dezember 1939, Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 495,1

klarzustellen, dass er keineswegs für Beiträge aus Berlin bezahlen würde obwohl in Kreindlers Schreiben gar keine Rede davon war, dürfte seinem Unmut über die neuerliche Zurechtweisung geschuldet sein.

Da sich während der zeitlich limitierten Recherche nur Dokumente aus dem Jahr 1939 finden ließen, konnte im Rahmen dieser Arbeit leider nicht eruiert werden, wie sich das Arbeitsverhältnis der beiden Chefredakteure weiterentwickelte. Was allerdings bestätigt werden kann ist, dass es zwischen den beiden Redaktionen sowohl Kommunikation als auch Zusammenarbeit gab, obgleich diese weder problem- noch konfliktfrei funktionierte. Angesichts ihrer prekären Lage als jüdische Journalisten im Dienste des NS-Regimes ist es allerdings überraschend, dass Reich und Kreindler nicht in einem solidarischen sondern konkurrierenden Verhältnis zueinander standen.

An dieser Stelle soll außerdem erwähnt werden, dass Leo Kreindlers und Emil Reichs Arbeitsverhältnis nicht das einzige Beispiel angespannter Kommunikation zwischen der Berliner Zentrale und der Wiener Zweigstelle des *Jüdischen Kulturbundes* war. Auch abseits des *Jüdischen Nachrichtenblattes* funktionierte die Zusammenarbeit nicht immer reibungslos. Wenn die Administration der *Zweigstelle Wien* Anfragen an das Propagandaministerium stellte, wurden diese oft indirekt über den *Jüdischen Kulturbund* in Berlin kommuniziert. Zu einer dieser Anfragen gehörte beispielsweise die Bitte, dem Wiener *Kulturbund* zu erlauben Sportkurse abzuhalten. Als dies vom Propagandaministerium abgelehnt wurde und man in Wien wiederholt um eine Vorsprache des Berliner *Kulturbundes* beim Ministerium bat, lies man die Wiener Zweigstelle am 20. April 1940 Folgendes wissen: „Wir sehen uns [...] nicht in der Lage, die Angelegenheit erneut zur Sprache zu bringen und brauchen Ihnen gegenüber nicht zu betonen, dass wir mit Ihnen die Entscheidung des Ministeriums bedauern.“³⁸ Der Ton des Schreibens lässt keinen Zweifel an der Hierarchie zwischen der Zentrale des *Kulturbundes* in Berlin und der „bloßen“ Zweigstelle in Wien. Die ungleiche Stellung der beiden Organisationen führte offenbar auf mehreren Ebenen zu einem konfliktreichen Arbeitsverhältnis.

³⁸ Schreiben vom Jüdischen Kulturbund in Deutschland e.V. an die Zweigstelle Wien vom 20. April 1940, Archiv der IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 2942

5.) Die verantwortlichen Redakteure des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien*

Im Rahmen der Beantwortung der zweiten Forschungsfrage werden die Biografien der verantwortlichen Redakteure des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* rekonstruiert und deren persönliche Schicksale während der NS-Zeit genauer beleuchtet. Von 1938 bis 1943 hatte die Ausgabe Wien vier Redaktionsleiter. Diese waren Dr. Emil Reich, Dr. Maurycy Moses Grün, Dr. Leopold Moses und Dr. Wilhelm Heublum. Der Wissensstand und die zugänglichen Informationen über die Biografien der jeweiligen Redakteure sind unterschiedlich umfangreich. Während über den Lebensweg bzw. die berufliche Tätigkeit von Emil Reich und Leopold Moses schon vergleichsweise viel geforscht wurde, lassen sich zu Maurycy Moses Grün nur vereinzelt Vermerke in der Literatur finden. Hier konnte das Archivmaterial der IKG Wien allerdings einige biografische Lücken füllen. Wilhelm Heublums Biografie konnte aufgrund der spärlichen Informationslage leider kaum rekonstruiert werden. Über seine Person können im letzten Abschnitt dieses Kapitels daher lediglich Vermutung angestellt werden.

Sowie bereits im vorherigen Kapitel auf Unstimmigkeiten zwischen dem momentanen Forschungsstand zum *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* und den tatsächlichen historischen Fakten hingewiesen wurde, müssen auch im Rahmen dieses Kapitels bestimmte Sachverhalte bezüglich der Chefredakteure der *Ausgabe Wien* vorab richtig gestellt werden. Katrin Diehl schreibt beispielsweise, dass Leopold Moses die Redaktionsleitung nach Emil Reichs Deportation nach Theresienstadt übernahm (255) und auch Reiner Burger hält fest, dass „Reich Anfang 1943 nach Theresienstadt deportiert worden war“ und Leopold Moses danach die Leitung der Redaktion übernahm (102). Ob sich Burger hier auf Diehl bezieht ist unklar, beide Aussagen sind aber zweifelsohne falsch. Emil Reich wurde bereits im Oktober 1942 deportiert und sein Nachfolger war Maurycy Moses Grün. Um zukünftige Missverständnisse dieser Art zu vermeiden wird im folgenden Kapitel der genaue Tätigkeitszeitraum der jeweiligen verantwortlichen Redakteure des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* angegeben. Dazu werden die Zeitungsnummern ausgewiesen, in denen die Chefredakteure zum ersten bzw. letzte Mal im Impressum genannt werden.

5.1.) Dr. Emil Reich

Dr. Emil Reich wurde von Adolf Eichmann als erster verantwortlicher Redakteur des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* eingesetzt. Diese Position hatte er bereits bei der *Zionistischen Rundschau* inne und auch bei Eichmanns Versuch im Dezember 1938 ein eigenständiges *Nachrichtenblatt* auf die Beine zu stellen. Danach war er ab 3. Februar 1939³⁹ für die *Ausgabe Wien* verantwortlich und blieb bis 25. September 1942⁴⁰ Leiter der Redaktion. Emil Reich war somit länger für das *Jüdische Nachrichtenblatt* tätig als alle seine Nachfolger zusammen.

Biografische Eckdaten und berufliche Tätigkeit

Emil Reich wurde am 25. Juni 1884 in Wien geboren. Er war „Doktor der Rechte“ und gab auf seinem Meldezettel aus dem Jahr 1914 als berufliche Tätigkeit „Redakteur und Konzipient“ an. Daraus geht allerdings nicht hervor ob er jemals tatsächlich als Jurist beschäftigt war (Marschik 175). Von 1924 bis 1929 arbeitete Reich als Journalist für das *Neue Wiener Journal*, eine bürgerliche Zeitung, die im Jahr 1893 gegründet und 1939 von den Nationalsozialisten eingestellt wurde. Das Medium „war politisch indifferent, nahm aber jedenfalls antimarxistische und mitunter monarchistische Positionen ein“ (Marschik 175). Während der 1920er Jahre wurde Reich zeitweise auch als verantwortlicher Redakteur im Impressum des *Neuen Wiener Journals* angeführt (Pfoser 139).

Reich spezialisierte sich als Sportjournalist auf Fußballberichterstattung. Da er fast jede Woche seine „feuilletonistische Sportkolumne“ verfasste, beläuft sich der Umfang seines Schaffens in den 1920er Jahren auf über 350 Artikel und Essays (Marschik 175). Über seine Tätigkeiten neben dem Journalismus gibt es nur vereinzelte Hinweise. Zum Beispiel wurde „1937 [...] sein Vortrag zum Thema ‚Die Bedeutung der jüdischen Presse für den jüdischen Kaufmann‘ im Klub Zionistischer Kaufleute angekündigt. Zudem war Reich als Funktionär in der Organisation der Wiener Presse, einem Zusammenschluss von Journalisten, tätig“ (Marschik 175). Nach dem „Anschluss“ Österreichs war Reich für die *Jüdische Rundschau* als Korrespondent in Wien im Einsatz, bevor er die Redaktion der *Zionistischen Rundschau* und später der Wiener Ausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes* leitete (Marschik 176).

³⁹ JN, Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/Nr. 1 vom 3. Februar, erste Nummer des Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien

⁴⁰ JN, Ausgabe Wien, 3. Jg. 1942/Nr. 39 vom 25. September, letzte Nennung von Emil Reich als „verantwortlich für den Inhalt“ im Impressum

Emil Reichs Tätigkeit als Sportessayist

Emil Reich gilt als Vorreiter auf dem Gebiet des Sportjournalismus der 1920er und 1930er Jahre. Alfred Pfoser bezeichnet ihn als „[e]ine[n] der interessantesten Gestalten des österreichischen Sportjournalismus der Ersten Republik“ (139) und für Mathias Marschik gilt Reichs publizistische Tätigkeit als „beispielhaft für moderne essayistische Auseinandersetzungen mit dem Thema Sport“ (Marschik 175). Seine Artikel bzw. Essays zeichneten sich durch sein umfang- sowie detailreiches Wissen über Spieler und Funktionäre aus. Wenn es die Thematik notwendig machte, waren Emil Reichs Essays aber auch von großer Emotionalität geprägt. Er war „ein Journalist, der nur allzu gern polemisierte, anprangerte, mitunter lobte und meistens tadelte“ (Marschik 182). Laut Alfred Pfoser vereinte Reich „[i]n seinen Sportfeuilletons analytische Schärfe, überraschende Querverbindungen und Wienerisches Parlando“ (140). Die objektive Analyse des sportlichen Geschehens rückte dabei oftmals in den Hintergrund, da Reich „versuchte Stimmungen einzufangen und zu kontextualisieren“ (Marschik 182). Seine jüdische Herkunft beeinflusste zwar die Art und Weise wie er die Welt sah und interpretierte, stand aber nie im Vordergrund seiner Berichterstattung. „Die Existenz jüdischer Differenz als eine von ihm offenbar wahrgenommene, vorhandene Kategorisierung leugnete er [...] keineswegs. Sehr wohl versuchte er aber ihre gesellschaftliche Relevanz in Abrede zu stellen: ‚Huber oder Kohn‘ sei kein Kriterium aufgeklärter Sportberichterstattung“ (Marschik 182).

Emil Reich war nicht nur als Sportjournalist sondern für kurze Zeit auch als Sportfunktionär tätig. Er war eines der Gründungsmitglieder der Hakoah und von 1909 bis 1911 sogar als Vizepräsident des Verbands tätig (Marschik 175). Der Sportverband Hakoah war einer der wichtigsten jüdischen Dachorganisationen, dem zahlreiche Sportvereine angeschlossen waren. Dazu zählten unter anderem ein Fußball- und Schwimmklub, ein Touristik- und Schiklub sowie ein allgemeiner Sportklub. Die Sportstätten der Hakoah waren dabei nicht nur in Wien sondern auch in Graz und Innsbruck vertreten (Duizend-Jensen 48-49).

Deportation und Tod

Im Zeitraum von 1933 bis 1937 sind für Emil Reich und seine Gattin Marie einige wechselnde Adressen verzeichnet. „Reich wohnte bis 1933 in der Wipplingerstraße im 1., ab dann in der Wickenburggasse im 8. Gemeindebezirk, später in der Westbahnstraße, und 1937 taucht noch eine neue Adresse in der Eckpergasse im 18. Bezirk auf“ (Marschik 175-76). Laut

der Shoah-Opferdatenbank des *Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands* (DÖW) war die letzte bekannte Wohnadresse des Ehepaars Reich die Mariannengasse 15/6a, im 9. Wiener Gemeindebezirk. Nach der Deportation nach Theresienstadt am 1. Oktober 1942 wurde das Ehepaar am 16. Oktober 1944 nach Auschwitz überstellt.⁴¹ Sowohl Emil Reich als auch seine Gattin Marie überlebten Auschwitz nicht und wurden im Juni 1962 für tot erklärt (Marschik 176).

5.2.) Dr. Maurycy Moses Grün

Dr. Maurycy Moses Grün war von 2. Oktober 1942⁴² bis 29. Jänner 1943⁴³ der verantwortliche Redakteur der Wiener Ausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes*. Als Leiter der Wiener Zweigstelle des *Jüdischen Kulturbundes* war Grün allerdings schon ab der Gründung der *Ausgabe Wien* im Jänner 1939 in die Organisation und Verwaltung der Zeitung involviert.

Biographische Eckdaten und berufliche Tätigkeit

Laut der Shoah-Opferdatenbank des DÖW wurde Maurycy Moses Grün am 5. Oktober 1890 in Lemberg (*ukran. Lwiw*) in der heutigen Ukraine geboren.⁴⁴ Er war zunächst der stellvertretende Leiter des Palästina-Amtes in Wien (Hecht et al. 454) und übernahm nach der Emigration von Alois Rothenberg im Jahre 1940 die Leitung des Amtes, das bis 12. Mai 1941 seine Arbeit fortsetzen durfte (Kumar 185).

Aus dem „Gedenkprotokoll“ von Werner Levie, dem Leiter des *Jüdischen Kulturbundes in Deutschland e.V.* vom 30. Jänner 1939 geht hervor, dass Grün maßgeblich an der Gründung der Zweigstelle Wien des *Jüdischen Kulturbundes* sowie des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* beteiligt war. Er nahm sowohl an den Besprechungen mit Vertretern der IKG als auch bei Verhandlungen mit Vertretern des „Büro Hinkel“ und Adolf Eichmann teil. Auf Befehl Eichmanns wurde Grün zum „Gesamtverantwortlichen Leiter des Jüdischen

⁴¹ „Emil Reich“: DÖW Opfersuche, Shoah-Opfer <http://www.doew.at/>

⁴² JN, Ausgabe Wien, 3. Jg. 1942/Nr. 40 vom 2. Oktober, erste Nennung von Dr. Maurycy Moses Grün im Impressum als „verantwortlich für den Inhalt und für die Anzeigen“

⁴³ JN, Ausgabe Wien, 4. Jg. 1943/Nr. 4 vom 29. Jänner, letzte Nennung von Dr. Maurycy Moses Grün im Impressum als „verantwortlich für den Inhalt und für die Anzeigen“

⁴⁴ „Maurycy Moses Grün“: DÖW Opfersuche, Shoah-Opfer <http://www.doew.at/>

Kulturbundes in Wien“ ernannt. Grün war danach auch für personelle Angelegenheiten der *Zweigstelle Wien* verantwortlich.⁴⁵

Grüns letzte Wohnadresse vor seiner Deportation war die Rembrandtstraße 7 im zweiten Wiener Gemeindebezirk. Hier befanden sich sogenannte „Sammelwohnungen“, in denen Juden und Jüdinnen wie Grün vor dem Abtransport in ein Konzentrationslager zwangsangesiedelt wurden.⁴⁶ Maurycy Moses Grün, auch „Mosche“ genannt (Rabinovici 197), wurde am 28. Jänner 1943 nach Theresienstadt deportiert. Laut Deportationsliste befanden sich auch noch weitere Funktionäre des damaligen „Ältestenrats“, wie z.B. Benjamin Marmelstein, „dem späteren ‚Judenältesten‘ von Theresienstadt“ (Rabinovici 171) und dessen Familie im selben Transport. Grün wurde am 12. Oktober 1944 nach Auschwitz überstellt und überlebte nicht.⁴⁷

5.3.) Dr. Leopold Moses

Dr. Leopold Moses war der dritte verantwortliche Redakteur der Wiener Ausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes*. Er übernahm die Position am 5. Februar 1943⁴⁸ und behielt diese bis zum 8. Oktober 1943⁴⁹.

Biographische Eckdaten und Ausbildung

„Leopold Moses wurde am 24. April 1888 in Mödling bei Wien geboren“ (Steines 9). Nach traditioneller jüdischer Erziehung und der erfolgreichen Absolvierung einer kaufmännischen Lehre heiratete er 1918 Elsa Herzka (Steines 9). Die Hochzeit fand im heutigen Mattersburg im Burgenland statt, ein Ort mit dem sich Leopold Moses sein Leben lang sehr verbunden fühlte. „Er ging sogar soweit, unter seinen vielen Pseudonymen und Kürzeln, mit denen er seine Zeitungsartikel kennzeichnete, das Pseudonym L. Mattersburg zu verwenden“ (Spitzer 22). Aufgrund seines großen akademischen Interesses nahm er als außerordentlicher Hörer an Vorlesungen an der Universität Wien teil, wo er Lehrveranstaltungen aus den Disziplinen der

⁴⁵ Gedenkprotokoll von Dr. Werner Levie vom 30. Jänner 1939, Archiv der IKG, Bestand Jerusalem, A/W 470

⁴⁶ Auskunft über Adresse „Rembrandtstraße 7“ und Information über Sammelwohnungen laut DÖW-Projekt „Memento Wien“: <https://www.memento.wien/address/23905/>

⁴⁷ „Maurycy Moses Grün“: DÖW Opfersuche, Shoah-Opfer <http://www.doew.at/>

⁴⁸ JN, Ausgabe Wien, 4. Jg. 1943/ Nr. 5 vom 5. Februar, erste Nennung von Dr. Leopold Moses als „verantwortlich für den Inhalt und die Anzeigen“ im Impressum

⁴⁹ JN, Ausgabe Wien, 4. Jg. 1943/ Nr. 29 vom 8. Oktober, letzte Nennung von Dr. Leopold Moses als „verantwortlich für den Inhalt und die Anzeigen“ im Impressum

Geschichte und Philosophie bevorzugte (Steines 9). „1930 legte er am Bundes- Real- und Obergymnasium in Klosterneuburg die Externistenmatura ab und absolvierte in der Folge ein Geschichtsstudium mit Schwerpunkt Mediävistik [...]“ (Steines 9-10). Seine Dissertation aus dem Jahr 1933 ist noch immer im Bibliothekskatalog der Universität Wien zu finden und trägt den Titel „Die jüdischen Landgemeinden in Nieder-Österreich mit besonderer Berücksichtigung des XVII. Jahrhunderts“. Das Werk wurde 1935 vom Glanz Verlag unter dem Titel „Die Juden in Niederösterreich (mit besonderer Berücksichtigung des 17. Jahrhunderts)“ veröffentlicht. Im Fokus von Leopold Moses Forschungsinteresse standen die Geschichte der Juden und Jüdinnen in Niederösterreich und dem Burgenland sowie die Aufarbeitung von jüdischen Familiengeschichten (Steines 10).

Publizistische Tätigkeit

Moses war bereits Anfang der 1920er Jahre als Journalist bzw. Essayist für diverse Medien tätig. Die meisten seiner Artikel erschienen in der *Jüdischen Presse*, die Printpublikation der orthodoxen *Agudas Jisroel* (Steines 10). Moses publizistische Tätigkeit war stark von seiner orthodoxen Erziehung und dem Geschichtsstudium an der Universität Wien geprägt (Steines 9). Wie seine Dissertation, drehte sich auch der Inhalt seiner Artikel und Essays um jüdische Gemeinden in Ostösterreich. Er beschreibt „das rege jüdische Leben in den verschiedenen Orten, achtet auf die Synagogenbauten, auf die jüdischen Friedhöfe und ihre Grabsteine, das Badewesen, beschreibt Berufe und Kleidung der Juden, erläutert, woher sie nach Wien kamen, und widmet sich den Judensagen aus dem beschriebenen Teil des Landes“ (Lion 7).

Zusätzlich gründete Leopold Moses auch eine eigene Zeitschrift mit dem Titel *Jüdisches Archiv. Zeitschrift für jüdisches Museal- und Buchwesen, Geschichte, Volkskunde und Familienforschung*. Gemeinsam mit seiner Ehefrau Elsa brachte er dieses Printmedium von 1927 bis 1929⁵⁰ monatlich im Eigenverlag in seiner Wohnung in der Karl-Beck-Gasse 29 im 18. Wiener Gemeindebezirk heraus (Steines 11). Laut Patricia Steines war der Inhalt der Zeitschrift ein Spiegelbild der damaligen Forschungsströmungen innerhalb der Judaistik. Dazu gehörten die „Belebung der Forschungsarbeit in Archiven, Erforschung jüdischer Friedhöfe, Beleuchtung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Weiterführen der ‚jüdischen Volkskunde‘, Familiengeschichte und genealogische Forschung“ (11).

⁵⁰ Eintrag „Leopold Moses“ im Österreichischen Biographischen Lexikon (ÖBL): http://www.biographien.ac.at/oebf/oebf_M/Moses_Leopold_1888_1943.xml

Tätigkeit als Archivar und Bibliothekar der *Israelitischen Kultusgemeinde Wien*

Ab 1934 war Leopold Moses als Archivar und Bibliothekar der *Israelitischen Kultusgemeinde* in Wien tätig und „arbeitete als ehrenamtlicher Konservator am Wiener Jüdischen Museum mit. Am 16. August 1935 übernahm er die Leitung des Gemeindearchivs“ (Milchrahm & Prokisch 27). Diese Position hatte er bis zur Schließung der Einrichtung durch die Nationalsozialisten inne. Die *Kultusgemeinde* wurde bereits im März 1938 dazu gezwungen ihre Archivtätigkeiten einzustellen. Da Adolf Eichmann nach dem „Anschluss“ die Kontrolle über die IKG in Wien an sich gerissen hatte, war es der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ später möglich auch über die Archivbestände der Kultusgemeinde frei zu verfügen. Ziel war es die Akten und Materialien des Archives gezielt zur Verfolgung der österreichischen Juden und Jüdinnen zu nutzen.⁵¹ Leopold Moses war es als Archivleiter ab März 1938 nur mit ausdrücklicher Genehmigung Adolf Eichmanns gestattet die Sammlungen zu betreten und oftmals nur dann, wenn er NS-Delegationen durch das Archiv und die Bibliothek der IKG führte (Milchrahm & Prokisch 27). Die IKG wurde am 19. Juni 1938 dazu gezwungen die Eigentumsrechte an den Beständen des Archives sowie der Bibliothek an die Nationalsozialisten zu übertragen, bevor beide Einrichtungen am 10. November 1938 offiziell geschlossen wurden (Milchrahm & Prokisch 27). Im Jahr 1939 beauftragte Eichmann Leopold Moses außerdem mit der Erstellung eines Bibliotheksverzeichnisses der IKG (Milchrahm & Prokisch 27). Die Bestände des Archivs waren später vor allem für das sogenannte „Gauamt für Sippenforschung“ interessant, das zahlreiche Materialien beschlagnahmte (Duizend-Jensen 66).

Missglückte Emigration und Deportation nach Auschwitz

Im Jahr 1939 plante Leopold Moses gemeinsam mit seiner Frau Elsa die Ausreise nach Palästina. Der Emigrationsversuch missglückte und das Ehepaar musste in Wien zurückbleiben (Milchrahm & Prokisch 27). Seine Tochter Margarita war zuvor bereits mit Hilfe der Jugend-Alija dem NS-Regime entflohen (Milchrahm & Prokisch 27). Sie war somit eine der 1.402 Jugendlichen die aufgrund der Bemühung der Organisation im Jahr 1939 nach Palästina entkommen konnten. Die Jugend-Alija bot in Wien Unterricht in Allgemeinbildung und Handwerk sowie Exkursionen ins Grüne an, mit dem Ziel das jüdische Selbstbewusstsein der Jugendlichen zu stärken (Rabinovici 139).

⁵¹Online-Ausstellung zur Geschichte des Archiv der IKG Wien: <http://www.archiv-ikg-wien.at/archivportal/%C3%BCber-uns/geschichte-des-archivs/>

Nachdem Leopold Moses Fluchtversuch fehlgeschlagen war, begann er seine privaten Erinnerungen in biographischen Texten festzuhalten (Steines 15). Laut Patricia Steines befindet sich im Stadt- und Landesarchiv Wien ein Manuskript mit dem Titel „Aus der Mappe eines Hebräischlehrers“. Steines zitiert draus Moses Wunsch zur Emigration nach Palästina: „In den Tagen der Machtergreifung durch Adolf Hitler, da erfasste viele Juden auch außerhalb des deutschen Reiches der sehnliche Wunsch, so rasch als möglich die Sprache der Väter zu erlernen und ins Land der Väter zu wandern“ (Steines 15). Wie die Vielzahl der Wiener Juden und Jüdinnen wurden auch Leopold Moses und seine Gattin dazu gezwungen ihre Wohnung im 18. Bezirk aufzugeben und in eine der Sammelwohnungen in der Leopoldstadt zu ziehen. Die letzte bekannte Adresse des Ehepaares vor ihrer Deportation war in der die Czerningasse 4 im zweiten Wiener Gemeindebezirk.⁵²

Leopold Moses war ab 5. Februar 1943 der Leiter der Redaktion des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien*. Diese Tätigkeit war allerdings nicht von Dauer, da Moses Verbindungen zu einer ungarischen Widerstandsgruppe nachgesagt wurden. Laut Gestapo leitete er Geld, Lebensmittel und Briefe an in Wien lebende Juden und Jüdinnen weiter (Steines 18). Daraufhin wurde er „am 14. Oktober 1943 verhaftet [und] am 17. November offiziell aus dem Dienst des ‚Ältestenrates der Juden in Wien‘ entlassen“ (Milchrahm & Prokisch 27). Er wurde laut Opferdatenbank des DÖW am 1. Dezember 1943 direkt nach Auschwitz deportiert und überlebte nicht.⁵³ Gleiches gilt für seine Gattin Elsa, die am 26. April 1944 ebenfalls nach Auschwitz deportiert wurde.⁵⁴ Somit wurde Leopold Moses das gleiche grausame Schicksal zuteil wie seinen beiden Vorgängern beim *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien*. Sie alle kamen im Konzentrationslager Auschwitz um.

5.4.) Dr. Wilhelm Heublum

Dr. Wilhelm Heublum war der vierte und letzte Chefredakteur des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien*. Er übernahm die Redaktion am 22. Oktober 1943⁵⁵ und übte seine Funktion bis zur Einstellung des Blattes am 31. Dezember 1943⁵⁶ aus. Damit hatte er die Leitung über insgesamt fünf Ausgaben des Jahrgangs 1943 inne und war der am kürzesten amtierende verantwortliche Redakteur der *Ausgabe Wien*.

⁵² „Leopold Moses“: DÖW Opfersuche, Shoah-Opfer <http://www.doew.at/>

⁵³ Ebd.

⁵⁴ „Elsa Moses“: DÖW Opfersuche, Shoah-Opfer <http://www.doew.at/>

⁵⁵ JN, Ausgabe Wien, 4. Jg. 1943/ Nr. 30 vom 22. Oktober, erste Nennung von Dr. Wilhelm Heublum als „verantwortlich für den Inhalt und die Anzeigen“ im Impressum

⁵⁶ JN, Ausgabe Wien, 4. Jg. 1943/ Nr. 35 vom 31. Dezember, letzte Nummer der Zeitung

Die folgenden biografischen Angaben beziehen sich auf die einzige Person, die während der Literaturrecherche bzw. Personenrecherche im Archiv der IKG Wien mit dem Namen Wilhelm Heublum gefunden werden konnte. Es liegt nahe, dass es sich dabei auch um den im Impressum des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* genannten Chefredakteur handelt – dies kann aber nicht mit absoluter Sicherheit gewährleistet werden.

Der Rechtsanwalt Wilhelm Heublum wurde am 23. März 1892 in Wien geboren und erhielt am 22. Juli 1919 sein Doktorat. Heumblums Kanzlei befand sich in der Universitätsstraße 11 im ersten Wiener Gemeindebezirk. Während der NS-Zeit war Heublum ab 29. Dezember 1939 als sogenannter „Konsulent“ in der „Ostmark“ zugelassen (Sauer & Reiter-Zatloukal 180). Laut Shoshanna Duizend-Jensen war Heublum ab 1943 Leiter der Rechtsabteilung der IKG (184). Allerdings konnte diese Aussage durch keine weiteren Quellen belegt werden. Zum einen wurde die IKG Wien am 1. November 1942 aufgelöst und in den „Ältestenrat der Juden in Wien“ umgewandelt, die IKG konnte zu diesem Zeitpunkt somit gar keine Rechtsabteilung haben, und zum anderen scheint der Name Wilhelm Heublum nicht in den Personalakten der IKG Wien auf. Heublum war aber jedenfalls „während der NS-Zeit durchgehend in Wien gemeldet“ und wurde am 4. September 1945 wiederum in Wien als Rechtsanwalt registriert. Er überlebte den zweiten Weltkrieg und starb am 7. Juli 1958 (Sauer & Reiter-Zatloukal 180).

6.) Darstellung der jüdischen Lebensrealität im *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien*

Das folgende Kapitel geht der Frage nach, wie das *Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* die Realität der Wiener jüdischen Bevölkerung widerspiegelte. Zur Beantwortung dieser dritten und letzten Forschungsfrage wird die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse herangezogen. Daher wird die Forschungsmethode zuerst kurz vorgestellt und anschließend der Ablaufplan und somit das methodische Vorgehen genau erklärt. Am Ende des Kapitels werden die Forschungsergebnisse präsentiert.

6.1.) Methode: Qualitative Inhaltsanalyse

In der Medienforschung ist die Inhaltsanalyse eine bewährte Forschungsmethode um kommunikationswissenschaftliche Phänomene zu erschließen (Wegener 256). „Sie wurde als systematische Methode zur Auswertung von Materialien der immer wichtiger werdenden Massenmedien (Zeitungen, Radio) in der amerikanischen Kommunikationswissenschaft entwickelt (*Content Analysis*) und hat damit die empirische Medienforschung mitbegründet“ (Mayring & Hurst 494). Neben der vorerst rein quantitativen Vorgehensweise entwickelte sich später auch ein qualitativer Zugang. „Qualitative Inhaltsanalyse will dabei die methodische Systematik der quantitativen Inhaltsanalyse beibehalten und damit die qualitativen Schritte der Textinterpretation ausarbeiten, ohne in vorschnelle Quantifizierungen zu verfallen“ (Mayring & Hurst 494). Regelgeleitetheit und ein systematisches Vorgehen dürfen dabei keinesfalls verloren gehen, da der qualitativen Inhaltsanalyse sonst der Vorwurf, eine beliebige oder willkürliche Textinterpretation zu sein, gemacht werden könnte (Mayring 29). In der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft kommt die Methode „sowohl als alleinige Erhebungsmethode als auch als Auswertungsmethode in Kombination mit anderen Verfahren der Datenerhebung zu Anwendung“ (Wegener 256).

Ob ein quantitativer oder qualitativer Forschungszugang gewählt wird, muss immer vom konkreten Forschungsinteresse und der damit verbunden Fragestellung abhängen und darf nicht einer persönlichen Präferenz für die eine oder andere Methode geschuldet sein. „Die strikt regelgeleitete quantitative Analyse gilt als Hypothesen testendes Verfahren“ während der qualitative Zugang die Möglichkeit bietet, „ein Phänomen neu zu erschließen und damit tiefgehend [...] zu erfassen“ (Wegener 257). Der überschaubare und lückenhafte Forschungsstand zum *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* macht eine qualitative

Vorgehensweise unerlässlich, weil dadurch zum momentanen Zeitpunkt keine Hypothesen formuliert werden können. Außerdem wird die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nicht nur zum bloßen Beschreiben von Texten verwendet, sondern auch zum Beleuchten der historischen, gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen der Textproduktion (Wegener 260). Dieser Aspekt ist für die Fragestellung der Magisterarbeit von besonders großer Bedeutung, da mittels Inhaltsanalyse Rückschlüsse auf Normen, Wert und Tabus gezogen werden können, die den verantwortlichen jüdischen Redakteuren des *Nachrichtenblattes* aufgezwungen wurden.

Auch der Materialumfang der für die qualitative Inhaltsanalyse ausgewählt wird, muss von der Fragestellung und dem Forschungsgegenstand abgeleitet werden (Wegener 256). „Sobald die Textmenge so groß ist, dass sich Ergebnisse besser in quantifizierenden Werten ausdrücken lassen und die theoretisch eingebundene Interpretation und Auswertung von Textstellen zwangsläufig in den Hintergrund treten muss, spricht vieles dafür, dass die ausgewählte Textmenge entweder zu groß war oder [...] schlicht die falsche Methode gewählt wurde.“ (Wegener 259). Dies wurde bei der Auswahl der zu untersuchenden Nummern des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* beachtet.

In der empirischen Medienforschung kommen verschiedenen Formen der qualitativen Inhaltsanalyse zur Verwendung. Um einen regelgeleiteten Forschungsprozess zu garantieren, wird sich die Beantwortung der Forschungsfrage an Philipp Mayrings Ausführungen zur qualitativen Inhaltsanalyse orientieren und seiner methodischen Vorgangsweise folgen.

6.1.1.) Die Qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring

Da das methodische Vorgehen der qualitativen Inhaltsanalyse immer an den konkreten Untersuchungsgegenstand angepasst werden muss, gibt es keinen standardisierten Ablauf der in jeder Forschungssituation anwendbar ist. Laut Philipp Mayring muss daher vor Beginn der qualitativen Analyse ein Ablaufmodell festgelegt werden, in dem die jeweiligen Analyseschritte und deren Reihenfolge definiert werden (59). Dies ist besonders wichtig um dem Eindruck entgegenzuwirken, es handle sich bei der qualitativen Inhaltsanalyse um eine „freie“ Interpretation. Ein Ablaufplan gewährleistet, dass die qualitative Inhaltsanalyse den Kriterien der wissenschaftlichen Methodik entspricht. Jeder Schritt der Analyse wird somit nachvollziehbar, überprüfbar und auf einen anderen Forschungsgegenstand übertragbar gemacht (Mayring 59).

Mayring unterscheidet zwischen drei verschiedenen Techniken der qualitativen Inhaltsanalyse, die er auf die verschiedenen „Grundformen des Interpretierens“ zurückführt. Dabei handelt es sich um „Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung“. Er versteht diese drei Analysearten allerdings nicht als drei aufeinanderfolgende Stadien der Analyse. Je nach Forschungsinteresse bzw. Forschungsgegenstand soll die passende Technik ausgewählt werden (Mayring 65). Bei der Zusammenfassung ist das Ziel der Analyse, „das Material so zu reduzieren, dass die wesentlichen Inhalte erhalten bleiben, durch Abstraktion einen überschaubaren Corpus schaffen, der immer noch Abbild des Grundmaterials ist“ (Mayring 65). Die Explikation zielt darauf ab, „zu einzelnen fraglichen Textteilen [...] zusätzliches Material heranzutragen, das das Verständnis erweitert, das die Textstelle erläutert, erklärt, ausdeutet“ (Mayring 65). Ziel der Strukturierung ist es „bestimmte Aspekte aus dem Material herauszufiltern, unter vorher festgelegten Ordnungskriterien einen Querschnitt durch das Material zu legen oder das Material aufgrund bestimmter Kriterien einzuschätzen“ (Mayring 65). Aus diesen drei „Grundformen“ wird jene der „Strukturierung“ zur Beantwortung der dritten Forschungsfrage herangezogen und daher im anschließenden Abschnitt noch genauer erläutert.

Analysetechnik: Strukturierung

Die Analysetechnik der Strukturierung beschreibt Mayring als die „zentralste“ unter den von ihm definierten Zugängen. Ihr Ziel ist es „eine bestimmte Struktur aus dem Material herauszufiltern. Diese Struktur wird in Form eines Kategoriensystems an das Material herangetragen. Alle Textbestandteile, die durch die Kategorien angesprochen werden, werden dann aus dem Material systematisch extrahiert“ (Mayring 92). Die Strukturierung erfolgt nach verschiedenen Dimensionen, die aus den Forschungsfragen abgeleitet und in einem zweiten Schritt weiter differenziert werden. Die damit gewonnen Ausprägungen bilden in weiterer Folge ein Kategoriensystem (Mayring 92). Da mittels der strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse verschiedenen Fragestellungen bearbeitet werden können, muss die Methodik im Forschungsprozess je nach Erkenntnisinteresse angepasst werden. Philipp Mayring unterscheidet daher zwischen vier verschiedenen Zielen und somit Formen der inhaltsanalytischen Strukturierung:

- Eine *formale Strukturierung* will die innere Struktur des Materials nach bestimmten formalen Strukturierungspunkten herausfiltern.

- Eine *inhaltliche Strukturierung* will Material zu bestimmten Themen, zu bestimmten Inhaltsbereichen extrahieren und zusammenfassen.
- Eine *typisierende Strukturierung* will auf einer Typisierungsdimension einzelne markante Ausprägungen im Material finden und diese genauer beschreiben.
- Eine *skalierende Strukturierung* will zu einzelnen Dimensionen Ausprägungen in Form von Skalenpunkten definieren und das Material daraufhin einschätzen. (94)

Für den Zweck der inhaltsanalytischen Untersuchung des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* wird aufgrund der Ausrichtung der Forschungsfrage die „inhaltliche Strukturierung“ nach Mayring als Analysetechnik gewählt. Eine genauere Beschreibung dieser Art der Strukturierung lässt sich anschließend im Ablaufplan der qualitativen Inhaltsanalyse finden.

6.2.) Ablaufplan

Die Festlegung eines Ablaufplans ist laut Philipp Mayring essentiell um die qualitative Inhaltsanalyse zu einer fundierten wissenschaftlichen Methode zu machen. Daher werden im anschließenden Abschnitt alle Schritte der Analyse genau aufgelistet und erklärt. Der Forschungsprozess soll somit offengelegt und nachvollziehbar gemacht werden. Einige Entscheidungen bezüglich der Auswahl bestimmter Zeitungsnummern und des Umfangs des Materials werden zusätzlich mit wissenschaftlicher Literatur erklärt und untermauert. Das methodische Vorgehen orientiert sich an dem von Philipp Mayring skizzierten Modell eines Ablaufplans (60, 93 & 99) und wurde der Forschungsfrage entsprechend abgewandelt.

6.2.1.) Festlegung des Forschungsmaterials

Es werden insgesamt elf Nummern des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse untersucht. Die relativ geringe Anzahl der Ausgaben lässt sich auf das dreigeteilte Forschungsinteresse zurückführen, das dieser Arbeit zu Grunde liegt. Die Frage nach der Darstellung der jüdischen Realität in der Zeitung zwischen 1939 und 1943 ist gleichbedeutend mit den Fragestellungen zur Kategorisierung des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* als jüdische oder nationalsozialistische Zeitungen sowie die Erörterung der Biografien der verantwortlichen Redakteure des Blattes. Die für die empirische Erhebung vorgesehen zeitlichen Kapazitäten erlauben keinen größeren Umfang, da dieser sonst nicht ordnungsgemäß bearbeitet werden könnte. Dies geht auch einher mit Claudia Wegeners Einschätzung, „dass nur so viele Texte bearbeitet werden sollen, wie die

Forschenden in der Lage sind, diese mit dem ganzheitlichen Anspruch qualitativer Forschung zu verbinden“ (259). Die überschaubare Textmenge ermöglicht daher eine detaillierte Analyse der historischen und institutionellen Situation.

Hinsichtlich der Materialauswahl sind in der Forschungspraxis verschiedene Vorgehensweisen möglich. Die Analyse eines Einzelfalls ist dabei genauso üblich wie „die Auswahl typischer, extremer oder besonders prägnanter Fälle“ (Wegener 259). Im Rahmen dieser Magisterarbeit werden daher Ausgaben des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* ausgewählt, die zu besonders bedeutsamen Zeitpunkten der NS-Herrschaft publiziert wurden. Diese Ereignisse wurden einerseits hinsichtlich ihrer militärischen Prägnanz im Verlauf des zweiten Weltkriegs ausgewählt und andererseits hinsichtlich ihrer Bedeutung für die antisemitische Verfolgungspolitik der Nationalsozialisten. Aufgrund dessen werden fünf Nummern, die zwischen 1. und 22. September 1939 erschienen sind und somit die ersten Wochen nach Beginn des zweiten Weltkrieges umfassen, untersucht. Unter demselben Gesichtspunkt wird auch das Blatt vom 27. Juni 1941 analysiert. Dabei handelt es sich um die erste publizierte Nummer nach dem Beginn des sogenannten „Russlandfeldzugs“ vom 22. Juni 1941, welcher als klarer Wendepunkt im Verlauf des zweiten Weltkriegs zu verstehen ist. Außerdem werden drei Nummern, die im Zeitraum von 12. bis 26. September 1941 erschienen sind untersucht, da zur selben Zeit zwei bedeutsame Verordnungen gegen die jüdische Bevölkerung erlassen wurden. Dabei handelt es sich um die Polizeiverordnung über die Kennzeichnung von Juden und Jüdinnen mittels Judenstern vom 1. September 1941 (galt ab 15. September 1941) (Walk 347) und um das Verbot des *Jüdischen Kulturbundes* durch die Gestapo vom 11. September 1941 (Walk 348). Abschließend wird auch die Nummer vom 24. Oktober 1941 zu Analyse Zwecken herangezogen, da es sich dabei um die erste Nummer nach Erlass des Auswanderungsverbots für die jüdische Bevölkerung vom 23. Oktober 1941 durch das RSHA handelt (Walk 353) und somit einen entscheidenden Faktor in der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik darstellt.

Zusätzlich wird die erste veröffentlichte Nummer der *Ausgabe Wien* vom 3. Februar 1939 Gegenstand der Analyse sein. Die behandelten Themen und die Art der Berichterstattung sind ein wichtiger Referenzpunkt für die Ausgaben, die noch im selben Jahr bzw. im Jahr 1941 erschienen sind.

Im allgemeinen Ablaufmodell nach Philipp Mayring (60) wird als zweiter Schritt die „Analyse der Entstehungssituation“ angeführt. Da im Rahmen dieser Arbeit schon ausführlich auf den historischen Hintergrund, die Entstehungsgeschichte des *Jüdischen*

Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien und die Arbeit der Redaktion eingegangen wurde, wird dieser Schritt mit einem Verweis auf die Kapitel 1, 2 und 4 übersprungen.

6.2.2.) Formale Charakteristika des Materials

Der folgende Abschnitt enthält eine Auflistung der wichtigsten Eckdaten über die elf Zeitungsnummer des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien*, die für die qualitative Inhaltsanalyse verwendet werden.

- Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien, 1.Jg. 1939/ Nr. 1 vom 3. Februar

Auswahlgrund: erste Nummer der Ausgabe Wien

Erscheinungsweise: zweimal wöchentlich

Seitenumfang: 8

Verantwortlicher Redakteur: Emil Reich

Verlag: Jüdischer Kulturbund in Deutschland e.V., Zweigstelle Wien

- Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 70 vom 1. September

Auswahlgrund: Beginn des zweiten Weltkrieges

Erscheinungsweise: zweimal wöchentlich

Seitenumfang: 4

Verantwortlicher Redakteur: Emil Reich

Verlag: Jüdischer Kulturbund in Deutschland e.V., Zweigstelle Wien

- Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 71/72 vom 8. September

Auswahlgrund: Beginn des zweiten Weltkrieges

Erscheinungsweise: zweimal wöchentlich (Anmerkung: Doppelausgabe)

Seitenumfang: 4

Verantwortlicher Redakteur: Emil Reich

Verlag: Jüdischer Kulturbund in Deutschland e.V., Zweigstelle Wien

- Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 73/74 vom 15. September

Auswahlgrund: Beginn des zweiten Weltkrieges

Erscheinungsweise: zweimal wöchentlich (Anmerkung: Doppelausgabe)

Seitenumfang: 4

Verantwortlicher Redakteur: Emil Reich

Verlag: Jüdischer Kulturbund in Deutschland e.V., Zweigstelle Wien

- Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 75 vom 18. September

Auswahlgrund: Beginn des zweiten Weltkrieges

Erscheinungsweise: zweimal wöchentlich

Seitenumfang: 2

Verantwortlicher Redakteur: Emil Reich

Verlag: Jüdischer Kulturbund in Deutschland e.V., Zweigstelle Wien

- Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 76 vom 22. September

Auswahlgrund: Beginn des zweiten Weltkrieges

Erscheinungsweise: zweimal wöchentlich

Seitenumfang: 4

Verantwortlicher Redakteur: Emil Reich

Verlag: Jüdischer Kulturbund in Deutschland e.V., Zweigstelle Wien

- Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien, 3. Jg. 1941/ Nr. 50 vom 27. Juni

Auswahlgrund: Deutsch-Sowjetischer Krieg bzw. „Russlandfeldzug“

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich

Seitenumfang: 2

Verantwortlicher Redakteur: Emil Reich

Verlag: Jüdischer Kulturbund in Deutschland e.V., Zweigstelle Wien

- Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien, 3. Jg. 1941/ Nr. 61 vom 12. September

Auswahlgrund: Verbot des Jüdischen Kulturbundes

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich

Seitenumfang: 2

Verantwortlicher Redakteur: Emil Reich

Verlag: Jüdischer Kulturbund in Deutschland e.V., Zweigstelle Wien

- Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien, 3. Jg. 1941/ Nr. 62 vom 19. September

Auswahlgrund: Verbot des Jüdischen Kulturbundes

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich

Seitenumfang: 2

Verantwortlicher Redakteur: Emil Reich

Verlag: Abteilung Nachrichtenblatt der Israelitischen Kultusgemeinde Wien

- Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien, 3. Jg. 1941/ Nr. 63 vom 26. September

Auswahlgrund: Verbot des Jüdischen Kulturbundes

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich

Seitenumfang: 2

Verantwortlicher Redakteur: Emil Reich

Verlag: Abteilung Nachrichtenblatt der Israelitischen Kultusgemeinde Wien

- Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien, 3. Jg. 1941/ Nr. 67 vom 24. Oktober

Auswahlgrund: Auswanderungsverbot für Juden und Jüdinnen

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich

Seitenumfang: 2

Verantwortlicher Redakteur: Emil Reich

Verlag: Abteilung Nachrichtenblatt der Israelitischen Kultusgemeinde Wien

6.2.3.) Theoretische Differenzierung der Fragestellung

Im Zentrum der zu untersuchenden Fragestellung steht der Realitätsgehalt der Berichterstattung über das jüdische Leben im *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien*. Daher bedeutet die theoretische Differenzierung der Fragestellung in diesem Fall eine Operationalisierung des Realitätsbegriffs. Um diesen genau zu definieren werden folgende drei Kategorien, die zentrale Aspekte des jüdischen Lebens in Wien zwischen 1939 und 1943 darstellen, identifiziert: der Kriegszustand, die materielle sowie humanitäre Notlage der jüdischen Bevölkerung und deren Verfolgung durch die Nationalsozialisten. Diese Aspekte sind zwar alle untrennbar miteinander verbunden, können aber auf unterschiedliche Art und Weise erfragt werden:

- Wie wird auf den Kriegsbeginn und später auf die Kriegssituation hingewiesen? Wodurch wird in der Zeitung deutlich gemacht, dass sich das Land im Kriegszustand befindet?
- Wie wird auf die humanitäre und materielle Notlage der Bevölkerung aufmerksam gemacht?

- Wodurch wird das Klima der antisemitischen Verfolgung durch die Nationalsozialisten deutlich?

Diese „analyseleitenden“ Fragen dienen im ersten Materialdurchlauf zur Definition der Unterkategorien bzw. Analyseeinheiten. Es werden danach nur jene Artikel und Rubriken für die Inhaltsanalyse ausgewählt, die für die Beantwortung einer der oben angeführten Fragen relevant sind.

6.2.4.) Auswahl der Analysetechnik

Zur Beantwortung der Forschungsfrage ist die Analysetechnik der inhaltlichen Strukturierung am besten geeignet. Dabei geht es darum „bestimmte Themen, Inhalte, Aspekte aus dem Material herauszufiltern und zusammenzufassen“ (Mayring 98). Die drei bereits definierten Kategorien des Kriegszustands, der humanitären und materiellen Notlage sowie der Verfolgung durch die Nationalsozialisten bestimmen „welche Inhalte aus dem Material extrahiert werden sollen“ (Mayring 98). Nach Auswahl der Analysetechnik wurde der erste Materialdurchgang (bzw. Probedurchgang) nach Philipp Mayrings Vorgaben durchgeführt. Er definiert dabei zwei Schritte. Zuerst werden sogenannte „Fundstellen“ im Material markiert und danach werden die herausgefilterten Texte bzw. Textstellen herausgeschrieben (Mayring 93-94). Während der ersten Durchsicht des Materials konnten anhand der „analyseleitenden Fragen“ verschiedene Unterkategorien zu den drei Hauptkategorien ausfindig gemacht werden. Diese werden im nächsten Abschnitt, der Definition der Analyseeinheiten, genauer beschrieben.

6.2.5.) Definition der Analyseeinheiten

Aus der Materialbeschau im Probedurchgang haben sich Unterkategorien zu den drei Hauptkategorien herausgebildet, die anhand bestimmter Inhalte der Berichterstattung bzw. konkreter Rubriken der *Ausgabe Wien* illustriert werden können. Hier muss allerdings festgehalten werden, dass es nur eine geringe Anzahl an Rubriken gibt, die nicht kontinuierlich geführt wurden. Die meisten der Artikel können keiner bestimmten Rubrik, sondern nur einem Themengebiet zugeordnet werden.

Da die Zeitungsnummern anhand von wichtigen Ereignissen hinsichtlich der militärischen Situation Deutschlands im zweiten Weltkrieg bzw. der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung durch die Nationalsozialisten ausgewählt wurden, wird während der inhaltlichen

Strukturierung auch speziell nach diesen Ereignissen gesucht. Daraus ergab sich bereits nach dem ersten Probedurchgang ein wichtiger Zwischenschritt in der Analyse. Denn bevor untersucht werden kann, wie über ein bestimmtes Ereignis berichtet wird, muss geklärt werden ob es in der Berichterstattung überhaupt vorkommt, was im Forschungsmaterial nicht immer der Fall war. Somit werden die analyseleitenden Fragen zu den drei verschiedenen Kategorien folgendermaßen modifiziert:

- Wird auf den Kriegsbeginn und später auf die Kriegssituation hingewiesen? Wenn ja, wie? Wird in der Zeitung deutlich gemacht, dass sich das Land im Kriegszustand befindet? Wenn ja, wodurch?
- Wird auf die humanitäre und materielle Notlage der Bevölkerung aufmerksam gemacht? Wenn ja, wie?
- Wird das Klima der antisemitischen Verfolgung durch die Nationalsozialisten deutlich? Wenn ja, wodurch?

Da es sich beim *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* um ein Medium handelt, das einer strengen nationalsozialistischen Zensur unterworfen war, ist es nicht überraschend, dass bestimmte Ereignisse nicht publiziert werden durften. Die Nicht-Nennung von Ereignissen wird daher ein wichtiger Faktor in der Analyse zur Beurteilung des Realitätsgehalts der Berichterstattung sein.

In weiterer Folge werden die Unterkategorien, die nach dem Probedurchgang gebildet wurden, mit den dazugehörigen Rubriken bzw. Themengebieten beschrieben. Die jeweiligen Rubriken bzw. Artikel bilden dabei die Analyseeinheiten:

Die Darstellung des Kriegszustands erfolgt im Rahmen von verschiedenen Unterkategorien. Dazu gehören „Kommunikationsmöglichkeiten mit dem Ausland“ die anhand der Rubrik „Postschlüsse“ analysiert werden. Die Unterkategorie „Auswanderungsmöglichkeiten“ wird durch die Rubriken „Die jüdische Wanderung“ und „Winke für Auswanderer“ erschlossen. Beide Unterkategorien sind dazu geeignet über die diplomatischen Beziehungen des „Deutschen Reichs“ Auskunft zu geben. Außerdem werden die Zeitungsnummern von September 1939 und Juni 1941 auf die Auseinandersetzung mit dem Kriegsbeginns bzw. „Russlandfeldzug“ untersucht. Als letzte Unterkategorie wurde noch das Themengebiet „Palästina“ definiert, da sich die Palästina-Politik der Nazis mit Kriegsbeginn schlagartig änderte, was auch in der *Ausgabe Wien* sichtbar sein sollte.

Um über die humanitäre und materielle Notlage Auskunft zu bekommen, werden als erste Unterkategorie „Spendenaufrufe“ der jüdischen Administration untersucht. Die zweite Unterkategorie „Kleinanzeigen“ soll Auskunft über die prekäre Wohn- und Arbeitssituation der jüdischen Bevölkerung in Wien geben. Dazu werden vor allem die Rubriken „Allgemeines“, „Unterricht“, „Zu mieten gesucht“, „Stellengesuche“ und „Jüdische Ehegesuche“ analysiert. Weiters fallen auch Verordnungen über die Lebensmittelversorgung der jüdischen Bevölkerung unter diese Hauptkategorie, da sie sich im Hunger der Wiener Juden und Jüdinnen ausdrücken und somit besser in die Hauptkategorie „Notlage“ als die Hauptkategorie „Verfolgung“ passen.

Die dritte Hauptkategorie „antisemitische Verfolgung“ wird anhand zweier Unterkategorien untersucht. Dabei handelt es sich einerseits um Verordnungen und andererseits um Verbote die in den Rubriken „Recht und Wirtschaft“, „Verordnung über wirtschaftliche Maßnahmen“, „Verordnungen“ und „Was jeder wissen muss“ publiziert wurden. Diese Rubriken wurden jedoch nicht durchgehend geführt, sondern gegeneinander ausgetauscht. Teilweise sind die publizierten Verordnungen auch ohne Zuweisung an eine Rubrik abgedruckt worden.

Die hier beschriebenen Rubriken und Themengebiete des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* bilden nun die Grundlage für den Hauptdurchgang der Inhaltsanalyse gemäß der inhaltlichen Strukturierung. Dieser Materialdurchgang besteht wiederum aus den beiden Schritten Markierung der „Fundstellen“ und Herausschreiben der relevanten Textstellen.

6.2.6.) Ergebnisaufbereitung

Die Ergebnisaufbereitung bei der inhaltlichen Strukturierung folgt den Regeln der Zusammenfassung wie sie von Philipp Mayring definiert wurden. Im Hauptdurchgang der Analyse werden die relevanten Artikel (jene die zur Beantwortung einer der analysel leitenden Fragen dienen) zuerst den jeweiligen Unterkategorien zugeordnet. Es wird außerdem vermerkt, wenn das Ereignis, nach dem die Zeitungsnummer ausgewählt wurde, nicht in der Berichterstattung vorkommt. Nachdem die Texte sortiert sind, werden diese mit Stichwörtern paraphrasiert. Besonders aussagekräftige Textstellen werden wortwörtlich notiert und später als Zitate für die Ergebnispräsentation verwendet. (Anmerkung: Während des Hauptdurchgangs stellte sich heraus das einzelne Wörter bzw. Wortgruppen so aussagekräftig für die Analyse sind, dass diese als kleinste Analyseeinheiten definiert werden können.) Danach kommt es zu einer Reduktion des Materials. Innerhalb der Unterkategorien werden

komplett bedeutungsgleiche Beispiele weggestrichen, und in einem zweiten Schritt werden ähnliche Beispiele miteinander in Verbindung gebracht und zusammengefasst (Mayring 70). Das wird vor allem in der Analyse des Anzeigenteils ein zentraler Schritt sein, da hier mit vielen bedeutungsgleichen Beispielen zu rechnen ist. Das Textmaterial wird dann zuerst pro Unterkategorie und danach in einem zweiten Schritt pro Hauptkategorie zusammengefasst um die Forschungsfrage zu beantworten (Mayring 98).

6.3.) Die Darstellung der jüdischen Lebensrealität im *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien*: Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse

Im folgenden Unterkapitel werden die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse präsentiert. Gemäß des Ablaufplans der inhaltlichen Strukturierung werden zuerst die Ergebnisse der Unterkategorien zusammengefasst und am Ende des Kapitels Aussagen über die Hauptkategorien getroffen. Besonders prägnante Beispiele werden als wortwörtliche Zitate wiedergegeben.

6.3.1.) Das Kriegsgeschehen in der Berichterstattung des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien*

Auf das Kriegsgeschehen oder die Veränderung der diplomatischen Beziehungen des „Deutschen Reichs“ mit der restlichen Welt wird in den Nummern des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* vom September 1939 nicht direkt hingewiesen. Es gibt keine Rubriken, die sich explizit mit der Außenpolitik Deutschlands beschäftigen oder nach Beginn des zweiten Weltkrieges über dessen militärische Expansion berichten. Sucht man jedoch bewusst nach historischen Ereignissen, lassen sich in der *Ausgabe Wien* mehr oder weniger offensichtliche Hinweise auf den Kriegszustand finden.

Rubrik „Postschlüsse“: Kommunikationsmöglichkeiten mit dem Ausland

Die Rubrik „Postschlüsse“ ist ein Indikator für die internationalen Beziehungen Deutschlands, da sie Auskunft über die Kommunikationsmöglichkeiten der jüdischen Bevölkerung mit dem Ausland gibt. In der ersten Nummer der *Ausgabe Wien* vom 3. Februar 1939 wird beispielsweise darüber berichtet, dass sowohl Postschlüsse nach Übersee als auch nach

Palästina auf dem Bahn-, See- und Luftweg möglich sind.⁵⁷ Am 1. September 1939 wird bereits darauf hingewiesen, dass es „keine Luftbeförderung“ mehr gibt, jedoch Post noch über den Land- und Seeweg nach Palästina befördert werden kann.⁵⁸ Dies änderte sich abrupt mit der darauffolgenden Nummer vom 8. September, denn in der Zwischenzeit war Polen von den Nazis überfallen worden und England sowie Frankreich hatten Deutschland den Krieg erklärt. Dementsprechend liest sich auch die Rubrik „Postschlüsse“ dieser Nummer:

Nach den gegenwärtig in Geltung stehenden Bestimmungen ist der Postverkehr mit Polen, Litauen, Frankreich, England und Australien vollkommen gesperrt. Nach allen übrigen Relationen können Briefe aufgegeben werden, ohne daß [sic!] jedoch eine Bestimmung über den gewünschten Beförderungsweg ersichtlich gemacht werden soll, da die Briefpost über neutrale Länder versandt wird. [...] Der Luftpostverkehr ist nach allen Relationen vollkommen eingestellt.⁵⁹

Die Verwendung der Phrase „neutrale Länder“ lässt bereits indirekte Rückschlüsse auf die gegenwärtige militärische Situation zu. Eine Woche später, am 15. September 1939, teilt man die Leserschaft mit, dass nicht nur der Postverkehr nach England und Frankreich, sondern auch nach deren „Kolonien, Protektoraten und Mandaten“ gesperrt ist. Dabei wird explizit darauf hingewiesen, dass dies auch für das unter britischem Mandat stehende Palästina gilt.⁶⁰ Drei Wochen nach Kriegsbeginn findet man jedoch auch in der Wiener Ausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes* deutlichere Worte für den herrschenden Kriegszustand. Die Rubrik „Postschlüsse“ wird in der Zeitung vom 22. September 1939 zum ersten und einzigen Mal im Laufe dieser Analyse auf der Titelseite abgedruckt und von dem Artikel „Kein Postverkehr mit dem feindlichen Ausland“ begleitet. In diesem wird darauf aufmerksam gemacht, dass das Versenden von eingeschriebenen Briefen über ein neutrales Land ins „feindliche Ausland“ unter Strafe steht.⁶¹ In der Rubrik „Postschlüsse“ wird weiters vermerkt, dass es zwar noch immer keinen Luftpostverkehr gibt, „doch können Luftpostbriefe in gebrochenen Weg (Bahnpost nach Rom) nach folgenden Gebieten aufgegeben werden: Spanien, Portugal, Lybien, Erythräa, Abessinien, Ital. Somaliland [...] Iran, Siam, Niederländisch Indien [...]“.⁶² Aus den hier aufgelisteten Ländern, können beispielsweise direkte Rückschlüsse über die Allianzen Deutschlands mit Mussolinis Italien oder Francos Spanien gezogen werden.

⁵⁷ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 1 vom 3. Februar, S. 8

⁵⁸ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 70 vom 1. September, S. 4

⁵⁹ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 72/72 vom 8. September, S. 3

⁶⁰ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 73/74 vom 15. September, S. 3

⁶¹ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 76 vom 22. September, S. 1

⁶² JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 76 vom 22. September, S. 1

Auswanderungsmöglichkeiten der jüdischen Bevölkerung

Auswanderung war in den ersten Jahrgängen aller Ausgaben des *Jüdischen Nachrichtenblattes* das bestimmende Thema. Die Emigrationsmöglichkeiten der jüdischen Bevölkerung machen die politische bzw. militärische Lage des „Deutschen Reichs“ und den Verlauf des Krieges sichtbar. In der Wiener Ausgabe des *Nachrichtenblattes* wandte sich die Auswanderungsabteilung der IKG Wien in der Rubrik „Die Jüdische Wanderung“ direkt mit Informationen an die Leserschaft. Für den Zeitraum von 8. bis 22. September 1939 wurden hier drei verschiedene Nachrichten abgedruckt, die alle als Reaktionen auf den Kriegsbeginn zu verstehen sind. Am 8. September teilte die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* die „Einwanderungssperre für Shanghai“ mit.⁶³ Als Folge der englischen Kriegserklärung an NS-Deutschland wurde außerdem die Aufnahme jüdischer EmigrantInnen gestoppt. Durch das „holländische Hilfskomitee“ wurde der Wiener Leserschaft mitgeteilt, dass „alle vor dem 3. September d. J. ausgestellten englischen Sichtvermerke für ungültig erklärt werden. Aus diesem Grund kann eine Einwanderung, beziehungsweise Einreise nach England nicht mehr erfolgen. Die betreffenden Reisenden werden daher an der Station Venlo nicht mehr durchgelassen [...]“.⁶⁴ Zwei Jahre später, im September 1941, wird nur noch über Einwanderungsmöglichkeiten nach Mittel- und Südamerika berichtet, da sonst kaum noch andere Staaten jüdische Flüchtlinge aufnahmen. Unter der Rubrik „Winke für Auswanderer“ wurden Fragen zur Beschleunigung der Erteilung eines Cuba-Visums beantwortet und Informationen über die Auswanderung nach Ecuador und Argentinien weitergegeben.⁶⁵

Kriegsbeginn und „Russlandfeldzug“

Obwohl im *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* nicht über den Kriegsbeginn berichtet wurde, wandte sich die IKG Wien auf der Titelseite der ersten Kriegsnummer vom 8. September 1939 mit folgenden Worten direkt an die Leserschaft:

An die in Wien wohnenden Juden! Die schwerwiegenden Ereignisse der letzten Tage stellen die gesamte Bevölkerung des Reichs vor große Aufgaben. Uns Juden legen die aber ganz besondere Pflichten auf: Wenn wir schon bisher auf größte Zurückhaltung in unseren Handlungen und auf äußerste Mäßigung in unserem Auftreten bedacht waren, so gilt es jetzt erst recht, weitestgehend Bescheidenheit zu wahren, die behördlichen

⁶³ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 71/72 vom 8. September, S. 3

⁶⁴ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 75 vom 18. September, S. 2

⁶⁵ JN Ausgabe Wien, 3. Jg. 1941/ Nr. 63 vom 26. September, S. 1

Anordnungen gewissenhaft einzuhalten, Selbstbeschränkung und Selbstbesinnung auszuüben.⁶⁶

Mit den „schwerwiegenden Ereignissen der letzten Tage“ ist zweifellos der Kriegsbeginn gemeint und stellt somit eine Möglichkeit dar, den Kriegszustand anzusprechen ohne direkt darauf Bezug zu nehmen. Das Wort „Krieg“ wurde lediglich im Zusammenhang mit Verordnungen verwendet. In der *Ausgabe Wien* vom 15. September 1939 wird die Leserschaft über die sogenannte „Kriegswirtschaftsverordnung“ und speziell über „kriegsschädliches Verhalten“ unterrichtet, zu dem „die Vernichtung, Beiseiteschaffung oder Zurückhaltung von Rohstoffen oder Erzeugnissen, die zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehören“, und somit unter Strafe stehen. Im gleichen Artikel wird auch über einen „Kriegszuschlag zur Einkommenssteuer“ und die Neuregelung der „Kriegspreise“ berichtet.⁶⁷

Auf den Kriegszustand wird auch durch andere Formulierung hingewiesen. Im Blatt vom 15. September findet sich ein Bericht mit dem Titel „Die Behandlung von Ausländern“ in dem durchgehend über Angehörige von „Feindstaaten“ gesprochen wird.⁶⁸ Diesem Artikel konnte somit entnommen werden, dass Deutschland zum damaligen Zeitpunkt militärische Opponenten hatte.

Die Zeitungsnummer vom 27. Juni 1941 wurde bewusst für die Inhaltsanalyse ausgewählt, um zu überprüfen ob im *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* über besonders wichtige militärische Ereignisse berichtet wurde. Die Entscheidung Deutschlands am 22. Juni 1941 Russland anzugreifen war eine wichtige Zäsur im Kriegsgeschehen, die letztendlich zur militärischen Niederlage des „Deutschen Reichs“ führte. Die *Ausgabe Wien* berichtete zwar nicht über tagespolitische Themen und somit auch nicht direkt über den „Russlandfeldzug“, allerdings befindet sich auf der Titelseite der Ausgabe vom 27. Juni 1941 in der linken, unteren Ecke eine Meldung mit der Überschrift „Persönliche Meldepflicht für UdSSR.-Staatsangehörige“, die Folgendes zum Inhalt hatte:

Alle im Gebiet des Großdeutschen Reichs befindlichen über 15 Jahre alten Staatsangehörigen der UdSSR haben sich innerhalb 24 Stunden persönlich beim zuständigen Polizeiamt unter Vorlage ihrer Dokumente (Reisepaß [sic!], Staatsbürgerschaftspapiere usw.) zu melden. Personen unter 15 Jahren sind durch ihre gesetzlichen Vertreter zu melden. Der persönlichen Meldepflicht unterliegen auch alle Staatenlosen, die vor Eintritt der Staatenlosigkeit zuletzt Staatsangehörige der UdSSR., litauische, lettische oder estnische Staatsbürger gewesen sind.⁶⁹

⁶⁶ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 71/72 vom 8. September, S. 1

⁶⁷ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 73/74 vom 15. September, S. 2

⁶⁸ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 73/74 vom 15. September, S. 3

⁶⁹ JN Ausgabe Wien, 3. Jg. 1941/ Nr. 50 vom 27. Juni, S. 1

Diese Verordnung steht zweifellos in direktem Zusammenhang mit dem Beginn des Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion und weist somit zumindest indirekt auf das Kriegsgeschehen hin.

„Palästina“ in der Berichterstattung des *Jüdischen Nachrichtenblattes*, Ausgabe Wien

Am Umgang der Nationalsozialisten mit dem Thema der Auswanderung nach Palästina kann ganz klar erkannt werden, ob es sich um den Zeitraum vor oder nach Kriegsbeginn handelt. Da sich die erste Wiener Nummer des *Jüdischen Nachrichtenblattes* vom 3. Februar 1939 fast ausschließlich um die Auswanderung nach und die Lebensverhältnisse in Palästina dreht, steht sie in krasser Opposition zum Inhalt der restlichen analysierten Zeitungen und ist demnach ein wichtiger Vergleichsmaßstab.

Der Artikel „Die Juden in Palästina“ erstreckte sich über die gesamte Titelseite der Zeitung. Darin geht es nicht nur um die Auswanderung nach Palästina, sondern auch um die Einstellung der Redaktion zu dieser Thematik:

Für die Juden der Welt ist Palästina keine politische Frage, sie suchen dort ausschließlich die Gelegenheit zu nützlicher und aufbauender Arbeit, sie wollen niemandem, in den Weg treten und träumen nicht von irgend einer Ueberlegenheit [sic!] über andere Bewohner des Landes. Deshalb sehen wir die Palästinafrage ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Einwanderung an, gleichgültig in welcher Form uns diese ermöglicht wird. Wir empfinden es als schmerzlich, daß [sic!] auch die Einwanderung nach Palästina dosiert wird, es bereitet uns Enttäuschung, daß [sic!] ein Jude für die Fahrt nach Erez Israel ebenso vieler Formalitäten bedarf wie zu Einwanderung in irgend ein anderes Ueberseeland [sic!].⁷⁰

Neben der Kritik am komplizierten Auswanderungsprozedere nach Palästina, ist die Beschwörung der jüdischen Gemeinschaft, des „wir“, von besonderer Bedeutung in diesem Text und zieht sich durch den gesamten Artikel. Auf den ersten Blick könnte dies den Anschein erwecken, es handle sich tatsächlich um eine jüdische Zeitung, der das Wohl und die Interessen der Wiener jüdischen Gemeinde am Herzen liegen, allerdings wurde im Rahmen dieser Arbeit bereits aufgezeigt, dass die Redakteure kaum eigene Entscheidungskompetenzen hatten und somit auch dieser Artikel der nationalsozialistischen Propagandamaschinerie entstammt. Nach diesem „Leitartikel“ beleuchteten die restlichen Berichte der Nummer u.a. das religiöse Leben und die Bauwirtschaft in Palästina, den

⁷⁰ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 1 vom 3. Februar, S. 1

Wohnungsmarkt in Tel-Aviv und neue jüdische Flugverbindungen.⁷¹ Im Vergleich dazu findet man in der Nummer vom 1. September 1939 nur noch den Erfahrungsbericht des Auswanderers Egon Israel Kreis, der zuerst mit voller Begeisterung und später mit Ernüchterung über sein neues Leben in Palästina spricht⁷² sowie Informationen der „Jewish Agency“ bezüglich der „Einfuhr von Umzugsgut nach Palästina.“⁷³ Nach dem 1. September 1939 lässt sich in keiner anderen der untersuchten Ausgaben mehr eine Erwähnung über Palästina finden, was wiederum indirekt Auskunft über den Wandel der „Judenpolitik“ der Nationalsozialisten gibt, denn vor Kriegsbeginn hatte der SD die Auswanderung nach Palästina noch als bevorzugte „Lösung der Judenfrage“ propagiert.

6.3.2.) Die humanitäre und materielle Notlage der jüdischen Bevölkerung im Spiegel des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien*

Die Enteignungen von jüdischen Wohnungen und Betrieben sowie die zahlreichen Berufsverbote, die nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich gegen die jüdische Bevölkerung ausgesprochen wurden, führten zu einer ernsten humanitären und materiellen Notlage, die sich auch in der Berichterstattung des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* widerspiegelt.

Spendenaufrufe und religiöses Gemeinschaftsgefühl

Die IKG betreute die wichtigsten jüdischen Fürsorgeeinrichtungen in Wien und machte mittels Spendenaufrufen im *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* auf die Notlage der Schwächsten innerhalb ihrer Gemeinde aufmerksam. Bereits in der ersten Nummer wird ein Spendenaufruf für die „Jüdische Winterhilfe“ abgedruckt: „Spendet! Wenn wir alle unsere Kräfte zusammenfassen, muß [sic!] das soziale Gemeinschaftswerk der Jüdischen Winterhilfe gelingen. Die Aufrechterhaltung der Existenz derer, die noch nicht auswandern konnten und unserer Hilfe bedürfen, muß [sic!] die vornehmste Aufgabe der jüdischen Winterhilfe sein.“⁷⁴ Diese Spendenaufrufe bleiben auch in den darauffolgenden Jahrgängen ein konstanter Bestandteil der *Ausgabe Wien*, da die IKG mit mangelnden Kapazitäten in ihren Heimen und Spitälern zu kämpfen hatte. Die fehlende Versorgung für alte und kranke Familienmitglieder

⁷¹ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 1 vom 3. Februar, S. 2-4

⁷² JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 70 vom 1. September, S. 3

⁷³ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 70 vom 1. September, S. 4

⁷⁴ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 1 vom 3. Februar, S. 5

wirkte sich negativ auf die Auswanderungspläne ihrer Angehörigen aus. Darauf wurde auch in einem Artikel vom 3. Februar 1939 hingewiesen:

Alte Eltern, liebe Familienangehörige, die infolge körperlicher Gebrechen nicht auswandern können, beziehungsweise erst später, wenn es uns selbst gelungen ist, Fuß zu fassen, nachfolgen können, müssen wir zurücklassen. [...] Gegenwärtig sind Besprechungen im Zuge, um eine Versorgungslage zur Unterbringung von drei- bis viertausend Alten und Siechen zu schaffen, [...] Eine befriedigende Lösung dieser Frage würde bedeutend zur Förderung der Auswanderung beitragen, da gegenwärtig jüngere Familienmitglieder durch das ungewisse Schicksal ihrer greisen Eltern in ihren Auswanderungsbestrebungen gehemmt sind.⁷⁵

Der Krieg und die Verschärfung der antisemitischen Verfolgungspolitik hatten außerdem die Konzentration der österreichischen jüdischen Bevölkerung in der Hauptstadt Wien zur Folge. Dies geschah als Vorbereitung auf die bevorstehenden Deportationen und stellte die jüdische Administration in Wien vor eine weitere Herausforderung. Die Wohnungssituation war für Juden und Jüdinnen zwar ohnehin schon angespannt, die IKG schaltete am 8. September 1939 aber trotzdem den Artikel „Untermietzimmer gesucht“ und hielt die Gemeindemitglieder dazu an, Unterkunftsmöglichkeiten für die Juden und Jüdinnen aus der „Provinz“ bereitzustellen, da es ihre Pflicht war einander zu helfen.⁷⁶

Das jüdische Gemeinschaftsgefühl wurde vor allem in Verbindung mit religiösen Feiertagen beschworen. Zu Rosch ha-schanah, dem Jahresbeginnes im jüdischen Kalender, findet sich am 15. September 1939 beispielsweise dieser Denkanstoß auf der Titelseite des Blattes: „Zu Beginn des neuen Jahres sendet sowohl der einzelne als auch die Gemeinschaft die innersten Wünsche des Herzens zum Herrn des Alls empor. Mannigfaltig sind die Nöte und Bedürfnisse des einzelnen, groß und gewichtig ist die Sehnsucht des Volkes.“⁷⁷ Das Neujahrsfest wird in der darauffolgenden Nummer als Anlass für einen wiederholten Spendenaufruf genützt: „Am ersten des siebenten Monats, an der Schwelle des Herbstes, gehen wir in ein neues Jahr. Der Winter, eine Zeit der schwersten Prüfung für jegliche Armut, steht unmittelbar bevor. Keiner, der auf unsere Unterstützung angewiesen ist, darf schutzlos der Kälte preisgegeben, der Not und dem Hunger ausgesetzt sein. Kein noch so inbrünstiges Gebet vermag die Klagen der Armen zu übertönen.“⁷⁸ Mit Appellen wie diesem, versuchte man die Fürsorgeeinrichtungen der IKG zu finanzieren, um so vielen Menschen wie möglich zu helfen.

⁷⁵ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 1 vom 3. Februar, S. 5

⁷⁶ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 71/72 vom 8. September, S. 3

⁷⁷ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 73/74 vom 15. September, S. 1

⁷⁸ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 62 vom 19. September, S. 1

Kleinanzeigen als Spiegel der Realität

Über die Notlage und Bedürfnisse der Bevölkerung konnten die LeserInnen des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* mittels Kleinanzeigen auch selbst Auskunft geben. Unter der Rubrik „Allgemeines“ wurden entweder Güter zum Kaufen gesucht und zum Verkaufen angeboten. Im Jahr 1939 ging es größtenteils um Ausstattung für eine bevorstehende Ausreise, weshalb Inserate wie „Zwei große Überseekisten, neu billig abzugeben“⁷⁹ oder „Zwei Schiffkarten nach New York, Klasse egal, Abfahrt spätestens 20. Okt., dringendst gesucht“⁸⁰ unter den Anzeigen zu finden sind. Die Inserate aus dem Jahr 1941 zeigen hingegen wie drastisch sich die jüdische Lebenssituation in der Zwischenzeit verschlechtert hatte. Hier wurden dann primär Einrichtungsgegenstände und Kleidung gesucht, die durch einen kalten Winter helfen konnten: „Zu kaufen gesucht: Messingbett, Roßhaarmatratzen [sic!], ein Zimmerteppich“⁸¹ bzw. „1 klein. Dauerbrandofen dringend zu kaufen gesucht“⁸² oder „Getragener Damen-Winter-mantel oder Pelz zu kaufen gesucht.“⁸³ Allerdings war der materielle Notstand in vielen Fällen schon so groß, dass die Menschen über keine finanziellen Mittel mehr verfügten und stattdessen zum Tauschgeschäft übergingen: „Wer tauscht? Gebe gute wollene Unterwäsche (gr. Statur), suche feine Hemden (gr.38), Pyjama oder Stutzen (Gr. 11), außerdem tausche tadellose Chevreauschuhe Nr. 44 gegen Halbschuhe 45 ½.“⁸⁴

Die Rubrik „Unterricht“ war 1939 ein wichtiger Ort um sogenannte „Umschulungskurse“ von Privatpersonen anzubieten. Dadurch sollte EmigrantInnen die Möglichkeit geboten werden, ein neues Handwerk zu erlernen, das die Chancen auf einen Neuanfang im Ausland verbesserte: „Achtung, Auswanderer! Schnellkurs! In 6 Wochen vollständig die Bürstenbinderei. Überall günstig verwendbar“⁸⁵ oder „Auswanderinnen! Sichere Existenzgründung durch Erlernung von Damenputzkragen.“⁸⁶

Die missliche Lage vieler InserentInnen drückte sich vor allem in deren prekären Arbeits- und Wohnsituation aus. In der Kategorie „Stellengesuche“ wurde die Notsituation der jüdischen Bevölkerung durch Gesuche sichtbar, die Arbeitsleistung gegen eine kostenlose Wohnmöglichkeit anboten, wie zum Beispiel „39jährige intelligente Frau sucht möbl.

⁷⁹ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 1 vom 3. Februar, S. 8

⁸⁰ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 75 vom 18. September, S. 2

⁸¹ JN Ausgabe Wien, 3. Jg. 1941/ Nr. 61 vom 12. September, S. 2

⁸² JN Ausgabe Wien, 3. Jg. 1941/ Nr. 62 vom 19. September, S. 2

⁸³ Ebd.

⁸⁴ JN Ausgabe Wien, 3. Jg. 1941/ Nr. 67 vom 24. Oktober, S. 2

⁸⁵ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 1 vom 3. Februar, S. 8

⁸⁶ Ebd.

Wohnraum gegen jede häusl. Arbeit“⁸⁷ oder „Mädchen für alles (Jüdin) hält Ihre Wohnung in Ordnung für freie Wohngelegenheit und kleines Entgelt.“⁸⁸

In der Rubrik „Zu mieten gesucht“ wird deutlich, worauf bereits die Spendenaufrufe der IKG hingewiesen haben. Vor allem ältere und kranke Menschen waren in Wien zurück geblieben, während ihre Angehörigen ins Ausland emigriert sind. Die meisten der Inserate beginnen mit den Worten „Alleinstehende Pensionistin sucht“, „Kultiviertes Pensionistenehepaar sucht“ oder „Staatspensionist sucht“. Oft wurden Wohngelegenheiten für pflegebedürftige Personen gesucht, die auch Verpflegung bzw. Pension benötigten: „Älteres Ehepaar, Pensionisten, Frau leidend und pflegebedürftig, sucht dauernde Unterkunft nebst vollständiger Verpflegung in kultiviertem Haushalt oder Pension. Event. Zwei Zimmer (Wohn- und Schlafzimmer), auch unmöbliert.“⁸⁹

Die verzweifelte Suche nach einer Auswanderungsmöglichkeit prägte auch den Wortlaut der Inserate aus der Kategorie „Jüdische Ehewünsche“. Die Anzeigen zielten hier ausnahmslos darauf ab einen Partner oder eine Partnerin zur gemeinsamen Ausreise zu finden, diese sollten außerdem die nötigen finanziellen Mittel und/oder Kontakte ins Ausland mitbringen. Zwei dieser Inserate lauteten folgendermaßen: „Vermögender symp. Herr hoachanst., mit erstkl. Auslandsberuf, sprachkund., heiratet feinerz. Hübsche, ev. gem. Ausreise. Mdch. mit selbst. Beruf od. Ausl.-Verbindung bevorzugt“⁹⁰ oder „35jähr. Jude Wien geb., gesund, geschäftstüchtig, sucht passende Ehegefährtin, die Einreisemöglichkeit bietet.“⁹¹

Lebensmittelverordnungen

Besonders beispielhaft für die Notlage der jüdischen Bevölkerung sind die Einschränkungen, die sie bei der Lebensmittelversorgung zu erdulden hatten. Am 15. September 1939 wurde in der Rubrik „Verordnungen über wirtschaftliche Maßnahmen“ auf die „Verordnung zur vorläufigen Sicherstellung des lebenswichtigen Bedarfs vom 27. August 1939“ hingewiesen. Hier wurde der Bezug von Nahrungsmitteln wie Brot, Kartoffeln und Fleisch, aber auch die Zugänglichkeit zu Produkten wie Seife, Spinnstoff- oder Schuhwaren reguliert.⁹² Im Untersuchungszeitraum konnten wiederholt Artikel gefunden werden, in denen die

⁸⁷ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 73/74 vom 15. September, S. 4

⁸⁸ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 76 vom 22. September, S. 4

⁸⁹ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 1 vom 3. Februar, S. 8

⁹⁰ Ebd.

⁹¹ Ebd.

⁹² JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 73/74 vom 15. September, S. 2

Leserschaft über die Verringerung der Bezugsmengen informiert wurde. Am 18. September 1939 teilte man der Leserschaft beispielsweise die „Neufestsetzung der Fleischbezugsmengen“ von 700 auf 500 Gramm pro Woche.⁹³ In der Rubrik „Was jeder wissen muss“ wurde auch vermehrt auf Transport- bzw. Lieferschwierigkeiten bestimmter Nahrungsmittel wie Eier und Topfen hingewiesen.⁹⁴ Der mit diesen Verordnungen verbundene Hunger der Bevölkerung war auch bestimmend für die Fürsorgearbeit der IKG. Bereits wenige Wochen nach Kriegsbeginn, am 22. September 1939, war deshalb auf der Titelseite der Zeitung der Artikel „Die Ausspeisungsküchen der Kultusgemeinde“ zu finden, in dem alle Adressen der verschiedenen Einrichtungen und die vorhandenen Portionseinheiten abgedruckt wurden.⁹⁵ Diese Thematik drang auch bis zu den Kleinanzeigen vor, wo in der Rubrik „Allgemeines“ Inserate wie dieses geschaltet wurden: „Guter, reichlicher Mittagstisch im 6. Bezirk angeboten. Nur schriftliche Anfragen.“⁹⁶ Hier versuchten Privatpersonen sich mit der Ausspeisung von Gemeindemitgliedern etwas Geld dazu zu verdienen.

6.3.3.) Darstellung antisemitischer Verfolgung im *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien*

Die Diskriminierung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung drückte sich im *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* durch die Veröffentlichung von Verordnungen und Verboten aus. Dies war nach dem Verständnis der NS-Führung der Gründungszweck und somit die Hauptaufgabe des Mediums. Trotzdem wurden nicht alle Verordnungen auch automatisch publiziert.

Verordnungen

In der ersten Zeitungsnummer vom 3. Februar 1939 wurde unter der Rubrik „Recht und Wirtschaft“ die Verordnung über die verpflichtende Annahme von jüdischen Vornamen abgedruckt. LeserInnen wurden darauf aufmerksam, dass diese Verordnung nun auch seit 26. Jänner 1939 in Österreich gilt: „Von diesem Tage an müssen Juden, welche nicht bereits einen zugelassenen jüdischen Vornamen haben, zusätzlich einen weiteren Vornamen, und zwar männliche Personen den Vornamen Israel, weibliche Personen den Vornamen Sara

⁹³ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 75 vom 18. September, S. 2

⁹⁴ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 63 vom 26. September, S. 2

⁹⁵ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 76 vom 22. September, S. 1

⁹⁶ JN Ausgabe Wien, 3. Jg. 1941/ Nr. 61 vom 12. September, S. 2

annehmen.“⁹⁷ Dies ist beispielsweise auch der Grund dafür, dass die Artikel des damaligen verantwortlichen Redakteurs mit „E. I. R.“ gekennzeichnet waren, was für „Emil Israel Reich“ stand.

Nach Beginn des zweiten Weltkrieges begann die IKG Wien ein Verzeichnis aller in Wien lebend Juden und Jüdinnen zusammenzustellen. Dies wurde auf der Titelseite der ersten Kriegsnummer verlautbart: „Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß [sic!] in Hinkunft die Inanspruchnahme der Israelitischen Kultusgemeinde Wien in Angelegenheiten der Auswanderung, der Fürsorge und in allen sonstigen Fragen nur auf Grund dieser Anmeldung möglich sein wird, so daß [sic!] das Nichtbeachten dieser Aufforderung schwerwiegende Folgen nach sich ziehen kann.“⁹⁸ Dieser Aufruf wurde im selben Wortlaut auch auf den Titelseiten der darauffolgenden Nummern vom 15. und 18. September 1938 abgedruckt. Die systematische Erfassung der jüdischen Bevölkerung durch die IKG, spielte für die späteren Deportationen der jüdischen Bevölkerung aus Wien eine wichtige Rolle, was zum damaligen Zeitpunkt für die jüdische Administration aber keinesfalls abzusehen war.

Im September 1941 waren die großen Deportationen und die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung bereits in vollem Gange. Um Juden und Jüdinnen im Straßenbild überall sofort erkennbar zu machen, wurde am 1. September 1941 die „Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden“ beschlossen. In der *Ausgabe Wien* vom 12. September beschäftigt sich die gesamte Titelseite mit dieser Thematik und beinhaltet sowohl Ausschnitte des Gesetzestexts als auch Informationen zur Ausgabe und Abholung der Judensterne. Die Platzierung und der Umfang des Artikels weisen auf die Wichtigkeit der Anordnung hin.⁹⁹

Allerdings wurden nicht alle Verordnungen, die bedeutsame Auswirkungen auf das Leben der jüdischen Bevölkerung hatten auch im *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* veröffentlicht. Das Verbot des *Jüdischen Kulturbundes* vom 11. September 1941 wurde seitens der Zeitung nicht kommentiert. Allerdings hatte das Verbot einen Herausgeberwechsel zur Folge, was am 26. September bekannt gegeben wurde:

Mit Folge 62 vom 19. September 1941 ging die Herausgabe des „Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien“ auf die „Israelitische Kultusgemeinde Wien“ über. Das „Jüdische Nachrichtenblatt“, das nun eine besondere Abteilung der Israelitischen Kultusgemeinde bildet, wird auch in Zukunft bestrebt sein, die jüdische Öffentlichkeit über alle für sie wichtigen Angelegenheiten zu unterrichten und wird insbesondere seine Tätigkeit dem von der Israelitischen Kultusgemeinde Wien auf dem Gebiete der

⁹⁷ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 1 vom 3. Februar, S. 7

⁹⁸ JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 71/72 vom 8. September, S. 1

⁹⁹ JN Ausgabe Wien, 3. Jg. 1941/ Nr. 61 vom 12. September, S. 1

Auswanderung und Fürsorge geübten Dienst an der jüdischen Gemeinschaft in erweitertem Ausmaß zur Verfügung stehen.¹⁰⁰

Eine Erklärung über den Grund des Wechsels bleibt den LeserInnen jedoch verwehrt. So verhält es sich auch mit dem Auswanderungsverbot vom 23. Oktober 1941. In der *Ausgabe Wien* vom 24. Oktober, sowie in den zwei darauffolgenden Nummern, die zwar nicht Teil des Analysematerials waren, aber trotzdem durchgesehen wurden, wird diese äußerst wichtige Information unterschlagen. Auf der Titelseite der Zeitungsnummer vom 24. Oktober findet sich stattdessen ein Artikel mit der Überschrift „Sinnvolle Gestaltung der Wanderung“. Dieser enthält den Hinweis, dass „Wanderung und Judentum zwei voneinander nicht trennbare Begriffe“ sind und einem Appell an die EmigrantInnen:

Der Lebensmut äußert sich in Zeiten der Wanderung darin, daß [sic!] man die neuen Verhältnisse, denen man entgegengeht, frohgemut ins Auge faßt [sic!] und sich auf sie vorbereitet. [...] Nicht mit den Händen im Schoß sitzen und sich teilnahmslos von den Wellen der Tagesereignisse fortreiben lassen, sondern energisch darangehen, das Schicksal, da nun einmal auferlegt ist, zu meistern [...].¹⁰¹

Angesichts des am Tag davor ausgesprochenen Ausreiseverbots, klingt dieser Artikel fast wie eine Verhöhnung der Leserschaft, die den Gräueltaten der Nationalsozialisten nun hoffnungslos ausgeliefert war.

Berufsverbote

Für die jüdische Bevölkerung wurde es im Laufe der NS-Herrschaft immer schwieriger einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen, da sie aus den meisten Tätigkeitsbereichen ausgeschlossen wurden. So erging es auch Rechtsanwälten, wie aus dem *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* vom 3. Februar 1939 herauszulesen ist: „Auf Grund der fünften Verordnung zum Reichsbürger-Gesetz sind im Lande Österreich die jüdischen Rechtsanwälte auf Verfügung des Reichsministeriums der Justiz in der Liste der Rechtsanwälte gelöscht worden. Der Beruf des Rechtsanwaltes ist den Juden in Hinkunft verschlossen.“¹⁰² Allerdings befindet sich direkt neben der Verordnung eine Liste an Konsulenten, die „zur rechtlichen Beratung und Vertretung von Juden“ zugelassenen waren. Unter diesen befindet sich auch der Name „Dr. Wilhelm Heublum“, mit der Kanzleiadresse „Burggasse 94“ im siebten Wiener Gemeindebezirk. Es ist davon auszugehen, dass es sich

¹⁰⁰ JN Ausgabe Wien, 3. Jg. 1941/ Nr. 63 vom 26. September, S. 1

¹⁰¹ JN Ausgabe Wien, 3. Jg. 1941/ Nr. 67 vom 24. Oktober, S. 1

¹⁰² JN Ausgabe Wien, 1. Jg. 1939/ Nr. 1 vom 3. Februar, S. 7

dabei um den späteren verantwortlichen Redakteur des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* handelt. Diese Liste wurde in späteren Nummern wiederholt in aktualisierter Form abgedruckt. Ähnlich wie bei den Rechtsanwälten, gab es auch eine Liste jener jüdischen Zahnärzte, die weiterhin ihren Beruf ausüben durften und zwar als „Jüdischen Zahnbehandler, zur Behandlung nur für Juden zugelassen.“ Die zahlreichen Inserate beinhalten Name sowie Adresse des Arztes und sind mehrheitlich mit dem Vermerk „keine Tafel am Haustor“ versehen,¹⁰³ was vermutlich der Angst vor Übergriffen geschuldet war.

6.3.4.) Verzernte Realität im *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien*

Ziel der Forschungsfrage war es herauszufinden, wie das *Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* die Realität der Wiener jüdischen Bevölkerung widerspiegelte. Die während der strukturierenden, qualitativen Inhaltsanalyse definierten Hauptkategorien „Kriegszustand“, „humanitäre und materielle Notlage“ und „antisemitische Verfolgung“, dienten der Definition des Realitätsbegriffs und werden jetzt zur Beantwortung der Forschungsfrage herangezogen.

Die Wiener jüdische Bevölkerung befand sich im September 1939 am Beginn und im Jahr 1941 in Mitten des fürchterlichsten Krieges des 20. Jahrhunderts, dies wurde aber nie zu einem Hauptthema des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* gemacht. Der Kriegsbeginn wurde lediglich mit der euphemistischen Formulierung „die schwerwiegenden Ereignisse der letzten Tage“ kommentiert und Phrasen wie „Feindstaaten“ bzw. „feindliches Ausland“ deuten zwar auf die Kriegssituation hin, sprechen diese aber niemals direkt an. Das Wort „Krieg“ wird ausschließlich im Kontext der Veröffentlichung von Kriegsverordnungen verwendet. Im Rahmen der Analyse war es daher nur aufgrund von historischem Vorwissen möglich aus den Texten über Kommunikations- und Auswanderungsmöglichkeiten oder Palästina Rückschlüsse über die militärische Lage Deutschlands zu ziehen. Beispielhaft ist dafür die Meldung über die „Persönliche Meldepflicht für UdSSR-Staatsangehörige“ auf der Titelseite der ersten Nummer nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion. Aus heutiger Perspektive handelt es sich dabei um ein ganz klares Indiz der Kriegssituation, findet in der Zeitung aber keine weitere Kontextualisierung. Hinsichtlich der Kriegssituation wird im *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* daher nur ein äußerst verzerres Bild der Realität vermittelt, da der Krieg in der Berichterstattung zu einer bloßen Randnotiz des jüdischen Lebens gemacht wird.

¹⁰³ JN Ausgabe Wien, 3. Jg. 1941/ Nr. 63 vom 26. September, S. 2

Der Aspekt der humanitären und materiellen Notlage der jüdischen Bevölkerung wird durch zahlreiche Texte über die Fürsorgebemühungen der IKG Wien deutlich und gibt im Vergleich zu den anderen beiden Kategorien relativ viel über die Lebensumstände der Gemeinde preis. Die Inserate im Anzeigenteil der Zeitung erlauben einen Einblick in die Arbeits- und Wohnsituationen der Wiener Juden und Jüdinnen, geben Auskunft über Güter, die sie dringendst benötigten und verleihen ihrem Wunsch nach einem Partner bzw. einer Partnerin zur gemeinsamen Flucht Ausdruck. Die Realität des jüdischen Lebens lässt sich im *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* daher am besten dort erkennen, wo die LeserInnen selbst einen Einblick in ihre Notlage gewährten.

Die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung durch die Nationalsozialisten wird im *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* zwar durch die Veröffentlichung von Verordnungen und Verboten sichtbar, die verheerenden Auswirkungen dieser Bestimmungen bleiben allerdings unkommentiert. Hier wird wieder nur ein begrenzter Ausschnitt der Realität präsentiert, da z.B. weder das Verbot des *Jüdischen Kulturbundes* noch das Auswanderungsverbot für Juden und Jüdinnen in der *Ausgabe Wien* publiziert wurden. Hinweise auf die Deportationen der Wiener Juden und Jüdinnen in Konzentrationslager und alle weiteren Verbrechen die im Sinne der „Lösung der Judenfrage“ von den Nationalsozialisten begangen wurden, lassen sich im *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* selbstverständlich nicht finden.

Die Selektion der Themen, die in der *Ausgabe Wien* behandelt wurden, oblag nicht den Redakteuren selbst und auch die Aufbereitung der Inhalte war einer strikten Zensur unterworfen. Wie im Rahmen dieser Arbeit bereits dargelegt wurde, kamen die Anweisungen vom Propagandaministerium und dem SD, weshalb es der Redaktion gar nicht möglich war im Interesse ihrer LeserInnen zu handeln. Dies ist auch der Grund dafür, warum die Situation der Wiener jüdischen Gemeinde nur in sehr unzureichender Form in der Berichterstattung widerspiegelt wird. Es war im Interesse der NS-Führung die jüdische Bevölkerung bloß über jene Dinge zu informieren, die den Zielen ihrer antisemitischen Politik zuträglich waren. Die Unwissenheit über das tagespolitische bzw. militärische Geschehen und die Ausmaße der Verfolgung erhöhten das Unsicherheitsgefühl der Juden und Jüdinnen und verstärkten den nationalsozialistischen Terror. Die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse zeigen daher nicht nur wie verzerrt die jüdische Lebensrealität dargestellt wurde, sondern belegen, dass eine Kategorisierung des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* als nationalsozialistisches Medium auch aufgrund der inhaltlichen Merkmale des Blattes gerechtfertigt ist.

Resümee

Das *Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* ist ein nationalsozialistisches Medium. Dies konnte im Rahmen dieser Magisterarbeit aus mehreren Perspektiven aufgezeigt werden. Die Archivdokumente der *Israelitischen Kultusgemeinde Wien* geben einen aufschlussreichen Einblick in die Arbeitsabläufe der Wiener Redaktion, die von Kontrolle und Fremdbestimmtheit durch nationalsozialistische Behörden geprägt war. Die bisherige wissenschaftliche Uneinigkeit bezüglich der Kategorisierung des Mediums als „nationalsozialistisch“ oder „jüdisch“ kann aufgrund der Erkenntnisse der Literatur- sowie Archivrecherche keineswegs nachvollzogen werden. Um künftige Diskussionen dieser Art zu vermeiden, wurde die erste Forschungsfrage mit einem Definitionsversuch abgeschossen, der an dieser Stelle wiederholt werden soll: „Das *Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* ist ein vom NS-Regime in Auftrag gegebenes, kontrolliertes und zensiertes Medium, das von jüdischen MitarbeiterInnen gestaltet und herausgegeben werden musste.“

Die qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring, die zur Beantwortung der dritten Forschungsfrage über die Darstellung der jüdischen Lebensrealität in der *Ausgabe Wien*, durchgeführt wurde, trug indirekt auch zur Validierung des Ergebnisses der ersten Forschungsfrage bei. Die Berichterstattung über das Leben der Wiener jüdischen Gemeinschaft ist lückenhaft und gibt kaum Auskunft über die Kriegssituation oder die Verfolgung durch die Nationalsozialisten. Nur über die humanitäre und materielle Notlage kann anhand der Kleinanzeigen der InserentInnen sowie der Spendenaufrufe der IKG aussagekräftige Hinweise gefunden werden. Der Grund für diese verzerrte Darstellung liegt im nationalsozialistischen Charakter des Mediums. Die NS-Propagandamaschinerie hatte kein Interesse an einer informierten und aufgeklärten jüdischen Bevölkerung, was sich in der Berichterstattung des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* widerspiegelt.

Da lediglich elf Nummern der *Ausgabe Wien* untersucht wurden, wäre eine größer angelegte inhaltsanalytische Untersuchung des Mediums sicherlich eine gute Möglichkeit um weitere wertvolle Einblicke zu gewinnen und dabei auch repräsentativere Aussagen treffen zu können. Die Darstellung der Exilerfahrungen ausgewanderter Juden und Jüdinnen in der *Ausgabe Wien* würde sich beispielsweise zur kommunikationswissenschaftlichen Erschließung anbieten, da diese Erfahrungsberichte einen Großteil des Zeitungsinhalts ausmachen, im Zuge der inhaltlichen Strukturierung des Materials aber aussortiert wurden.

Die zweite Forschungsfrage beschäftigte sich mit den Biografien der verantwortlichen Redakteure des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien*. Dabei handelte es sich um Emil Reich, Maurycy Moses Grün, Leopold Moses und Wilhelm Heublum. Die Arbeit in der Wiener Redaktion bedeute für einen großen Teil der Belegschaft auf die Auswanderung verzichten zu müssen, so auch für die ersten drei Chefredakteure des Blattes. Sie alle wurden Opfer des Holocaust und überlebten Auschwitz nicht. Nur Wilhelm Heublum, über dessen persönliches Schicksal nur Vermutungen angestellt werden können, überlebte die NS-Herrschaft.

Die Archivmaterialien der IKG konnten einige biografische Lücken füllen und über die Organisation des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* Auskunft geben. Die massiven Bestände des Archivs gewährten außerdem einen Einblick in das spannungsgeladene Arbeitsverhältnis zwischen der Wiener und Berliner Redaktion des *Nachrichtenblattes* bzw. zwischen der Zentrale und der Wiener Zweigstelle des *Jüdischen Kulturbundes*. Damit wurde die Behauptung widerlegt, es hätte keine Zusammenarbeit zwischen den beiden Ausgaben gegeben und die Erkenntnis gewonnen, dass es zwischen Wien und Berlin sowohl Konkurrenz- als auch Konfliktsituationen gab. Dies ist nur ein Beispiel der zahlreichen Themenfelder, die aufgrund des Archivmaterials auch in Zukunft erschlossen werden könnten. Informationen zur gesamten Belegschaft der Zeitung und des *Kulturbundes* lassen sich genauso finden wie unzählige Leserbriefe, die Auskunft über die Sorgen und Ängste der Wiener jüdischen Bevölkerung geben – die Möglichkeiten zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung sind demnach vielfältig. Da dem *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien*, als Teil der österreichischen Pressegeschichte, bislang viel zu wenig Beachtung geschenkt wurde, soll diese Magisterarbeit einerseits eine Hilfestellung zur Navigation der bisherigen Forschungsliteratur und andererseits eine Inspiration für zukünftige Forschungsprojekte sein.

Quellenverzeichnis

Literaturquellen

- Bondy, Ruth. „Chronik der sich schließenden Tore. Jüdisches Nachrichtenblatt- Zidovske Listy (1939-1945).“ *Theresienstädter Studien und Dokumente*. Hrsg. Miroslav Karny & Raimund Kemper in Zusammenarbeit mit Martin Niklas. Prag: Academia, 2000, 86-106.
- Budischowsky, Jens. „Die jüdische Presse 1938.“ *Das Novemberpogrom 1938. Die „Reichskristallnacht“ in Wien*. 116. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien. Wien: Eigenverlag der Museen der Stadt Wien, 1988, 107-111.
- Burger, Reiner. *Von Goebbels Gnaden. „Jüdisches Nachrichtenblatt“ (1938-1943)*. Münster: Lit Verlag, 2001.
- Diehl, Katrin. *Die Jüdische Presse im Dritten Reich: Zwischen Selbstbehauptung und Fremdbestimmung*. Tübingen: De Gruyter, 1997.
- Duizend-Jensen, Shoshana. *Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds. „Arisierung“ und Restitution*. Wien, München: Oldenbourg Verlag, 2004.
- Freund, Florian; Safrian, Hans. „Die Verfolgung der österreichischen Juden 1938-1945. Vertreibung und Deportation.“ *NS- Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch*. Hrsg. Emmrich Tálos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer & Reinhard Sieder. Wien: ÖBV & hpt VerlagsgmbH & Co, 2000, 767-794.
- Geisel, Eike. „Premiere und Pogrom.“ *Premiere und Pogrom. Der Jüdische Kulturbund 1933-1941. Texte und Bilder*. Hrsg. Eike Geisel & Henrys Broder. Berlin: Siedler Verlag, 1992, 7-35
- . „Ein Reich, ein Ghetto: zwei Karrieren.“ *Premiere und Pogrom. Der Jüdische Kulturbund 1933-1941. Texte und Bilder*. Hrsg. Eike Geisel & Henrys Broder. Berlin: Siedler Verlag, 1992, 314-331.
- Hagemann, Jürgen. *Die Presselenkung im Dritten Reich*. Bonn: H. Bouvier u. Co Verlag, 1970.
- Hausjell, Fritz. *Journalisten für das Reich. Der „Reichsverband der deutschen Presse“ in Österreich 1938-45*. Wien: Lit Verlag, 2. Auflage, 2010.
- . „Die gleichgeschaltete österreichische Presse als nationalsozialistisches Führungsmittel (1938-1945).“ *NS- Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch*. Hrsg. Emmrich Tálos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer & Reinhard Sieder. Wien: ÖBV & hpt VerlagsgmbH & Co, 2000, 627-641.
- Hecht, Dieter. „Die Stimme und Wahrheit der Jüdischen Welt. Jüdisches Pressewesen in Wien 1928-1938.“ *Wien und die jüdische Erfahrung 1900-1938. Akkumulation-Antisemitismus-Zionismus*. Hrsg. Frank Stern & Barbara Eichinger. Wien: Böhlau Verlag, 2009, 99-114.
- Hecht, Dieter J; Lappin-Eppel, Eleonore; Raggam-Blesch Michaela. *Topographie der Shoah. Gedenkstättenorte des zerstörten jüdischen Wien*. Wien: Mandelbaum Verlag, 3. Überarbeitete Auflage, 2017.

- Heimann-Jelinek, Felicitas; Lothar, Hölbing; Zechner, Ingo (Hrsg.) „Ausstellungsobjekte.“ *Ordnung muss sein. Das Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Wien*. Wien: Jüdisches Museum Wien, 2007, 39-183.
- Kohlmann-Viand, Doris. *NS-Pressepolitik im Zeiten Weltkrieg. Die „Vertraulichen Informationen“ als Mittel der Presselenkung*. München: Saur Verlag, 1991.
- Lion, Michal. „Chronist seiner Zeit.“ *Leopold Moses Spaziergänge*. Hrsg. Patricia Steines. Wien: Löcher Verlag, 1994, 7-8.
- Maier, Clemens. „Das Jüdische Nachrichtenblatt 1938-1943 – Instrument der Verfolgung und Mittel der Selbstbehauptung.“ *Deutsch-jüdische Presse und jüdische Geschichte. Dokumente, Darstellungen, Wechselbeziehungen. Band 2*. Hrsg. Michael Nagel & Eleonore Lappin. Bremen: edition lumière, 2008, 160-178.
- Marschik, Matthias. „Sport in den Medien.“ *Sportfunktionäre und jüdische Differenz: Zwischen Anerkennung und Antisemitismus – Wien 1918 bis 1938*. Hrsg. Bernhard Hachleitner, Matthias Marschik & Georg Spitaler. Berlin, Boston: De Gruyter, 2018, 159-182.
- Mayring, Philipp. *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz, 11., aktualisierte und überarbeitete Auflage, 2010.
- Mayring, Philipp; Hurst, Alfred. „Qualitative Inhaltsanalyse.“ *Qualitative Medienforschung: ein Handbuch*. Hrsg. Lothar Mikos & Claudia Wegener. Konstanz, München: UVK, 2., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, 2017, 494-502.
- Melischek, Gabriele; Seethaler, Josef. „Zur Entwicklung der österreichischen Tagespresse 1938-1945.“ *Die Wiener Tageszeitungen. Eine Dokumentation. Band 4: 1938-1945. Mit einem Überblick über die österreichische Tagespresse der NS-Zeit*. Hrsg. Gabriele Melischek & Josef Seethaler. Frankfurt: Peter Lang, 2003, 191-211.
- Milchrahm, Gerhard; Prokisch, Christa. „Entropie oder Vom vergeblichen Versuch, Ordnung zu schaffen. Ein Überblick über die Geschichte des Archives der IKG Wien (1796/1816-1979).“ *Ordnung muss sein. Das Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Wien*. Hrsg. Felicitas Heimann-Jelinek, Lothar Hölbing & Ingo Zechner. Wien: Jüdisches Museum Wien, 2007, 24-28.
- Pfoser, Alfred. „Der Sportessayist der 1920er Jahre: Emil Reich (1884-1944).“ „*Sind's froh, dass Sie zu Hause geblieben sind.*“ *Mediatisierung des Sports in Österreich*. Hrsg. Matthias Marschik & Rudolf Müllner. Göttingen: Die Werkstatt, 2010, 139-148.
- Rabinovici, Doron. *Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938-1945. Der Weg zum Judenrat*. Frankfurt am Main: Jüdischer Verlag/Suhrkamp, 2000.
- Rosenkranz, Herbert. *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938-1945*. München: Herold, 1978.
- Safrian, Hans. *Die Eichmann-Männer*. Wien: Europa Verlag, 1993.
- Sauer, Barbara; Reiter-Zatloukal, Ilse. *Advokaten 1938. Das Schicksal der in den Jahren 1938 bis 1945 verfolgten österreichischen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte*. Wien: Manz, 2010.

- Smith, Dana. „Die Arbeit des Jüdischen Kulturbunds.“ 1938. *Kunst-Künstler-Politik*. Hrsg. Eva Atlan, Raphael Gross & Julia Voss. Göttingen: Wallenstein Verlag, 2013, 241 – 257.
- Steines, Patricia. „Leopold Moses (1888-1943). Die innige Verbundenheit von Tradition, Wissenschaft und essayistischem Können“ *Leopold Moses Spaziergänge*. Hrsg. Patricia Steines. Wien: Löcher Verlag, 1994, 9-21.
- Steinweis, Alan E. „Hans Hinkel and German Jewry, 1933-1941.“ *Theatrical Performance during the Holocaust. Texts, Documents, Memoirs*. Hrsg. Rebecca Rovit & Alvin Goldfarb. Baltimore: Johns Hopkins University Press, 1999, 15-27.
- Spitzer, Shlomo. „250 Jahre jüdisches Leben und jüdische Lehre im Burgenland.“ *Leopold Moses Spaziergänge*. Hrsg. Patricia Steines. Wien: Löcher Verlag, 1994, 22-35.
- Tavernaro, Thomas. „Die Wiener Zweigniederlassung des Eher-Verlags.“ *Die Wiener Tageszeitungen. Eine Dokumentation. Band 4: 1938-1945. Mit einem Überblick über die österreichische Tagespresse der NS-Zeit*. Hrsg. Gabriele Melischek & Josef Seethaler. Frankfurt: Peter Lang, 2003, 109-138.
- Walk, Joseph (Hrsg.). *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung*. Heidelberg: C.F. Müller Verlag, 2. Auflage, 1996.
- Wegener, Claudia. „Inhaltsanalyse.“ *Qualitative Medienforschung: ein Handbuch*. Hrsg. Lothar Mikos & Claudia Wegener. Konstanz, München: UVK, 2., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, 2017, 256-263.
- Wildt, Michael. (Hrsg.) *Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation*. München: R. Oldenburg Verlag, 1995.
- Witek, Hans. „‚Arisierungen‘ in Wien. Aspekte nationalsozialistischer Enteignungspolitik 1938-1940.“ *NS- Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch*. Hrsg. Emmrich Tálos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer & Reinhard Sieder. Wien: ÖBV & hpt VerlagsgmbH & Co, 2000, 795-816.

Online-Quellen

- Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Online-Ausstellung: <http://www.archiv-ikg-wien.at/archivportal/%C3%BCber-uns/geschichte-des-archivs/> (23.06.2019)
- Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands, Opfersuche – „Shoah-Opfer“: <http://www.doew.at/> (23.06.2019)
- „Memento Wien“, ein Projekt des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands, Adresssuche „Rembrandtstraße 7“: <https://www.memento.wien/address/23905/> (23.06.2019)
- Österreichischen Biographischen Lexikon (ÖBL), Eintrag „Leopold Moses“: http://www.biographien.ac.at/oeb1/oeb1_M/Moses_Leopold_1888_1943.xml (23.06.2019)

Anhang

Deutsche Zusammenfassung

Die vorliegende Magisterarbeit beschäftigt sich mit dem *Jüdischen Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* (1939-1943). Das *Jüdische Nachrichtenblatt* wurde infolge des Novemberpogroms 1938 von Propagandaminister Joseph Goebbels als Verlautbarungsorgan für die jüdische Bevölkerung in Auftrag gegeben. Es gab Ausgaben in Berlin, Wien und Prag. In der historischen Kommunikationsforschung fand die Zeitung bislang nur wenig Beachtung und in der überschaubaren Forschungsliteratur herrscht Uneinigkeit über die Kategorisierung des Mediums als „jüdisch“ oder „nationalsozialistisch“. Diese Problematik wurde im Rahmen der Forschungsarbeit aufgegriffen und anhand von Dokumenten aus dem Archiv der *Israelitischen Kultusgemeinde Wien* (IKG) aufgeklärt. Die Kontrolle des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* oblag dem Propagandaministerium bzw. dem Sicherheitsdienst (SD) der SS, die Redaktion hatte kaum eigene Entscheidungskompetenzen. Die Behauptung, es handle sich um eine Zeitung, die in der jüdischen Pressetradition vor 1938 steht, konnte demnach widerlegt werden. Weiters wurden die Biografien der verantwortlichen Redakteure der *Ausgabe Wien* Emil Reich, Maurycy Moses Grün, Leopold Moses und Wilhlem Heublum rekonstruiert und auf deren persönliche Schicksale hingewiesen. Reich, Grün und Moses kamen alle in Auschwitz um, nur Wilhelm Heublum überlebte den NS-Terror. Um herauszufinden wie das *Jüdische Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* die Lebensrealität der Wiener jüdischen Bevölkerung widerspiegelte, wurde außerdem eine qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring durchgeführt. Der Realitätsbegriff wurde hinsichtlich der Aspekte „Kriegssituation“, „humanitäre und materielle Notlage“ und „antisemitische Verfolgung“ definiert. Mittels der Analysetechnik der inhaltlichen Strukturierung konnte festgestellt werden, dass es zu einer äußerst verzerrten Darstellung der Realität kam. Die Kriegssituation wird bloß am Rande der Berichterstattung erwähnt und die antisemitische Verfolgung nur durch die Veröffentlichung von Verordnungen thematisiert. Lediglich die Notlage der jüdischen Bevölkerung wird aufgrund der Spendenaufrufe und Inserate im Anzeigenteil deutlich. Die verzerrte Darstellung ist auf den nationalsozialistischen Charakter des Mediums zurückzuführen, da die Redakteure die Themen und deren Aufbereitung nicht selbst bestimmen konnten. Somit ist die Kategorisierung des *Jüdischen Nachrichtenblattes, Ausgabe Wien* als nationalsozialistisches Medium auch aufgrund der empirischen Erhebung gerechtfertigt.

English Abstract

This Master's thesis discusses the history of the newspaper *Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* (1939-1943). The *Jüdisches Nachrichtenblatt* was commissioned by the minister of propaganda, Joseph Goebbels, as a result of the "Novemberpogrom" in 1938. Even though there were local editions in Berlin, Vienna and Prague, little attention has been given to this newspaper in the field of historic communication and media studies. Furthermore, researchers disagree on whether it should be categorized as a "Jewish" or "National Socialist" medium. Documents from the archive of the *Israelitische Kultusgemeinde Wien* were used to shed light on this issue. The research showed that the ministry of propaganda and the "Sicherheitsdienst (SD)" had complete control over the newspaper, which rendered the editorial staff powerless. Therefore, the *Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* does not belong to the tradition of Jewish newspapers in Vienna prior to 1938, but was part of the National Socialist propaganda. Moreover, the biographies of the editors-in-chief Emil Reich, Maurycy Moses Grün, Leopold Moses and Wilhelm Heublum have been reconstructed to illustrate their shared destinies. Reich, Grün and Moses all died in Auschwitz, only Wilhelm Heublum survived the Nazi terror. In order to find out how the reality of Viennese Jewish life was reflected by the newspaper's reporting, a qualitative content analysis was conducted in the empirical section of this thesis. The term "reality" was defined by three characteristics: "state of war", "humanitarian and material crisis" and "anti-Semitic persecution". The results of the structuring content analysis (acc. to Philipp Mayring) showed a distorted version of Jewish reality in the *Ausgabe Wien's* coverage. The state of war was reduced to a side note and the only hints at the persecution of the Jewish people were found in the rules and regulations published by the newspaper. However, the plight of the Jewish community was visible in numerous charity appeals and in the content of the classifieds. This distorted reflection of Jewish life is a result of the National Socialist character of the newspaper, as Jewish Editors were not allowed to decide on the content themselves. Thus, the categorization of the *Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien* as a "National Socialist" newspaper is also supported by the results of the content analysis.